

# Kurzschriftlicher Bericht

## 48. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

XXVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 3. April 2008

---

### Inhalt:

#### **Fragestunde:**

L-8179/1-XXVI: Anfrage des Abg. Mag. Steinkellner an Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 4)

L-8180/1-XXVI: Anfrage der Abg. Präsidentin Eisenriegler an Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider (Seite 7)

L-8181/1-XXVI: Anfrage der Abg. Moser an Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 8)

#### **Verlesung und Zuweisung des Einganges (Seite 11)**

#### **Dringlichkeitsanträge:**

Beilage 1457/2008: Initiativantrag betreffend Umsetzung der CO<sub>2</sub>-Reduktionspläne der EU-Kommission ohne Standortgefährdung.

Redner:        Abg. Mag. Steinkellner (Seite 12)  
                  Abg. Frauscher (Seite 14)  
                  Abg. Hirz (Seite 15)  
                  Abg. Ing. Sulzbacher (Seite 16)

Beilage 1458/2008: Initiativantrag betreffend einen Qualifizierungsbonus für Teilnehmerinnen an Ausbildungen im Rahmen von Stiftungsmodellen.

Rednerinnen: Abg. Lackner-Strauss (Seite 18)  
                  Abg. Präsidentin Eisenriegler (Seite 19)  
                  Abg. Präsidentin Weichsler (Seite 20)  
                  Abg. Moser (Seite 21)

Beilage 1459/2008: Initiativantrag betreffend Resolution für die Wiederbelebung der Initiativen der Bundesregierung gegen das AKW Temelin.

Redner/in:    Abg. Schwarz (Seite 22)  
                  Abg. Steinkogler (Seite 24)  
                  Abg. Dr. Frais (Seite 24)  
                  Abg. Mag. Steinkellner (Seite 25)

Beilage 1460/2008: Initiativantrag betreffend Einberufung eines Gipfelgespräches mit der Bundesregierung.

Redner/innen: Abg. Schwarz (Seite 26)  
                  Abg. Dr. Brunmair (Seite 28)  
                  Abg. Makor-Winkelbauer (Seite 29)  
                  Abg. Jachs (Seite 30)

Beilage 1461/2008: Initiativantrag betreffend konkrete Maßnahmen gegen die hohen Preissteigerungen bei Gütern des täglichen Bedarfs und bei den Leistungen der Daseinsvorsorge.

Redner/innen: Abg. Dr. Frais (Seite 31)  
Abg. Moser (Seite 33)  
Abg. Mag. Strugl (Seite 34)  
Abg. Schwarz (Seite 35)

Beilage 1462/2008: Initiativantrag betreffend Maßnahmen zu wirksamerer Wettbewerbskontrolle beim Benzin- und Dieselpreis bzw. Erhöhung des amtlichen Kilometergeldes, des Pendlerpauschales und des Pendlerzuschlags zur Negativsteuer.

Redner: Abg. Kapeller (Seite 37)  
Abg. Trübwasser (Seite 38)  
Abg. Dr. Brunmair (Seite 39)  
Abg. Mag. Stelzer (Seite 41)

Beilage 1463/2008: Initiativantrag betreffend die Erhöhung der Fernpendlerbeihilfe des Landes Oberösterreich.

Redner/in: Abg. Pilsner (Seite 42)  
Abg. Trübwasser (Seite 43)  
Abg. Dr. Entholzer (Seite 44)  
Abg. Moser (Seite 45)

Beilage 1464/2008: Initiativantrag betreffend mehr Personal und Budgetmittel für die oberösterreichische Polizei.

Redner/innen: Abg. Affenzeller (Seite 47)  
Abg. Mag. Strugl (Seite 48)  
Abg. Schwarz (Seite 49)  
Abg. Moser (Seite 51)

Beilage 1465/2008: Initiativantrag betreffend eine umfassende Steuerreform 2008.

Redner/in: Abg. Moser (Seite 52)  
Abg. Mag. Jahn (Seite 54)  
Abg. Stanek (Seite 55)  
Abg. Hirz (Seite 56)

**Ersatzwahlen in den Bundesrat (Seite 58)**

**Verhandlungsgegenstände:**

Beilage 1457/2008: Initiativantrag betreffend Umsetzung der CO<sub>2</sub>-Reduktionspläne der EU-Kommission ohne Standortgefährdung.

Berichterstatter: Abg. Frauscher (Seite 58)

Redner: Abg. Frauscher (Seite 59)  
Landesrat Anschober (Seite 60)  
Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 62)

Beilage 1458/2008: Initiativantrag betreffend einen Qualifizierungsbonus für Teilnehmerinnen an Ausbildungen im Rahmen von Stiftungsmodellen.

Berichterstatterin: Abg. Lackner-Strauss (Seite 64)

Rednerin: Abg. Lackner-Strauss (Seite 64)

Beilage 1459/2008: Initiativantrag betreffend Resolution für die Wiederbelebung der Initiativen der Bundesregierung gegen das AKW Temelin.

Berichterstatterin: Abg. Schwarz (Seite 65)

Beilage 1460/2008: Initiativantrag betreffend Einberufung eines Gipfelgespräches mit der Bundesregierung.

Berichterstatterin: Abg. Schwarz (Seite 65)

Gemeinsame Wechselrede für die Beilagen 1459 und 1460/2008:

Redner/in: Abg. Ecker (Seite 65)  
Landesrat Anschober (Seite 65)  
Abg. Moser (Seite 68)  
Abg. Dr. Frais (Seite 69)

**Vorsitz:** Erste Präsidentin Orthner  
Zweite Präsidentin Weichsler  
Dritte Präsidentin Eisenriegler

**Schriftführer:** Erster Schriftführer Abg. Bernhofer

**Anwesend:**

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Dr. Pühringer, die Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider und Hiesl, die Landesräte Anschober, Dr. Kepplinger, Sigl, Dr. Stockinger und Dr. Stöger, entschuldigt Landesrat Ackerl

Die Mitglieder des Landtags

Landesamtsdirektor-Stellvertreter WHR Dr. Mayer

Landtagsdirektor Dr. Hörtenhuber

Amtsschriftführer: HR Mag. Dr. Grabensteiner

(Beginn der Sitzung: 10.08 Uhr)

**Erste Präsidentin:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 48. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags in dieser Legislaturperiode. Ich darf Sie alle dazu recht herzlich begrüßen, die Mitglieder der Oberösterreichischen Landesregierung, die Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag, die anwesenden Bundesräte, Herr Bundesrat Kneifel und heute zum ersten Mal Herr Bundesrat Efgani Dönmez, die Bediensteten des Hauses und die Damen und Herren und die jungen Leute auf der Zuhörergalerie. Seien Sie alle recht herzlich willkommen. Der Herr Landesrat Ackerl ist von der heutigen Sitzung entschuldigt. Die amtliche Niederschrift über die letzte Sitzung des Landtags liegt in der Zeit von 4. bis 18. April in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf. Und die Protokolle über die 46. und 47. Sitzung liegen auf Ihren Plätzen auf.

Wir beginnen diese Sitzung mit einer Fragestunde. Alle Anfragen haben Sie ebenfalls zusammengestellt auf Ihren Plätzen aufgelegt. Die erste Anfrage ist die des Herrn Klubobmanns Mag. Steinkellner an den Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer, bitte.

**Abg. Mag. Steinkellner:** Schönen guten Morgen. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Laut Zeitungsberichten könnte der Mondsee von der derzeitigen Eigentümerin in absehbarer Zeit zum Verkauf angeboten werden. Welche privatwirtschaftlichen Maßnahmen wird das Land Oberösterreich ergreifen, damit die Nutzung des Mondsees für die Allgemeinheit zu den derzeitigen Bedingungen erhalten werden kann?

**Erste Präsidentin:** Bitte Herr Landeshauptmann!

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohes Haus, Herr Klubobmann, sehr geehrte Damen und Herren auf den Zuschauerrängen! Die derzeitige Eigentümerin des Mondsees hat seit vielen Jahren die Überlegung, den Mondsee zu verkaufen. Ich stehe seit Anfang dieser Überlegungen mit ihr selbstverständlich in Kontakt. Derzeit sind diese Überlegungen wieder stärker ausgeprägt. Aus diesem Grunde habe ich mit ihr auch vor einigen Wochen bereits ein Gespräch geführt und sie darauf hingewiesen, dass es kein Verständnis gäbe, wenn irgendwelche Spekulanten den Mondsee kaufen würden und er in die Hände von Leuten gerät, wo wir das nicht wollen. Sie hat mir versichert, dass sie das absolut auch nicht beabsichtigt und will.

Ich persönlich bin der Meinung, dass die Bundesforste, die den Traunsee und Attersee bewirtschaften, wenn es zu einem Verkauf kommt, am ehesten geeignet sind, mit ihrer bestehenden Seeverwaltung und Seebewirtschaftungseinrichtung auch den Mondsee zu bewirtschaften. Es gibt Gespräche zwischen den Bundesforsten und der Besitzerin des Mondsees. Diese Gespräche sind eingeleitet worden, sind auch von mir sehr befürwortet und zum Teil initiiert worden. Ich habe gemeinsam darüber hinaus mit dem Kollegen Stockinger ein Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Bundesforste vorige Woche in dieser Angelegenheit geführt, der uns bestätigt hat, dass die Bundesforste prinzipiell ein Interesse haben, dass sie mit der bestehenden Seeverwaltung Attersee ohne zusätzliche Personalressourcen diesen See bewirtschaften können. Es hat dann auch noch die Frage des Preises gegeben. Ich werde hier keine Zahlen bekannt geben. Ich sage nur, dass die zuletzt kolportierte Summe über den Kaufpreis in den Medien nicht der Realität entspricht, es ist aber auch richtig, dass die Bundesforste und die Seenbesitzerin noch relativ weit in den Preisvorstellungen auseinander sind, was für den Beginn von Verhandlungen keine Besonderheit ist.

Die Problematik des Preises besteht vor allem darin, dass am Mondsee relativ wenig Erlöst werden kann. Denn die Schifffahrt ist frei, die Gründe am See gehören nicht zum See in aller Regel, mit ganz wenigen Ausnahmen, die Zahl der Stege ist vom Naturschutz radikal reduziert worden in den letzten Jahren in mehreren Aktionen, sodass im Wesentlichen für die Einnahmen die Bojen übrig bleiben. Die sind natürlich nicht die große Einnahmequelle. Ich habe, bevor ich mit den Bundesforsten ins Gespräch getreten bin, mir die Tarifsituation Attersee – Mondsee angesehen. Hier ist in der Zeitung Unrichtiges verbreitet worden. Derzeit zahlen die Bojenbesitzer und Stegbesitzer am Mondsee mehr als die Bundesforste für Stege und Bojen am Attersee zahlen oder gleich viel. (Zwischenruf Landesrat Dr. Stockinger: „Oder Traunsee!“) Bitte? (Zwischenruf Landesrat Dr. Stockinger: „Traunsee!“) Oder auch am Traunsee ist es teurer. Also, bei Übernahme durch die Bundesforste ist mit einer Preissteigerung für die betroffenen Bojenbesitzer und Stegbesitzer keinesfalls zu rechnen, da eines klar ist, wenn die Bundesforste einsteigen, dann sicherlich zur Tarifordnung der schon jetzt von ihnen bewirtschafteten Salzkammergutseen, denn eine Differenzierung würde niemand von einem öffentlichen Eigentümer verstehen.

Ich werde mich weiterhin bemühen als Vermittler zwischen der Eigentümerin und den Bundesforsten, und hoffe sehr, die Frau Waechter hat sich ja einen Zeitraum bis Ende dieses Jahres gesetzt, bis sie mit den Gesprächen fertig sein soll, ich werde mich sehr bemühen, dass wir hier vermitteln können.

**Erste Präsidentin:** Bitte Herr Klubobmann!

Abg. **Mag. Steinkellner:** Danke ja. Also Nicolette Waechter hat den Mondsee vor 31 Jahren geerbt, steht da in einem Bericht der Salzburger Nachrichten, und wir haben sicher beide heute Früh mit Aufmerksamkeit diesen Bericht gelesen, wo unter anderem die Verkäuferin mitteilt, Käufer des Mondsees werden die Bundesforste, wobei Waechter den See am liebsten dem Land Oberösterreich verkauft hätte. „Ich habe dies Landeshauptmann Pühringer so mitgeteilt, gemeldet haben sich dann die Bundesforste“, so Waechter. Ich glaube es handelt sich hier um ein Naturjuwel unseres Oberösterreich.

Deswegen haben die freiheitlichen Abgeordneten einen Antrag vorbereitet, der lautet: Die Oberösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, mit der Eigentümerin des Mondsees in konkrete Verhandlungen zu treten und zu versuchen an dem See Eigentum zu erwerben, sollte dieser zum Verkauf angeboten werden. Ich überreiche diesen bereits von den freiheitlichen Abgeordneten unterzeichneten Antrag dem Klubobmann der ÖVP, (Klubobmann Mag. Steinkellner überreicht den Antrag an Klubobmann Mag. Strugl) und frage Sie als Landeshauptmann, werden Sie ihrem Klubobmann empfehlen, diesen Antrag mitzuzeichnen?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Wir haben eine große Demokratie in der ÖVP. Der Klubobmann braucht keine Empfehlungen, was er mitzeichnet und was er nicht mitzeichnet, wo er zustimmt und wo er nicht zustimmt. Ich warte jetzt die Verhandlungen zwischen Bundesforste und der Seeigentümerin ab, weil ich es für die beste Lösung halte, wenn Attersee, Traunsee und Mondsee unter einer Verantwortung stehen.

**Erste Präsidentin:** Noch eine Zusatzfrage?

Abg. **Mag. Steinkellner:** Welchen Sicherheitsanker werden Sie einbauen, dass, sollten die Verhandlungen zwischen Bundesforste und der Eigentümerin nicht zu dem von uns Oberösterreichern und Oberösterreichern gewollten Ergebnis führen, nämlich dass wir freien,

günstigen Zugang zu unserem Naturjuwel weiter erhalten, dass dann das Land doch kaufen kann?

**Landeshauptmann Dr. Pühringer:** Herr Kollege Klubobmann Steinkellner! Sie wissen natürlich ganz genau, dass der freie Seezugang in Österreich Gott sei Dank durch die Gesetze geregelt ist und dass, wer auch immer den See besitzt, den freien Zugang nicht schmälern kann. Abgesehen davon bin auch ich der Meinung, dass mit den Bundesforsten ein Eigentümer den See bekommen sollte, der von der Einstellung und vom Unternehmenszweck her diesen See als ein Allgemeingut betrachtet.

Ich habe wenig Angst, nachdem ich 20 Jahre die Diskussion kenne, dass irgendwer kommt und sagt, den See will ich, denn da kann er nicht großes Geld machen. Das kann er nicht. Ich kenne die Bilanzen der letzten drei Jahre, die habe ich mir angeschaut. Ich weiß was dort an Ertrag möglich ist. Und es kann sich jeder ausrechnen, welche Rendite möglich ist. Und ich sage auch, es kann niemand am See so viel verdienen, dass er in den nächsten 30 Jahren den Kaufpreis herein bekommt. Das ist ganz ganz unmöglich, weil die Verdienstmöglichkeiten am Mondsee entgegen anderen Seen extrem eingeschränkt sind. Es ist sicherlich kein Ort für Spekulanten, weil zum Spekulieren gibt es dort nichts. Und selbst wenn er die Bojenpreise verfünffacht, dann ist er immer noch in einer Größenordnung, dass er den Kaufpreis nie herein bringt. Die Bundesforste haben hier Vorteile, weil sie einen Gemeinnützigkeitsauftrag haben und weil sie nur die Fremdfinanzierung für den Kauf verdienen müssen auf Grund ihres Auftrages.

**Erste Präsidentin:** Danke. Gibt es eine weitere Zusatzfrage? Frau Dritte Präsidentin Eisenriegler bitte.

**Abg. Präsidentin Eisenriegler:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Die Wirtschaftsweise oder die Bewirtschaftung der Österreichischen Bundesforste in Bezug auf die Seen war ja in letzter Zeit, wenn man an den Attersee denkt, an Weyregg, nicht sehr überzeugend. Dort wird ja ein bisher öffentlich zugängliches Areal verbaut. Welche Möglichkeiten hat das Land Oberösterreich, eine solche Vorgehensweise im Fall des Mondsees zu verhindern, sodass die bisher öffentlich zugänglichen Stellen weiterhin öffentlich zugänglich bleiben?

**Landeshauptmann Dr. Pühringer:** Frau Präsidentin! Dazu kann ich Ihnen nur sagen, dass wir am Mondsee ausreichend Flächen vom Land Oberösterreich für öffentliche Badeplätze haben, die nicht zur Disposition stehen. Das ist im Gegensatz zum Attersee eine andere Situation. Wir haben dort große Badeplätze sowohl von den Gemeinden, insbesondere aber auch vom Land. Außerdem erwerben die Bundesforste keine Strandgründe, denn die sind mit dem See nicht in einer Liegenschaft.

**Abg. Präsidentin Eisenriegler:** Danke schön.

**Erste Präsidentin:** Danke. Weitere Zusatzfragen? Bitte Herr Abgeordneter Kapeller.

**Abg. Kapeller:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Eine Übernahme des Mondsees durch die Bundesforste ist sicherlich zu begrüßen, aber auch aus touristischer Sicht, da bin ich ganz deiner Meinung. Wenn aber diese Übernahme durch die Bundesforste scheitert, ist dann deinerseits ein Plan B geplant? (Heiterkeit.)

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Dann wird es, das ist mit der Eigentümerin ausgesprochen, (Zwischenruf Abg. Moser: „Plan B ist immer gut!“ Zwischenruf Abg. Dr. Brunmair: „Dann kommt der Mondsee-Börsegang!“) zu weiteren Gesprächen mit dem Land kommen.

**Erste Präsidentin:** Danke. Noch eine Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall. Danke einstweilen Herr Landeshauptmann. Die nächste Anfrage ist die der Frau Präsidentin Eisenriegler an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider.

Abg. Präsidentin **Eisenriegler:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haider! Wie Ihnen sicher bekannt sein wird, ist der ca. 100 ha große Welser Flugplatz mit seiner etwa 70 ha großen zusammenhängenden Magerwiesenfläche der letzte größere Rest der Welser Heide und in diesem Ausmaß einzigartig in Oberösterreich. Magerwiesen haben für die Erhaltung der heimischen Artenvielfalt eine ganz besondere Bedeutung, da sie ein wichtiges Refugium für bedrohte und äußerst selten gewordene Arten wie etwa den Großen Brachvogel darstellen, die ein offenes, steppenartiges Gelände benötigen. Nun plant die Stadt Wels, Teile dieser Fläche als Betriebsbaugelände umzuwidmen. Jede Verkleinerung stellt aber die Einzigartigkeit dieses Gebiets und damit seine Bedeutung für die Erhaltung der biologischen Vielfalt in Frage. Werden Sie als Naturschutzreferent die Umwidmung dieses einmaligen Gebietes des Welser Flugplatzes in ein Betriebsbaugelände befürworten?

**Erste Präsidentin:** Bitte, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Frau Präsidentin Orthner, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Frau Präsidentin Eisenriegler, in der von Ihnen angesprochenen Angelegenheit gibt es noch kein Behördenverfahren. Eine Rücksprache bei der Abteilung Raumordnung ergab, dass noch kein Raumordnungsverfahren eingeleitet wurde. In einem allfälligen Raumordnungsverfahren wird der Naturschutz so wie alle anderen betroffenen Fachabteilungen eine Stellungnahme abgeben. Die politische Zuständigkeit für die Umwidmung für dieses Projekt liegt bei Landesrat Sigl. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Bei der Stadtgemeinde Wels!")

Abg. Präsidentin **Eisenriegler:** Ja.

**Erste Präsidentin:** Bitte, Frau Kollegin Eisenriegler.

Abg. Präsidentin **Eisenriegler:** Da hätte ich gleich eine Zusatzfrage. Magere Flachlandmähwiesen wie jene am Flughafengelände in Wels sind nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der Europäischen Union in gemeinschaftlichem Interesse. Werden Sie dem Ziel dieser Richtlinie, nämlich der Erhaltung der natürlichen Lebensräume und der wild lebenden Tiere und Pflanzen zur Sicherung der Artenvielfalt durch die Feststellung des Areals als Naturschutzgebiet Rechnung tragen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Frau Präsidentin, es ist schwer, hier ohne irgend ein Projekt zu sagen, dass ein Flughafen, der auch weiterhin ein Flughafen sein soll, in ein Naturschutzgebiet oder teilweise in ein Naturschutzgebiet umgewandelt werden kann. Tatsache ist, dass dort wertvolle Flora und Fauna vorhanden ist und dass wir, so wie der Naturschutz immer in Oberösterreich sehr, sehr sorgfältig prüfen werden und auch sehr gewissenhaft entscheiden werden.

**Erste Präsidentin:** Haben Sie noch eine Frage zu dem Thema?

Abg. Präsidentin **Eisenriegler**: Noch eine Frage. Welche zusätzlichen Maßnahmen können Sie als Naturschutzreferent ergreifen, um das einzigartige Gebiet des Welser Flughafens in Abstimmung mit der bisherigen Nutzung zu erhalten?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider**: Auch diese Frage ist ein bisschen schwierig, denn ohne Raumordnungsverfahren und ohne Umwidmung bleibt die derzeitige Widmung und die derzeitige Funktionalität des Flughafens aufrecht. Ich habe bisher gesagt, dass wir den Flughafen haben wollen, dass wir ihn auch in seiner Funktion unterstützen, dass wir natürlich die wertvollen Flächen dort kennen und auch entsprechend dokumentiert werden. Sie waren ja so freundlich und haben mir mein eigenes OEKO.L noch einmal geschickt zur Erinnerung. Das habe ich gestern in der Post gehabt; ich habe es auch so gewusst, dass wir dort wirklich wertvolle Flächen haben und dass daher das kein Null-Acht-Fünfzehn-Verfahren werden kann, sondern dass es eine massive inhaltliche Diskussion darüber geben wird.

Ich darf auch sagen, dass ich alle Informationen offen darlegen werde, auch die Entscheidungsgründe, möchte aber noch einmal darauf hinweisen, dass der Antrag von der Stadt Wels kommt und das entscheidende Regierungsmitglied Kollege Sigl, Raumordnung, ist. Es werden andere Fachabteilungen wie der Naturschutz zu einer Stellungnahme eingeladen werden; die werden wir zeitgerecht abgeben und sicherlich inhaltlich sehr qualifiziert.

Abg. Präsidentin **Eisenriegler**: Dankeschön.

**Erste Präsidentin**: Danke. Weitere Zusatzfragen? Bitte, Herr Klubobmann Hirz.

Abg. **Hirz**: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Wie können Sie als Naturschutzreferent sicherstellen, dass das besonders wertvolle Gebiet des Flughafens in seiner Gesamtheit ohne flächenmäßige und qualitative Einbußen erhalten bleibt? Ist das in Ihrer Kompetenz?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider**: Nein, ich wiederhole mich noch einmal. Es ist die Kompetenz des Kollegen Sigl, der über Antrag der Stadt Wels über diese Flächenwidmungsänderung und damit über die Änderung der Nutzung entscheidet. Der Naturschutz ist so wie andere Fachabteilungen eingeladen, eine Stellungnahme abzugeben, aber die Entscheidung trifft hier der Kollege Sigl.

**Erste Präsidentin**: Noch eine Zusatzfrage gibt es nicht. Dann danke ich Ihnen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider**: Gerne, Frau Präsidentin.

**Erste Präsidentin**: Die nächste Anfrage ist die der Frau Abgeordneten Moser an den Herrn Landeshauptmann Dr. Pühringer, bitte.

Abg. **Moser**: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Ich beginne meine mündliche Anfrage mit einer Entschuldigung an Sie. Sie sind nämlich in der Formulierung als amtsführender Präsident des Landesschulrates formuliert worden.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer**: Ich hätte den Enzenhofer trotzdem nicht abgesetzt.



Abg. **Moser**: Ich sage einmal eines. Bei mir war wahrscheinlich der Wunsch, dass Sie die Bildungsagenden führen, der Vater des Gedankens.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer**: Danke.

Abg. **Moser**: Deshalb habe ich es so formuliert. Also ich bitte um Entschuldigung und komme zur mündlichen Anfrage. "Der Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz geändert wird und ein Zweites Bundes-Verfassungsrechtsbereinigungsgesetz erlassen wird, enthält unter anderem zahlreiche Änderungen im Bereich des Schulwesens.

Ich stelle hiermit folgende Anfrage: Welche konkreten Auswirkungen würden sich durch diese Änderungen nach ihrer Einschätzung als Bildungsreferent des Landes Oberösterreich für die bestehenden Strukturen des Bildungswesens in Oberösterreich ergeben?"

**Erste Präsidentin**: Bitte.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Dieser Gesetzentwurf ist derzeit in Begutachtung, ist am 12. März 2008 gekommen, und wir haben acht Wochen Zeit dazu Stellung zu nehmen. Ihre Frage umfassend zu beantworten würde ein paar Stunden ausfüllen, nämlich bis ins Detail zu gehen. Ich gehe auf die ganz großen Bereiche ein.

Erstens, Kompetenz. Schulen sollen im Rahmen der neuen Kompetenzverteilung, Artikel 10, Ziffer 13 B-VG zugeordnet werden, also in die erste Säule und damit Bundessache. Ausgenommen von der jeweils gegebenen Bundeskompetenz wäre die gesamte äußere Organisation der Schulen. Diese käme in die dritte Säule. Die dritte Säule nimmt das Land wahr, wenn nicht der Bund von einer Regelungsermächtigung Gebrauch macht. Das kann er aber nur, wenn mindestens 50 Prozent der Länder zustimmen. Ob diese Kompetenzregelung mit dem Drei-Säulen-Modell kommt, hängt aber noch von der Staatsreform im Gesamten ab. Verändern würde das zum Beispiel, dass in die Verantwortung der Länder, dritte Säule, auch die äußere Organisation der höheren Schulen käme, die jetzt nicht bei uns war. Verändern zu unseren Lasten, dass also die gesamte Schulorganisation, die wir jetzt in der ursprünglichen Landeskompetenz haben, zum großen Teil in die mittelbare Bundesverwaltung käme. Es würde sich verändern, dass eben große Teile in die mittelbare Bundesverwaltung kämen laut diesem jetzigen Entwurf. Das heißt, dass zwar der Landeshauptmann zuständig ist und dass sich für den Landesschulrat in der konkreten Umsetzung nichts ändern würde, dass aber auch in Fragen, wo es jetzt nicht der Fall war, ein Durchgriffsrecht des Ministers bestehen würde auf den Landeshauptmann in mittelbarer Bundesverwaltung.

Drittens, ein ganz wesentlicher Punkt wäre, dass die Landes- und Bezirksschulräte wegfallen und in unmittelbarer Bundesverwaltung Beiräte eventuell eingerichtet würden oder auch nicht und anstelle des Landesschulrats käme eine Bildungsdirektion. Die Bildungsdirektion würde zusammengelegt Bildungsabteilung und Landesschulrat. Hier ist natürlich die Frage der Zuständigkeit der Behörde, wo Länder und Bund nicht einig sind.

Ebenfalls nicht einig sind Länder und Bund in der Frage der Zuständigkeit für die Lehrer. Wir sind der Meinung, dass die Lehrer Landesbedienstete bleiben sollen im Pflichtschulbereich; der Bund sagt, sie sollen Bundesbedienstete werden. Die Lehrer in ihrer Gesamtheit in der Gewerkschaft und in der Personalvertretung wehren sich hier vehement, denn das hat Auswirkungen bis hin zur Lehrerkrankenkasse, die auf Landesebene eingerichtet ist.

Wir werden diese Bedenken entsprechend vortragen. Es ist vorgesehen, dass bis zum Juni oder Juli eine Vorlage des Bundes existieren soll und dass anschließend die Verhandlungen mit den Ländern beginnen.

**Erste Präsidentin:** Bitte, eine Zusatzfrage?

Abg. **Moser:** Eine Zusatzfrage. Ich möchte ein bisschen erklären, ich weiß, es ist etwas sehr Umfassendes, nur wir haben die Unterlagen bekommen, Vorschlag Landesschulrat, § 7-Entscheidung, das heißt, keine Kollegiumssitzung zu diesen zwei Materien, und bei einem Begutachtungsentwurf war der 4. April angegeben und beim anderen der 14. April.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Das ist ein bisschen die Untugend des Bundes, ja.

Abg. **Moser:** Ja, und habe es aber auch etwas demokratiepolitisch bedenklich gesehen, dass vom Landesschulrat keine Kollegiumssitzung zu so einer großen Veränderung einberufen wird, sondern § 7-Entscheidung vorgeschlagen wird, wo drinnen steht, bei Gefahr in Verzug, also, vereinfacht jetzt formuliert, ich glaube, Sie wissen es und daher meine mündliche Anfrage.

Sie haben angesprochen eben die Abschaffung oder die Umstrukturierung, die geplant ist. Wie sehen Sie, oder gehe ich richtig in der Annahme jetzt auf Grund Ihrer Ausführungen, dass Sie auch dagegen sind, dass die Kollegien, die ja jetzt ein Mitspracherecht haben bei Entscheidungen, sehr wohl also abgeschafft werden sollen, weil es ja nur mehr einen Beirat mit beratender Stimme geben soll? Habe ich Sie jetzt in Ihren Ausführungen richtig verstanden?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Meine Meinung ist, dass auf der Bezirksebene die Bezirksschulgremien wirklich ersatzlos gestrichen werden können, denn die haben de facto keine Kompetenz mehr. Ich habe selbst dem Gremium glaube ich zehn Jahre angehört, aber um zu begutachten, wer Schulrat oder Oberschulrat wird und welche zwei Tage im Bezirk frei sind, da gibt es sowieso eine landesweite Regelung vom Landesschulrat her, dazu braucht man kein Bezirksschulratgremium. Sie haben auch, wenn Sie sich die Protokolle anschauen, sagenhafte Sitzungsdauern von elf bis dreiundzwanzig Minuten oder siebenundzwanzig. Das brauchen wir wahrscheinlich sicher nicht.

Auf Landesebene bin ich der Meinung, dass man ein Gremium zwischen Lehrern, Eltern und Schüler braucht, das an der Seite des jeweiligen Schulreferenten und Präsidenten steht.

**Erste Präsidentin:** Bitte, noch eine Zusatzfrage?

Abg. **Moser:** Noch eine Detailfrage. Sie haben gesagt, das ist sehr umfassend. Es wäre wirklich ein langer Dialog und daher eine spezielle Frage. Im Artikel 81a Abs. 2, ich sage Ihnen gleich was da drinnen steht, geht es um das Schulentgelt, also es steht drinnen in der neuen Formulierung, der Unterricht an öffentlichen Schulen ist unentgeltlich. Im alten Entwurf haben wir drinnen gehabt, Ausnahmen Lehr- und Arbeitsmittel usw. Es gibt ja in Linz jetzt eine Diskussion, dürfen Kinder, sollen Kinder Kopiergeld und andere Unterrichtsmittel bezahlen oder soll die Schule de facto wirklich kostenlos sein? Wie stehen Sie zu dieser Änderung und zu dieser Neuerung, und wie interpretieren Sie sie?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Ich bin der Meinung, dass der Regularbetrieb einer Schule, und da gehören im 21. Jahrhundert Fotokopien dazu, unentgeltlich sein soll.

Abg. **Moser**: Danke.

**Erste Präsidentin**: Danke. Zusatzfragen gibt es keine mehr. Danke, Herr Landeshauptmann. Die Fragestunde ist geschlossen. Ich bitte den Herrn Schriftführer den Eingang bekanntzugeben.

Abg. **Bernhofer**: Ja, ich darf den heutigen Eingang zur Kenntnis bringen. Das ist die Beilage 1450/2008, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Abgeltung stationärer medizinischer Versorgungsleistungen von öffentlichen Krankenanstalten für Insassen von Justizanstalten. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Finanzen zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1451/2008, ein Prüfbericht des Oberösterreichischen Landesrechnungshofes über personelle, sachliche und finanzielle Erfordernisse des Landesrechnungshofes für das Jahr 2009 - Übersicht über die weitere Entwicklung, wird dem Kontrollausschuss zur Vorberatung zur Beratung zugewiesen.

Die Beilage 1452/2008, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz über vorübergehende sachliche Immunität von Kulturgut-Leihgaben (Oö. Kulturgut-Leihgabengesetz), wird dem Kulturausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1453/2008, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Pflichtschulorganisationsgesetz 1992 geändert wird (Oö. Pflichtschulorganisationsgesetz-Novelle 2008), wird dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1454/2008, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Schulzeitgesetz 1976 geändert wird (Oö. Schulzeitgesetz-Novelle 2008), wird dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1455/2008, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Genehmigung zum Abschluss der beiliegenden Vereinbarung abgeschlossen zwischen dem Land OÖ einerseits und der Immobilien Linz GmbH (ILG) andererseits, wird dem Ausschuss für Finanzen zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1456/2008, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Gesamtverkehrskonzept Oberösterreich 2008 (GVK OÖ 2008), wird dem Ausschuss für Verkehrsangelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1457/2008, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Umsetzung der CO<sub>2</sub>-Reduktionspläne der EU-Kommission ohne Standortgefährdung, soll gemäß § 26 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 1458/2008, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend einen Qualifizierungsbonus für Teilnehmerinnen an Ausbildungen im Rahmen von Stiftungsmodellen, soll ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 1459/2008, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Resolution für die Wiederbelebung der Initiativen der Bundesregierung gegen das AKW Temelin, soll ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 1460/2008, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Einberufung eines Gipfelgespräches mit der Bundesregierung, soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 1461/2008, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend konkrete Maßnahmen gegen die hohen Preissteigerungen bei Gütern des täglichen Bedarfs und bei den Leistungen der Daseinsvorsorge, soll ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 1462/2008, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend Maßnahmen zu wirksamerer Wettbewerbskontrolle beim Benzin- und Dieselpreis bzw. Erhöhung des amtlichen Kilometergeldes, des Pendlerpauschales und des Pendlerzuschlags zur Negativsteuer, soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 1463/2008, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend die Erhöhung der Fernpendlerbeihilfe des Landes Oberösterreich, soll ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 1464/2008, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend mehr Personal und Budgetmittel für die oberösterreichische Polizei, soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 1465/2008, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend eine umfassende Steuerreform 2008, soll ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die letzte Beilage 1466/2008, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Eingehen einer Mehrjahresverpflichtung zur Übernahme von 50 vH der für die Abnahme von elektrischer Energie aus Photovoltaikanlagen erforderlichen Aufwendungen gemäß Ökostromgesetz 2006 § 10a Abs. 9 (PV-Kofinanzierung), diese Beilage 1466/2008 wird dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

**Erste Präsidentin:** Ich bedanke mich beim Herrn Schriftführer Abgeordneten Bernhofer. Alle von ihm verlesenen Beilagen haben Sie auf Ihren Plätzen aufliegen. Wir beginnen mit der Beilage 1457/2008. Hier haben die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner vorgeschlagen, diese Beilage keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 1457/2008 handelt es sich um den Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Umsetzung der CO<sub>2</sub>-Reduktionspläne der EU-Kommission ohne Standortgefährdung. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss erforderlich, und ich eröffne über diesen Antrag die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Steinkellner.

Abg. **Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich danke der ÖVP und den Grünen für diesen Dringlichkeitsantrag, denn in Wahrheit können wir jetzt zu dem Thema schwenken um das es wirklich geht. Die Kronen Zeitung zitiert: "So will Brüssel die voest schröpfen." Der Umweltminister sagt, die Zuteilung der CO<sub>2</sub>-

Zertifikate an die voest ist nicht fix. Das habe ich nicht erfunden. Ich kann nicht am Rechtssystem der EU vorbei.

Nur warum bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, diskutieren wir nicht dann die demokratische Entwicklung der Europäischen Union? Warum haben wir wenige Tage vor der Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrages Dringlichkeitsanträge, mit sehr wohl inhaltlicher Kritik an der EU, am Rechtssystem, an der Entwicklung der Europäischen Union, ja mit Problemen des Arbeitsplatzes für uns auf der Tagesordnung und gleichzeitig sind wir nicht bereit, etwa die voestalpine, das Management, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der voest einzubeziehen im Rahmen einer Volksabstimmung über den EU-Vertrag? Nein wir machen einen Dringlichkeitsantrag, dass wir als Landtag heute die Landesregierung bitten, bitte liebe Landesregierung, geht doch zur Bundesregierung und bittet doch die Bundesregierung etwas zu tun! Diese soll nämlich wiederum beim EU-Ministerrat bitten, dass bei der voestalpine nicht die Arbeitsplätze gefährdet werden. Und gleichzeitig verschweigen wir, dass wir in wenigen Tagen unsere Verfassung verändern und reden nicht darüber.

Natürlich kriegen wir nicht die Mehrheit. Die SPÖ und die FPÖ wollten gemeinsam noch einmal Beschlüsse im Landtag fassen, dass eine Volksabstimmung kommt. Wir wollten auch einen Beschluss fassen, dass der Landeshauptmann aktiv wird und eine Sonderlandeshauptleutekonferenz einberuft. Denn im EU-Verfassungssystem gibt es auch eine Möglichkeit, dass die Landeshauptleute eingebunden sind und quasi einen Beschluss an die Bundesregierung bei Einstimmigkeit zurückweisen, ein so genanntes Recht der Länder.

Wir bekommen nicht die notwendigen 29 Unterschriften, weil weder die Grünen noch die ÖVP eine Verschiebung, eine Abstimmung des EU-Vertrages möchten. Aber weil genau das was dort passiert, ich habe gerade Minister Pröll zitiert, er kann ja das Rechtssystem der EU nicht ändern, genau das wäre ja jetzt zu tun. Jetzt sollten wir das Rechtssystem ändern, denn im vereinfachten Veränderungsverfahren des neuen EU-Vertrages werden wir als Gesetzgebungsorgan in Österreich weiter mit unseren Rechten beschnitten. Und keiner informiert darüber. Es gibt eine Generalermächtigung zur Mittelbeschaffung. Wir werden heute einige Dringlichkeitsanträge noch haben wo wir erkennen, dass die Menschen unglaublich belastet werden. Ich sage nur der Milchpreis ist etwa um 30 Prozent gestiegen, der Lebensmittelpindex steigt gewaltig, die Menschen leiden und stöhnen unter der Belastung.

Hier mit dem EU-Vertrag gibt es eine Generalermächtigung, dass nunmehr auch die EU eine Steuer einführen könnte. Aber die Bevölkerung weiß es nicht. Aber wir schaffen es nicht mit Mehrheit hier einen Antrag zu beschließen, weil ÖVP und Grüne dagegen sind. Sie sind nicht einmal bereit darüber zu diskutieren, geschweige denn die Bevölkerung wirklich zu befragen. Oder bei der Flexibilisierungsklausel: Früher wurde der Markt untergeordnet, nun geht es um alle Rechtsbereiche, die der EU-Norm unterworfen sind. Wir reden nicht darüber, es wird nicht darüber informiert.

Aber besonders pikant ist es dann, wenn man eine Einladung für 11. April bekommt, wo die EU-Informationsstelle bei uns in Oberösterreich im Ursulinenhof eine Veranstaltung durchführt. Zwei Tage nachdem der EU-Vertrag im Nationalrat ohne Volksabstimmung ratifiziert wurde. Was geht denn das uns alle an, könnte man immer noch sagen. Wir sind ja "nur der Landtag". Das ist für uns total entscheidend deswegen, weil bis jetzt ist Österreich ein Bundesstaat und wir ein Bundesland. Nunmehr ist ja Österreich bereits Bundesland in einem neuen Staatssystem und wiederum informieren wir die Menschen nicht und lassen sie nicht mitentscheiden. Wir stimmen diesem EU-Vertrag ohne Information der Bevölkerung, ohne Abstimmung zu, dass das Unionsrecht, entsprechend der 27. Erklärung der Regierungskon-

ferenz, grundsätzlich Vorrang hat. Auch darüber wird nicht gesprochen. Und wie weit dann ein so genannter Regional- oder Bundesstaat überhaupt noch neutral sein kann, nachdem er sich ja in einem Bundesstaatsgefüge befindet, ist mehr als strittig.

Über all diese Bereiche wird nicht transparent informiert oder geschweige denn die Bevölkerung mit eingebunden. Ich glaube, wir hätten heute viele Chancen noch darüber zu reden, wie wir eine derartige Ratifizierung verhindern. Wir wissen, dass jederzeit die Sitzung unterbrochen werden könnte, sollte es einen Meinungsumschwung bei ÖVP oder Grünen geben, dass wir eine gemeinsame Resolution gegen die Ratifizierung schaffen. Und wenn wir wenigstens eine Verschiebung erreichen würden bis etwa Irland abgestimmt hat, wo die Bevölkerung gefragt wird. Aber ich sehe auch nicht ein, warum die Österreicherinnen und Österreicher weniger Rechte haben sollten, als etwa die irischen Staatsbürger. Bitte überlegen Sie noch einmal darüber nachzudenken, binden Sie die Bevölkerung mit ein und lassen Sie die Bevölkerung hinsichtlich unserer Verfassungsänderung mitentscheiden! Danke. (Beifall. Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Was hat das mit der voest zu tun? Überhaupt nichts!")

**Erste Präsidentin:** Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Frauscher.

Abg. **Frauscher:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich erlaube mir jetzt zum vorliegenden Antrag zu sprechen, nachdem ja an sich der EU-Reformvertrag mit den CO<sub>2</sub>-Reduktionsplänen der EU wenig bis gar nichts zu tun hat und darf jetzt auf den Antrag eingehen.

Meine Damen und Herren! Es steht außer Zweifel, dass es, was Belastungen der Luft, CO<sub>2</sub>-Emissionen und so weiter und die damit verbundene Klimaerwärmung angeht, sozusagen jetzt fünf vor zwölf ist und es jetzt strikten momentanen Handlungsbedarf gibt und nicht erst in unmittelbarer Zukunft. Es steht natürlich auch außer Zweifel, dass ein großer Teil dieser Emissionen logischerweise von der Industrie herrührt.

Es hat sich natürlich auch die Wirtschaftsleistung in den letzten Jahren und Jahrzehnten stetig gesteigert und es ist auch zu erwarten, dass sie dies in Zukunft zweifellos tun wird. Und darum ist es notwendig, mit entsprechenden Maßnahmen den zu erwartenden Zuwachs abzufedern. Es sind deshalb die Industrieunternehmen gefordert, dementsprechende Schritte zu setzen um diese Reduktion herbeizuführen. Und das passiert auch, und dass das auch passiert möchte ich am Beispiel der voestalpine kurz anführen. Laut derer Umwelterklärung ist die Rohstahlproduktion in den Jahren 1990 bis 2006 um 65 Prozent gestiegen, während die CO<sub>2</sub>-Emissionen nur um 34 Prozent angestiegen sind. Insgesamt hat es in diesen 16 Jahren, umgelegt auf die Produktion von einer Tonne Rohstahl, eine Reduktion von 19 Prozent dieser Emissionen gegeben. Verglichen mit den 80er-Jahren ist die Reduktion sogar ein Drittel. Beim Feinstaub ist im selben Zeitraum sogar die Reduktion im Ausmaß von zwei Drittel durchgeführt worden. Und positiv ausgewirkt hat sich hier natürlich auch die Neuzustellung und der Ausbau vom Hochofen A.

Wir können damit auch sagen, dass Linz eine der saubersten Industriestädte Europas geworden ist. Zudem bemüht sich das Unternehmen auch noch intensiv um alternative neue Technologien, um eine Roheisenerzeugung CO<sub>2</sub>-frei durchführen zu können. Aber da bedarf es natürlich der Möglichkeiten, dies auch im Massenbetrieb zu erzeugen.

Es gibt natürlich nicht nur die voestalpine in Oberösterreich. Es gibt sehr viele Industriebetriebe, die hier ebenfalls auf sehr, sehr gutem Weg sind. Leider werden aber diese Anstrengungen, man muss sagen vorbildlicher technische Einsatz, dieser Standard von der EU nicht

berücksichtigt. Und unsere Unternehmen werden hier mit Unternehmen, die diesen Standard bei weitem nicht bringen, nahezu gleichgesetzt, und das können wir nicht akzeptieren. Unternehmen die große Vorleistungen im Umweltsektor bereits gebracht haben, denen müssen diese Vorleistungen entsprechend honoriert werden mit einer Bonusleistung, ganz gleich in welcher Form auch immer.

Es ist aber nicht nur der Inhalt zu kritisieren, sondern auch der Zeitpunkt 2011. Es liegen ja bereits machbare Pläne vor, wie diese gerechte Aufteilung vor sich gehen könnte. Gerade in diesem Bereich sind Investitionen langfristig zu planen und die Betriebe brauchen hier eine Sicherheit und eine Planbarkeit. Sie haben ja eine große Vorlaufzeit und darum ist 2011 eindeutig zu spät.

Es dürfen also Unternehmen, die große Umweltleistungen schon erbracht haben, die umweltmäßig vorbildlich agieren, nicht mit Unternehmen, die diese Standards nicht aufweisen in einen Topf geworfen werden. Sie können dann nicht konkurrieren und müssen eventuell in andere Länder ausgliedern. Das wäre natürlich völlig kontraproduktiv, wenn dann diese Betriebe in den anderen Ländern unter schlechteren Umweltbedingungen größere Emissionen erzeugen würden. Umweltschutz ist ein globales Problem. Gerade auch der Klimaschutz ist ein globales Problem. Das Klima hält sich ja nicht an Grenzen und es ist daher die EU gut beraten dies zu berücksichtigen.

Wir wollen mit dieser Resolution an die Bundesregierung, die sie weiterleiten soll an den EU-Ministerrat, ein starkes Zeichen setzen für den Umweltschutz aber auch für die Gerechtigkeit innerhalb dieses Umweltschutzes. Und dass dieser Antrag dringlich ist, ergibt sich aus dem vorher Gesagten. Dankeschön. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke vielmals. Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Hirz.

**Abg. Hirz:** Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der voestalpine Generaldirektor Wolfgang Eder hat angekündigt, den Standort Linz nicht weiter auszubauen, sollten die EU-Kommissionspläne zur CO<sub>2</sub>-Reduktion tatsächlich umgesetzt werden. Jetzt können wir diskutieren, ob das ein Hilferuf ist oder ob das eine Drohgebärde ist. Auf alle Fälle ist es eine brisante Botschaft für Oberösterreich und ich kann von dieser Stelle aus sagen, dass diese Botschaft bei der Landespolitik angekommen ist. Ich bin überzeugt, dass die voest Planungssicherheit braucht, und diese Planungssicherheit bekommt sie nur, wenn die EU konkrete CO<sub>2</sub>-Richtlinien schafft und das möglichst rasch. Und deshalb ist dieser Antrag, den wir heute hier gestellt haben, auch dringlich.

Es wird in diesem Antrag die Bundesregierung aufgefordert, beim EU-Ministerrat dafür einzutreten, dass höchste Umweltstandards sich für Oberösterreichs Unternehmen auszahlen und deswegen soll die EU-Kommission auch bis Ende 2009 eine endgültige Entscheidung über diese CO<sub>2</sub>-Richtlinie treffen und nicht erst 2011, wie das Kommissionspräsident Barroso angekündigt hat. Und da komme ich gleich auf meinen Vorredner Günter Steinkellner zu sprechen. Es ist nicht lauter dieses zu vergleichen mit dem Rechtssystem der EU, denn du weißt genau, dass diese Vorschläge in den EU-Ministerrat gehen und dass ohne Österreich in diesem Bereich gar nichts geht und dass der Reformvertrag nicht wirklich mit diesem Bereich etwas zu tun hat. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Aber die gesetzgebenden Körperschaften werden entmachtet!") Das ändert trotzdem an dem nichts.

Nichts desto trotz ist es so, dass die Ungewissheit, die jetzt besteht, die Ausbaupläne der voest gefährdet und dass ein Investitionsstopp, wie ihn Generaldirektor Eder angekündigt

hat, sicherlich auch langfristig die Gefahr in sich birgt, dass dieses Industrieunternehmen womöglich sich selbst absiedelt. Ich bin überzeugt, dass Standortsicherung und Klimaschutz vereinbar sind. Die voest hat sicherlich Vorbildcharakter in Sachen Klimaschutz. Die voest ist ein europäischer Vorreiter für umweltbewusstes Produzieren und die voest ist der sauberste Stahlproduzent Europas. Alleine seit 2001 wurden 2,5 Milliarden Euro investiert und zusätzlich 2.000 Arbeitsplätze geschaffen. Und trotz dieses Ausbaus ist es gelungen ständig die Umweltbelastungen zu verringern. Die voest hat massiv in den Klimaschutz investiert. Es steckt sehr viel Grün in der voest und das kann man auch nachlesen, wenn man sich die Umwelterklärung der voest 2007 anschaut, wo ich glaube, dass wir sicherlich als Oberösterreich stolz auf diesen Betrieb sein können.

Und ich glaube wirklich, dass es unfair wäre und auch kontraproduktiv die voest zu strafen, die seit Mai 2007 500.000 Tonnen CO<sub>2</sub> jährlich einspart. Ich bin der festen Überzeugung, dass klimaschonende Produktion belohnt werden muss. Daher brauchen wir innereuropäisch, am europäischen Stahlmarkt, ein Benchmarksystem, das vergleichsweise klimaschonende Stahlproduktion bevorzugt und vergleichsweise klimaschädigende Stahlproduktion belastet.

Und jetzt gleich noch zu dem Trugschluss, dass die Standortverlegungen irgendwelche Vorteile bringen. Es wäre aus Sicht des Arbeitsmarktes, es wäre aus Sicht des Wirtschaftsstandortes, es wäre aus Sicht des Klimaschutzes höchstens kontraproduktiv und unsinnig, wenn klimaschonende Stahlproduktion aus der EU verdrängt wird und in Regionen kommt, die weniger strenge Klimaschutzregelungen haben. Global gesehen ist es so, dass sogar die CO<sub>2</sub>-Emissionen steigen würden und nicht sinken.

Und ich glaube, dass Vereinbarkeit von Standortsicherung und Klimaschutz vorrangiges Ziel Europas sein muss. Ich halte es für notwendig, dass eine Nachfolgeregelung von Kyoto global umgesetzt werden muss. Ich glaube, dass die Chancen ganz gut stehen. Australien und die USA denken ernsthaft darüber nach. Aber jetzt komme ich zu dem was Günter Steinkellner gesagt hat, aber genau in dem Reformvertrag, und das ist jetzt von Relevanz, gibt es jetzt die Möglichkeit, dass die EU Steuern einführt. Und ich bin wirklich der Meinung, wenn es nicht gelingt, dass es eine globale Nachfolgeregelung gibt, dann bin ich also wirklich dafür, dass wir in den Bereichen der energieintensiven Industrie hier eine CO<sub>2</sub>-Steuer als EU auf Stahlimportwaren draufschlagen müssen, um Konkurrenzverzerrungen entsprechend zu unterbinden. Das muss auch für die stahlverarbeitende Industrie, für die Autoindustrie gelten.

Zum Schluss, die Kernziele der EU sind meiner Meinung nach positiv. Die EU hat das Ziel, die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 20 Prozent in den nächsten 12 Jahren zu verringern. Ich bin überzeugt, dass, wenn die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt werden, Klimaschutz und Standortsicherung vereinbar sind. Und in diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zur Dringlichkeit und zu diesem Antrag. Danke. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Sulzbacher.

**Abg. Ing. Sulzbacher:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Selbstverständlich bin ich auch als Abgeordneter aber auch als Betriebsrat im Besonderen dankbar dafür, dass dieser Antrag eingebracht wurde. Es wäre natürlich schön gewesen, wenn man auch uns zur Mitunterzeichnung eingeladen hätte, aber Hauptsache er liegt vor. Und Sie können sich vorstellen, dass dieses Thema nicht nur ein Thema unseres Generaldirektors ist, sondern auch ganz besonders in der Belegschaft zu einem Angstthema geworden ist. Und wir haben gerade Tage von Betriebsratswahlen hinter uns und Sie können sich vorstellen, dass es auch für



einen Betriebsrat nicht angenehm ist, mit solch einem Thema vor die Leute treten zu müssen. Jeden Tag gefragt zu werden, ob diese Investitionen, die da unter Umständen am Schwarzen Meer geplant sind, ob das nicht doch eine deutliche Verlagerung ist und ob nicht eh der Betriebsrat schon mehr weiß und womöglich mit der Unternehmensleitung unter Umständen unter einer Decke steckt und uns da sozusagen eine Verlagerung verkaufen will. Es ist das die letzten Wochen und Tagen ein ständiges Gesprächsthema bei der Belegschaft, in den Aufsichtsräten. Und daher bin ich froh, dass wir heute hier im Landtag diese Initiative behandeln.

Ich möchte nur mehr auf zwei wesentliche Punkte in dem Zusammenhang hinweisen, weil ich glaube, dass wirklich die voest ein gutes Beispiel ist, um was es dabei geht. Erstens geht es um die Art der Bemessung dieser CO<sub>2</sub>-Zertifikate. Es wurde schon erwähnt, dass nicht der absolute Umweltstandard als Maßstab genommen wird, sondern die Verbesserungen die im Laufe einer gewissen Zeit eingetreten sind. Und da sind wir natürlich (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Bestraft!") bestraft, weil wir schon sehr früh, und ein wesentlicher Punkt war ja nach 1985 und die schon länger hier herinnen sind, ich möchte nicht sagen die Älteren, aber die schon länger in diesem Landtag sitzen werden sich noch erinnern, dass in den Jahren 1986 und 1987 der Abgeordnete Sulzbacher immer darauf hingewiesen hat, dass man doch diesen Umweltpakt einhalten soll, wo man sich verpflichtet hat, dass Bund, Land und Stadt gemeinsam diese großen Umweltinvestitionen, wie sie dort erfolgt sind, finanzieren. Das Land hat sich nicht daran gehalten, aber ich muss sagen der Bund auch nicht und daher hat sich das Land auch nicht daran gehalten. Aber es waren das tatsächlich dort die Zeiten, wo die größten Fortschritte erzielt worden sind. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Wir haben bei allen Linzer Luftpaketen mitgezahlt!") Aber dort nicht, da waren dreimal 30 Millionen Schilling im Budget, die wurden nie ausbezahlt. Das kann ich Ihnen einmal erklären Herr Pühringer. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Das waren aber an den Bund gebundene Mittel!") Ich hab es schon gesagt, der Bund, weil der Bund nicht bezahlt hat, hat das Land auch nicht bezahlt. Aber klar ist auch, dass diese Umweltverbesserungen praktisch zu einem Zeitpunkt erfolgt sind, die dann für den Bemessungszeitraum eben nicht sehr positiv für uns sind. Jetzt stehen wir vor der Situation, vor wichtigen Ausbauprojekten, wir können in Linz die Hütte erweitern. Wir planen Ausbauprojekten am Schwarzen Meer und beide Ausbauprojekten sind abhängig von dieser EU-Entscheidung. Wir würden die Entscheidung jetzt brauchen, ja, spätestens zum Jahresende. Ja mit Würgen und so wird es wahrscheinlich noch gehen bis Mitte nächstens Jahres. Aber dann ist sozusagen Feuer am Dach, dann muss der Vorstand und der Aufsichtsrat reagieren und wenn bis dorthin keine eindeutigen Erklärungen und Festlegungen vorliegen, auf die man sich verlassen könnte, in unserem Sinn vorliegen, dann droht tatsächlich eine langfristige Verlagerung der Flüssigseite, und was das heißt für einen Stahlstandort, brauche ich nicht extra erklären, dann werden wir zu einem Rerollerbetrieb und den kann man überall auf der Welt hinstellen und den wird man wahrscheinlich in Zukunft sicher nicht in die EU nach Mitteleuropa stellen, sondern der wird halt dann irgendwo anders sein.

Und noch so als Zusatzbemerkung, um die Unsinnigkeit dieser Regelungen zu zeigen, wenn man am Schwarzen Meer baut, haben wir dort Rumänien, Bulgarien, EU-Länder, Nicht-EU-Länder, Türkei, Ukraine, und wenn die EU hier sich nicht eindeutig zu unseren Gunsten festlegt, dann wird man halt dort eher in der Ukraine bauen und nicht in Rumänien, ja und in der Türkei und nicht in Bulgarien. Alles ist miteinander ein Luftraum, ja und das kann es nicht sein, dass solche Investitionsentscheidungen von solchen eigentlich allgemein nicht verständlichen Regelungen abhängig sind.

Ich ersuche daher wirklich auch dich, Herr Landeshauptmann, dich einsetzen, dass diese Resolution in Wien und in Brüssel ernst genommen wird und raschest darauf reagiert wird. Dankeschön! (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Wovon du ausgehen kannst!" Beifall)

**Erste Präsidentin:** Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen und bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 1457/2008 "Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Umsetzung der CO<sub>2</sub>-Reduktionspläne der EU-Kommission ohne Standortgefährdung" zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu heben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Der Schriftführer hat bereits angekündigt, dass auch die Unterzeichner der Beilage 1458/2008 "Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend einen Qualifizierungsbonus für Teilnehmerinnen an Ausbildungen im Rahmen von Stiftungsmodellen" vorschlagen, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen, sondern sie dringlich zu behandeln. Bei der Beilage 1458/2008 handelt es sich um den "Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend einen Qualifizierungsbonus für Teilnehmerinnen an Ausbildungen im Rahmen von Stiftungsmodellen". Auch hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtages erforderlich. Ich eröffne darüber die Wechselrede und erteile der Frau Abg. Gabriele Lackner-Strauss das Wort.

Abg. **Lackner-Strauss:** Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen Herren! Gerade in der aktiven Arbeitsmarktpolitik von Oberösterreich ist die Forcierung der Frauenbeschäftigung ein ganz ein wichtiger Schwerpunkt. Die Verknappung an qualifizierten Arbeitskräften und die demografische Entwicklung führt zu einem Fachkräftemangel. Insgesamt geht das Angebot an Fachkräften zurück und das ist langfristig eine große Gefahr für den Wirtschaftsstandort in Oberösterreich. Für uns ist es ganz wichtig, dass Frauen vermehrt in den Arbeitsplatz und in den Arbeitsprozess gebracht werden. Es gibt immer weniger typische Männerberufe und das bedeutet, dass das Spektrum der Berufe, die sich für Frauen eignen, immer mehr wächst.

Wir haben in Österreich ein Angebot von 300 möglichen Lehrberufen, aber immer noch mehr als die Hälfte aller weiblichen Lehrlinge wählen aus drei Berufen aus, das ist Bürokauffrau, Einzelhandelskauffrau und Friseurin. Es ist daher ganz wichtig, das Interesse für frauenuntypische Berufe zu wecken und das Potential der Frauen am Arbeitsmarkt zu erhöhen. Die Arbeitslosenquote der Frauen in Oberösterreich ist von 5,1 Prozent im Februar 2005 auf 3,9 Prozent im Februar 2008 gesunken. Ein großer Erfolg ist auch die gestiegene Beschäftigung der Frauen, die von knapp 246.000 in einigen Jahren auf 263.000 gestiegen ist. Noch immer ist die Bildung- und Berufswahl sehr von traditionellen Männer- und Frauenberufen geprägt und traditionell weisen daher die Frauenberufe auch ein niederes Einkommen auf. Um dem Fachkräftemangel vorzubeugen, ist es natürlich wichtig, Frauen bedarfsorientiert zu qualifizieren und damit die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen, aber auch die Frauenarbeitslosigkeit zu vermindern. Das Land Oberösterreich und das AMS haben mit dem Vorzeigemodell der Impacementstiftung Frauen die Möglichkeit gegeben, im Zuge einer Stiftung eine Ausbildung zu absolvieren. Bei dieser betriebsnahen Ausbildung in den Firmen absolvierten im Jahr 2007 1.500 Personen eine Ausbildung bis hin zur technischen Spezialausbildung. Das Problem bei dieser Ausbildung sind die finanziellen Schwierigkeiten, an denen es scheitert. Meistens ist die Ausbildung bis sechs Monate, und wenn es länger

dauert, müssen die Frauen vorzeitig abbrechen, weil sie es sich einfach auf finanziellen Gründen nicht mehr leisten können.

Da aber Ausbildung im künftigen Dienstgeberbetrieb spezifisch ist, betriebsnah erfolgt und gerade durch die Implacementstiftung ist es einfach eine große Chance, die Frauen auch in untypischen Frauenberufen eine technische Ausbildung zu ermöglichen. Durch einen von uns geforderten Qualifizierungsbonus des Bundes für Frauen, die eine länger dauernde Aus- und Weiterbildung im Rahmen einer Stiftung absolvieren, könnte der Anteil der Frauen deutlich erhöht werden. Die Oberösterreichische Volkspartei spricht sich deshalb für einen Qualifizierungsbonus aus, da wir die Frauen in der Wirtschaft brauchen und Frauen dürfen nicht vor der Entscheidung stehen, Beruf oder Familie. Es muss beides nebeneinander möglich sein. Daher ersuche ich Sie, diese Initiative der Oberösterreichischen Volkspartei zu unterstützen. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke! Nächste Rednerin ist die Frau Präsidentin Eisenriegler.

Abg. Präsidentin **Eisenriegler:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst drängt es mich ein Wort zu meiner Vorrednerin zu sagen. Ich bitte Sie, das Wort "Überalterung" aus dem politischen Vokabular zu streichen, das ist ein diskriminierender Ausdruck gegenüber Ältern. (Beifall)

Mir vorliegend ist ein Antrag bezüglich eines Qualifizierungsbonus für Teilnehmerinnen an Ausbildungen im Rahmen von Stiftungsmodellen. Dazu ist zu sagen, dass sowohl bei der Ausbildung, als auch bei der Berufswahl sich große Unterschiede zwischen Frauen und Männern finden. Das hat auch erst kürzlich der Frauenmonitor 07 der Arbeiterkammer festgestellt. Und zwar ist es nicht nur so, dass es daran liegt, dass Frauen nur eine kleine Auswahl an Berufen treffen, sondern inzwischen ist es Tatsache, dass mehr Mädchen als Burschen höhere Schulen besuchen und auch Frauen bei den Universitätsabschlüssen längst aufgeholt haben. Es ist aber zu beobachten, dass es Unterschiede bei der beruflichen Weiterbildung auch gibt, also nicht nur, dass Frauen eine Auswahl treffen unter wenigen Berufen, sondern auch bei der Weiterbildung gibt es gravierende Unterschiede. Männer buchen häufiger Kurse zur beruflichen Weiterbildung, bei den Frauen überwiegen Sprach- und persönlichkeitsorientierte Kurse. Männer bilden sich häufiger in der Arbeitszeit weiter, bei den Frauen findet die Weiterbildung mehr in der Freizeit statt. Das ist sicher eine von vielen Ursachen für die bestehenden Einkommensdisparitäten zwischen Männern und Frauen.

Und an diesem Hintergrund knüpft der vorliegende Antrag für einen Qualifizierungsbonus für Frauen im Rahmen von Stiftungsmodellen an und ich würde sagen, er ist notwendig, aber noch nicht hinreichend. Das Medianeinkommen der Arbeitnehmerinnen in Oberösterreich ist um 40 Prozent niedriger als jenes der Männer. Die Ursachen hierfür liegen nicht nur in der Teilzeitarbeit, sie liegen nicht nur darin, dass Frauen nur bestimmte Berufe ergreifen. Selbst bei ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung verdienen Frauen im Durchschnitt um fast 31 Prozent weniger als Männer und damit befindet sich Oberösterreich nach Vorarlberg auf dem vorletzten Platz. Aber nicht nur die qualifizierte Ausbildung in technischen Berufen ist der Schlüssel zu gleichen Chancen am Arbeitsmarkt. Es geht auch darum, Berufe, in denen Frauen tätig sind, finanziell und ideell aufzuwerten, Rollenbilder zu verändern und die Arbeitswelt an die Bedürfnisse der Menschen anzupassen und nicht umgekehrt.

Eine Verkürzung der Regelarbeitszeit und weitgehende Arbeitszeitautonomie würden den notwendigen Spielraum für die Umverteilung der unbezahlten Arbeit zwischen Männern und Frauen schaffen. Das ist allerdings eine Vision, die offenbar nach den jetzigen Verhältnissen

weit in der Zukunft liegt, die wir aber nicht aus dem Auge verlieren sollten und das Wachstum unserer Wirtschaft würde eine solche Entwicklung jedenfalls möglich machen.

Der vorliegende Antrag ist jedenfalls eine Möglichkeit unter vielen, wie die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden sollen. Wir sind deshalb für die Dringlichkeit. Nicht vergessen werden darf aber, dass weitere Maßnahmen folgen müssen, um die auseinandertriftende Einkommensschere zwischen Männern und Frauen zu schließen. Solche Maßnahmen sind etwa die Einführung eines Mindestlohnes von 7 Euro brutto pro Stunde, ein weiterer Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, und da möchte ich aktuell anregen, dass Oberösterreich die Kinderbetreuungsmillionen annimmt vom Bund. Weitere Maßnahmen wären auf der Bundesebene, ein Recht auf Pflege, ein Recht auf Kinderbetreuung und auf allen Ebenen Geschlechterparität bei der Besetzung von Spitzenpositionen sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Dienst, wobei zu bemerken ist, dass wir im öffentlichen Dienst in Oberösterreich momentan auf einem guten Weg sind, der mich einigermaßen positiv stimmt. Dankeschön für die Aufmerksamkeit! (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke! Nächste Rednerin ist die Frau Präsidentin Weichsler.

Abg. Präsidentin **Weichsler:** Sehr geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann meinen beiden Vorrednerinnen Recht geben, was also diesen Initiativantrag betrifft, bezüglich einer Möglichkeit für Frauen hier einen Qualifizierungsbonus zu schaffen, möchte aber das ganze noch ein bisschen weiter ausweiten.

Mir ist bekannt, dass ja das Arbeitsmarktdirektorium und auf Auftrag auch das Arbeitsmarktpolitische Forum ja bereits auch an das Bundes-AMS herangetreten sind, mit einer wesentlich weiter ausgestatteten Forderung bzw. auch der Wirtschaftsminister bereits Bescheid wissen müsste, dass hier dieser Qualifizierungsbonus oder dieser zusätzliche Bonus erforderlich ist. Wir stellen in der Vergangenheit fest und haben auch wie wir die Fame Implacmentstiftung von SPÖ-Seite eingebracht haben eine ganz klare Forderung darin gehabt, dass es zusätzlich Geld geben muss, weil es wirklich immer wieder an der Lebensrealität der Frauen oder auch der Männer scheitert, dass da längerfristige Maßnahmen nicht machbar sind, weil eben nicht so wie in der Vergangenheit, wo wir ja die DLU gekannt haben, es möglich ist, mit dem Arbeitslosengeld auch bei längerer Ausbildung über die Runden zu kommen.

Wir haben jetzt einen Antrag vorliegen, der von uns mitunterstützt wird, ich möchte es aber so sagen, wie es die Kollegin Eisenriegler auch gesagt hat, es ist ein schmales Segment, ein Segment, aber keines, das also nur alleine für sich stehen gelassen werden kann. Und aus dem Grund möchte ich auch weiters ausführen, dass es uns wichtig ist, dass dieser Qualifizierungsbonus nicht nur auf die Implacmentstiftungen abgestellt ist, denn es gibt eine Fülle an anderen Kursmaßnahmen, die länger als zum Beispiel ein halbes Jahr dauern, und um diese Maßnahmen soll – soweit mir das bekannt ist – es ja auch tatsächlich gehen, die auch von Frauen und Männern besucht werden, die aber auch die Schwierigkeit haben, das entsprechend länger zu machen, das heißt also auch ganz klar von uns die Forderung, die wir auch in einem nächsten Antrag einbringen werden, dass dies auch entsprechend berücksichtigt wird.

Ein zweites, das ich auch mitanführen möchte, ist gerade angesichts des Arbeitskräfte- oder Facharbeitermangels, dass wir also auch Mann brauchen, den wir jetzt nicht in eine derartige Qualifizierungsmaßnahme bringen, dass das also auch entsprechend aufgebaut werden muss. Und eines möchte ich schon dazu sagen und das steht ja im Antrag nicht so drinnen, aber für uns kann das nur bedeuten, dass es nicht aus dem Qualifizierungstopf kommen

darf, dieses Geld. Denn das würde ja konkret bedeuten, dass dem AMS oder der Arbeitsmarktpolitik Geld für die Kurse und für die Lehrgänge abhanden kommen würde, sondern das kann nur ein zusätzliches Geld sein, das aus der Arbeitslosenversicherung bezahlt wird, denn sonst würde sich hier die Katze in den Schwanz beißen, sozusagen, wir nehmen es aus der Kursmaßnahme weg und geben es zusätzlich dazu und auf der anderen Seite fehlt es uns wieder, weil wir weniger Kurse damit anbieten könnten und damit auch nicht genügend Menschen in diese Fördermaßnahmen bringen. So habe ich und haben wir auch diesen Antrag verstanden und möchten auch mit dem allen, was ich jetzt gesagt habe, ihn auch mitunterstützen.

Einen kurzen Wortlaut erlauben Sie mir noch, weil es ja auch eine zweite Seite gibt von diesem Antrag bei der Begründung, wo drinnen steht, dass natürlich die Kinderbetreuung eines der wichtigsten Dinge zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer ist, das haben wir immer wieder festgestellt, aber ich möchte doch noch einmal dazu bemerken, dann ist es mir aber sehr unverständlich, dass in den letzten Tagen es nicht möglich gewesen ist, dass der Herr Landesrat Sigl auch nach Wien gefahren ist und sich entsprechend das Geld abgeholt hat, das uns eigentlich zusätzlich zur Verfügung stünde, denn dieses Geld brauchen wir dringend in Oberösterreich, um die Kinderbetreuungsmaßnahmen weiter zu forcieren und weiter auszubauen. Danke! (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke! Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Moser.

Abg. **Moser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich sage auch gleich eingangs, wir werden diesem Antrag auch unsere Zustimmung geben, möchte aber auch wie meine Vorrednerinnen teilweise noch Ergänzungen zu diesem Antrag einbringen bzw. erläutern, wo wir auch noch Mankos sehen.

Liebe Kollegin Lackner-Strauss, wenn ich dich nicht so gut kennen würde, dann hätte ich ja jetzt emotional reagieren müssen aufgrund deiner Aussagen, weil wieder eines durchgedrungen ist, und ich verstehe dich schon, du kommst aus dem Wirtschaftsbereich: Wir brauchen die Frauen, weil die Wirtschaft sie braucht. Ich glaube, wir sollen uns wirklich angewöhnen zu sagen, die Frauen haben das Recht auf qualifizierte Ausbildung, weil dann kriegen sie eh automatisch den Arbeitsplatz. Du weißt, ich weiß, dass du es innerlich nicht so gemeint hast, aber es war etwa die Wortwahl so. Ich glaube auch, und da schließe ich mich meinen Vorrednerinnen an sowie auch der Präsidentin Eisenriegler, wie auch der Präsidentin Weichsler, dass mit diesem Antrag eine Tür aufgemacht wird, wobei ich dazu auch eines sagen muss, ich kriege immer mehr Probleme mit Resolutionen an den Bund, weil ich habe jetzt einmal durchgeblättert die Antworten der Resolutionen, die wir seit der Neugründung von Schwarz-Rot an den Bund geschickt haben, also es ist bis jetzt noch nicht einmal irgend etwas in Beratungen miteinbezogen worden, sondern bis jetzt haben wir uns immer nur Abfuhren geholt, es geht einfach nicht, heißt es.

Ich glaube auch, dass wir wesentlich mehr – und die Gerda hat das sehr gut formuliert – die Lebensrealität der Frauen uns anschauen müssen, aber da müssen wir früher anfangen, die beginnt nämlich schon weichenstellend mit der Ausbildung. Da spreche ich nicht von den gut ausgebildeten Frauen, ich spreche nicht von denen die Matura haben und auf die Universität gehen, sondern ich spreche von all denjenigen, die andere Talente haben, und dann aber in drei Lehrberufen landen, oder, was du auch angesprochen hast, Doris, ganz stark in den Sozialbereich driften. Wir wissen, wie die Gehälter im Dienstleistungssektor sind und wo wir daher auch das Problem haben. Ein weiterer Aspekt, der meiner Meinung nach nicht ange-

sprochen worden ist, ist folgender, dass wir das Problem haben, dass das AMS keine Förderungen aussprechen kann und geben kann, wenn der Wunsch nach einer Umschulung da ist, und daher die Leute da plötzlich in ein Loch fallen. Sie müssen selber kündigen, verlieren die Ansprüche und sollen sich dann noch die Ausbildungen finanzieren. Und ich glaube, wir sollten uns grundsätzlich überlegen, und ich habe es hier schon ein paar Mal angesprochen, die Ausbildungskosten für die Frauen zu reduzieren. Denn wenn sich jemand weiterbilden möchte, der nicht in einer Firma ist, wo er von der Firma her qualifizierte Weiterbildung bekommt, der kann es sich nicht leisten, schlicht und einfach. Ich glaube auch, dass wir andere Umstiegshilfen uns noch überlegen sollen, nicht nur Stiftungsmodelle. Überhaupt nichts gegen ein Stiftungsmodell, aber wir werden auch andere Instrumentarien finden müssen. Wir werden uns auch anschauen müssen zum Beispiel, wie schaut es aus mit der Effizienz der guten Aktion, sage ich hier ganz bewusst, Girls Day. Aber was ist dann der Output von diesen Initiativen, von den Mädchen, die begeistert sind, aber wo dann sehr oft das Elternhaus sagt: Nein Dirndl, du machst lieber das, der Beruf ist für dich sicher nichts, du gehst nicht in einen typischen technischen, oder einen typischen Männerberuf. Ich glaube, wir müssen da ganz stark auch in die Elternbildung einsteigen, und auch in den Schulen, im Hinblick auf verschiedene Maßnahmen, wo Mädchen ihre Stärken erkennen können, und dann auch mit den Eltern auf einer anderen Ebene ein Gespräch führen kann, auch da Maßnahmen setzen.

Natürlich bin ich auch der Meinung, dass wir im Bereich der Kinderbetreuung, und ich verstehe schon, dass das natürlich auch lobend erwähnt wird, noch einen Schritt weiter gehen sollten. Wir haben leider keine Zustimmung bekommen oder ich für meinen Antrag, für ein Recht auf einen Kinderbetreuungsplatz. Denn das haben wir noch immer nicht, dass wir Gemeinden haben oder Einrichtungen, Kindergärten und diverse Tagesheimstätten, weil halt jetzt Plätze drinnen frei sind, kommen die Kinder unter, das kann es nicht sein, weil es darf nicht abhängig sein, wo ich meinen Wohnort habe.

Und ein Wort zum Abschluss. Ich bin deiner Meinung, Frau Präsidentin, was die Kindergartenmilliarde betrifft, du hast gesagt, der Landesrat Sigl war nicht unten, ich hoffe, es war Landesrat Ackerl unten und hat Verhandlungen geführt, weil leider muss ich sagen, für die unter Dreijährigen ist er zuständig, und er hätte da auch Gelder anfordern können. Danke. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Ich schließe die Wechselrede, lasse über den Antrag abstimmen und bitte Sie, wenn Sie der Dringlichkeit zur Beilage 1458/2008 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir behandeln die Dringlichkeit zur Beilage 1459/2008. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Resolution für die Wiederbelebung der Initiativen der Bundesregierung gegen das AKW Temelin. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Ich eröffne die Wechselrede mit der Frau Abgeordneten Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne von Factory, glaube ich, sind sie gerade da. Mir war schon klar, als Mühlviertlerin und als langjährige Aktivistin im Bereich Anti-Atom-Politik, dass das Ganze sehr, sehr schwierig ist, Menschen zu überzeugen, dass Atomkraft gefährlich ist. Aber dass das so zäh ist, auf politischer Ebene was voranzutreiben, was einem jeden mit Hausverstand eigentlich klar sein müsste, habe ich nicht geglaubt. Und ich stehe, glaube ich, jetzt schon zum was weiß ich wievielten Mal hier vorne und baue hier auf die Unterstützung des Oberösterreichischen Landtags, gemeinsam an die Bundesregierung heranzutre-

ten, unsere Ängste, unsere Forderungen endlich ernst zu nehmen. Und, das möchte ich wirklich betonen, ich bedanke mich, und ich sehe es sehr, sehr positiv, dass es in Oberösterreich wirklich einen parteiübergreifenden Konsens gibt, ich hoffe ich muss nicht sagen, gab, also, dass es einen parteiübergreifenden Konsens gibt, aktiv alles zu machen, um gegen diese aufkeimende Atomkraft-Renaissance aufzutreten.

Bei den regelmäßigen Anti-Atom-Gipfeln wird gemeinsam wirklich beraten, wie können wir in einem Gesamtpaket, um gegen all diese Bedrohungen, die an unseren Grenzen, aber auch europaweit und weltweit auftreten, vorangehen. Da geht es nicht nur um Temelin, da geht es vor allem auch um Mochovce, geht es um Isar II, und all die Bedenken, die da sind, um die Sicherheitsrisiken, die wir tagtäglich einfach auch aus den Medien oder aus informierten Quellen bekommen. Und in Bezug auf Temelin sind wir uns alle sehr, sehr einig, dass wir alles tun müssen, um zumindest diese Sicherheitsnachrüstungen wirklich einzufordern. Die sind ja nicht aus Jux und Tollerei gemacht worden, das haben Expertinnen und Experten befunden, dass hier wirklich ein potentiell Risiko ist. Und vor allem sehen wir es auch an den vielen, vielen Störfällen, an den vielen, vielen Abschaltungen, dass nicht etwas herbeigeredet ist, sondern dass es Fakten sind. Und daher muss einfach dieses Melker Abkommen wirklich eingehalten werden.

Und ich habe so das Gefühl, je weiter wir uns in Oberösterreich nach Süden bewegen, vor allem wenn wir dann die Landesgrenze auch Richtung Osten überschreiten und auf Bundesebene kommen, dann ist dieses Gefühl, wirklich aktiv daran zu gehen, wirklich sehr, sehr gering, und ich bedaure es, dass nicht hier von Seiten aller oberösterreichischen Nationalratsabgeordneten massiver Druck gemacht wird. Die Bundesebene setzt sich aus meiner und aus unserer Sicht viel zu wenig mit den wirklichen Fakten auseinander. 80 Prozent der oberösterreichischen Bevölkerung, mehr als 80 Prozent sagen, dass sie ein großes Sicherheitsrisiko in Temelin, in der Atomkraft sehen. Also, das sagen jetzt Zahlen, da sind die Menschen sehr, sehr gut informiert. Die Folgen nach 21 Jahren Tschernobyl merken wir jeden Sommer nach wie vor, wenn wir uns die Konzentration der Verstrahlung auch in den Pilzen im Mühlviertel anschauen. Also, das sind ja Fakten, die sind ja noch da. Und alle Fachexperten und -expertinnen, und ich betone Fach, sehen keine Lösung des Klimaproblems im Ausbau der Atomkraft. Also, warum sollen wir nicht vehement dagegen antreten? Warum sollen wir nicht als oberste Prämisse einer Anti-Atom-Politik genau jetzt bei Temelin, bei Tschechien hier noch zusätzlich Druck machen, dass zumindest diese Sicherheitsfragen gelöst werden? Es kann nicht sein, dass vor der Wahl großmündige Versprechungen gemacht werden und nach der Wahl das alles wieder vergessen ist.

Wir möchten daher nochmals mit den Punkten, die wir gemeinsam beim letzten Anti-Atom-Gipfel mit den NGOs besprochen haben an die Bundesregierung herantreten, eben dieses Melker Abkommen wirklich für völkerverbindlich anzuerkennen und somit die Grundlage für die Nachrüstung auch zu gewährleisten und zu schaffen. Und wenn die tschechische Regierung das nicht anerkennt, dann muss sie ein Gutachten bringen, dass das Gegenteil beweist. Wir haben Gutachten, dass das völkerrechtlich verbindlich ist, und ich glaube in diesem Bewusstsein haben auch die Expertinnen und Experten genau diese Sicherheitsrisiken aufgelistet und haben auch einen Plan der Abarbeitung gemeinsam beschlossen. Wenn das nicht so ist, dann muss es, wenn es keine gemeinsame Position diesbezüglich gibt, dann muss ein Rechtsexperte, Völkerrechtsexperte aus einem Drittstaat herbeigezogen werden, es kann nicht so sein, dass ein Land sagt, eh alles recht und schön, was ihr euch überlegt habt, wir haben eine andere Position und diese Position nicht einmal untermauert. Der Minister, Minister Svoboda, ist kein Völkerrechtsexperte. Das heißt, die Aufforderung noch einmal, und da bitte ich wirklich um Unterstützung von allen, hier an die Bundesregierung heranzutreten,

diese gemeinsamen Punkte nochmals zu bestärken und diese auch wirklich einzufordern. Eine Kommission kann nicht tätig werden, wenn ihr die rechtliche Grundlage fehlt. Was soll diese Kommission, diese interparlamentarische bitte machen, wenn nicht klargestellt ist, dass dieses Abkommen zwischen Österreich und Tschechien im Beisein von der EU mit Verheugen klar außer Zweifel gestellt wird, dass das wirklich verbindlich ist. Ich bitte um Unterstützung für die Dringlichkeit für diesen Antrag. Danke. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Wer wünscht das Wort? Bitte, Herr Abgeordneter Steinkogler.

Abg. **Steinkogler:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, hoher Landtag, geschätzte Damen und Herren! Erinnern wir uns zurück, blenden wir zurück, im November 2006 erhielt das AKW Temelin die baurechtliche Genehmigung, also die Kollaudierung. Und die im Rahmen des Anhanges 1 im Melker Abkommen aufgezählten Sicherheitsdefizite wurden zu diesem Zeitpunkt noch nicht beseitigt. Das Melker Abkommen wurde daher verletzt. Die österreichische Bundesregierung hat im Juni 2007 die Verletzung des Melker Abkommens im Rahmen eines offiziellen Schreibens an die tschechische Regierung festgehalten. Anschließend wurden die Verhandlungen der beiden Regierungschefs durch die Einsetzung einer bilateralen parlamentarischen Kommission zur Behandlung des Melker Abkommens vereinbart. Insgesamt fanden im Vorjahr drei Sitzungen statt, wobei bei der dritten Sitzung am 17. Dezember 2007 die tschechische Seite die völkerrechtliche Verbindlichkeit des Melker Abkommens in Frage stellte. Es wurde schon von meiner Vorrednerin gesagt. Aber im Rahmen des Anti-Atom-Gipfels des Landes Oberösterreich, also drei Tage später, wurde die Klärung der völkerrechtlichen Verbindlichkeit des Melker Abkommens zum zentralen Punkt erklärt, von dem die weitere Teilnahme der Tätigkeit der Kommission abhängig sein soll. Und deshalb ist auch die heutige Resolution zu verstehen an die Bundesregierung, um Klarheit der völkerrechtlichen Verbindlichkeit im Interesse der Sicherheit der österreichischen und im Besonderen der oberösterreichischen Bevölkerung herbeizuführen.

Ich glaube, es hat, wie die Vorrednerin schon gesagt hat, keinen Sinn, wenn wir weiter in Kommissionen darüber sprechen, aber die andere Seite, also die tschechische Seite dies gar nicht als verbindlich ansieht. Es besteht daher dringender Handlungsbedarf, deshalb bitte ich auch, der Dringlichkeit zuzustimmen, aber auch der anschließenden Resolution zuzustimmen. Danke. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Nächster Redner ist Herr Klubobmann Dr. Fraiss.

Abg. **Dr. Fraiss:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ausgangslage Temelin ist klar. Wir haben ein Melker Abkommen, das wir als eine völkerrechtliche Vereinbarung selbstverständlich sehen, dem aber jegliche Sanktion fehlt, und wir davor stehen, dass wir nicht wissen, wenn Tschechien es nicht akzeptiert, wie weiter umzugehen ist, das heißt, wenn sie sagen, es ist völkerrechtlich okay, aber wie unterwerfen uns dem IGH nicht, die EU kann, darf zwischen bilateralen Streitfällen nicht schlichten, also, faktisch sind wir auch darauf angewiesen, mit Tschechien eine entsprechende Grundlage zu schaffen. Eine Expertenklärung, so wie bei der letzten Sitzung beschlossen, halten wir für sehr vernünftig, ich habe das mehrfach auch gefordert, das sind die Punkte 1. bis 3. dieses Antrags.

Aber meine sehr verehrten Damen und Herren, mit jemandem in Verhandlungen gehen zu wollen, in diesem sehr sensiblen Bereich, und gleichzeitig zu sagen, wahrscheinlich wir es eh nichts werden, strotzt vor Misstrauen, strotzt aber auch mehr oder weniger vor einer vorweggenommenen Ablehnung, und wahrscheinlich wird es nichts werden. Wenn man Tsche-



chien, die auch Erfahrung haben in solchen Fragen und die sich nicht unter Druck setzen lassen, ich würde es auch nicht machen, gewinnen will, werden wir auf nationaler Ebene eine entsprechende Gesprächskultur auch bewahren müssen. Und das ist auch der Grund, warum wir den Punkten 4. und 5. nicht zustimmen werden, weil sie einfach die Punkte 1. bis 3. konterkarieren. Wir dürfen uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Verhandlungstüren zu Tschechien nicht zuschlagen. Denn schlimmstenfalls, und das müssen wir auch so anerkennen, wenn Tschechien den völkerrechtlichen Vertrag einfach neutral stehen lässt, haben wir auch in der Frage des Sicherheitsdialoges unter Umständen schlechtere Verhandlungsbedingungen zu erwarten. Und ich glaube, genau das wollen wir nicht. Es geht doch darum, wenigstens jedenfalls die Sicherheitsfrage in einem Höchstmaß auf Gegenseitigkeit in bilateralen Fragen hochzuhalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt habe ich sehr viel gehört. Wir müssen Tschechien überzeugen. Dass es nicht sehr einfach ist, Tschechien zu überzeugen, haben ja der Kollege Pühringer und der Kollege Anschöber bei einem Gespräch in Tschechien selbst erlebt, als sie zurückgekommen sind und gewusst haben, wie Tschechien auf ihren Grundpositionen beharrt, und dass man nicht einfach hinfährt und etwas vorschreibt. In der grundsätzlichen Frage, meine Damen und Herren, stehen wir einfach vor einer viel größeren Auseinandersetzung. Denken Sie an die Frage der Anti-Atom-Politik, wie wir bedenken, aber denken Sie an Gordon Brown, denken Sie an Nicolas Sarkozy, die gerade ein Bündnis abgeschlossen haben, wie die Atompolitik in Europa in ihren Ländern forciert werden soll. Und eines, meine Damen und Herren, muss auch klar sein, Glaubwürdigkeit gegenüber all unseren Partnern werden wir wirklich nur dann halten können, wenn wir selbst in Oberösterreich eine konsequente Anti-Atom-Politik betreiben. Es war unehrlich, schon im Zuge des Börsenganges, dass man Atomstromproduzenten als Aktiennehmer hereingenommen hätte. Ich halte es aber genau so wenig für redlich aus Sicht der Anti-Atom-Politik heraus, dass die Salzburg AG-Anteile nunmehr verkauft werden sollen, obwohl es sich bei den Salzburg Anteilen um 0 Prozent Atomanteil handelt, und dafür die Tiwag, die rund 10 Prozent Atom-Anteil führt, beim Land Oberösterreich hereinnehmen möchte. Meine Damen und Herren, da kann man sich auch nicht mit dem Schmäh drüber schwindeln, dass die Verträge geändert werden, die Strom-Tauschverträge, denn, wie das Büro von Herrn Landeshauptmann van Staa öffentlich erklärt hat, werden nur die Tauschverträge in der Form geändert, nicht dass man einen Tausch zwischen Spitzenstrom bei uns und Atomstrom hernimmt, sondern man möchte nur eine neue Preisberechnungsgrundlage schaffen in der Richtung, dass nicht mehr der Atomstrompreis die Grundlage bildet, sondern dass man eine andere Grundlage herbeiführt. Wir werden deshalb auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, und ich lade Sie ein, das noch einmal zu bedenken, wir werden heute eine getrennte Abstimmung verlangen: wir werden den Punkten 1. bis 3. zustimmen, den Punkten 4. und 5. nicht, weil wir nicht wollen, dass aus einem Justamentstandpunkt heraus, bei all unserer Frustration über die Vorgehensweise, die bis jetzt passiert ist, aber trotzdem eines nicht erreichen sollten, dass die Türen zu Tschechien zugeschlagen werden. Dafür ersuchen wir um Ihr Verständnis. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Nächster Redner ist Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

**Abg. Mag. Steinkellner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Mit Interesse lerne ich hier, wie man Verhandlungen führt. Mit Interesse lerne ich hier, wie ein Landtag vorzugehen hat, wenn Verhandlungen auf anderer Ebene gescheitert sind und nichts zustande gebracht wurde. Mit Interesse habe ich auch zur Kenntnis genommen, als dazumal, als wir mit Tschechien Verhandlungen führten, nämlich als Tschechien mit der Europäischen Union Verhandlungen führte und wir damals ein Veto hinsichtlich des Beitritts Tschechiens wegen Temelin in die Verhandlungen einbringen wollten, die Unterstützung

nicht bekommen haben. Jetzt Jahre danach trotz des unermüdlichen Einsatzes des grünen Landesrates, der ja damals seinen Vorgängern immer vorgehalten hat, die tun nichts, wir zwar sogar eine Plakatkampagne in Tschechien finanziert haben, damit wir dort ein Umdenken bewirken, solche mutigen Schritte vermisse ich jetzt. Unabhängig davon hat es überhaupt nichts bewirkt. Und jetzt spricht man von einer Wiederbelebung der Tätigkeit der Bundesregierung. Das ist vielleicht eine eigene Wiederbelebung in Erinnerung der eigenen Parteilinie der Grünen, das ist sozusagen eine grüne Wiederbelebung des Themas für die eigene Gruppierung. Ich habe ja etwas getan. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Guten Morgen Herr Klubobmann Steinkellner, die letzten vier Jahre verschlafen? Vier Jahre schlafen und dann große Worte!") Rudi Anschober, was hast denn bis jetzt bewirkt außer einer weiteren Resolution. Im Gegenteil, aber dann, wenn es darum geht, und ich sage es immer wieder, wenn es darum geht, die Bevölkerung einzubinden, anno dazumal, waren die Grünen nicht bereit, und auch jetzt wieder, jetzt gäbe es doch die Chance, dann lasst doch die Bevölkerung über den EU-Vertrag abstimmen, dann bindet doch die Bevölkerung ein, redet mit der Bevölkerung über die Probleme und auch über die zukünftigen inhaltlichen Entscheidungen. Es geht darum, dass wir eine Verfassungsänderung in Österreich und damit auch für Oberösterreich nicht hinnehmen sollten, wenn die Bevölkerung nicht zustimmt. Da, genau hier, nämlich am Vorabend des rechtlichen Vertrages der EU-Verfassung hätten wir in Österreich noch Möglichkeiten Änderungen zu bewirken, aber genau hier stimmen die Grünen natürlich gegen diesen Wunsch. SPÖ und FPÖ wollen eine entsprechende Volksabstimmung, ÖVP und Grüne verhindern die Volksabstimmung. Wir werden diese Resolution wie die vielen anderen Resolutionen mittragen, obwohl man natürlich inhaltlich hier auch einiges kritisieren könnte.

Ich bin nur der Meinung, dort wo wirklich entschiedenes Handeln, nämlich auch geschlossenes und einheitliches Handeln gefordert wäre, dort wo man die Bevölkerung einbinden sollte, nämlich am Vorabend der Ratifizierung des völkerrechtlichen Vertrages über den EU-Vertrag, hier sollten die Grünen auch zustimmen, damit wir wenigstens in Oberösterreich eine einheitliche Position bekommen. Die Bevölkerung muss bei einer Verfassungsänderung gefragt werden, und genau das wäre eine Stärke, die uns auch in der Antiatompolitik unterstützen würde. Danke. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen und bitte Sie, wenn Sie der Dringlichkeit zur Beilage 1459/2008 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Bitte? (Unverständlicher Zwischenruf Abg. Dr. Frais) Ja, aber Herr Klubobmann die tun wir jetzt nicht bei der Dringlichkeitsdebatte abstimmen, sondern dann beim Tagesordnungspunkt, bitte. Aber ich habe das schon registriert und es wird auch getrennt zur Abstimmung kommen. Mehr kann ich hier nicht sagen. Also, wenn Sie der Dringlichkeit zustimmen, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand, (Alle Abgeordneten heben die Hand.) und dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Beilage 1460/2008 schlagen ebenfalls vor diese Beilage keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Es handelt sich hier um den Initiativantrag betreffend die Einberufung eines Gipfelgespräches mit der Bundesregierung. Ein Geschäftsbeschluss ist dazu erforderlich. Ich eröffne die Wechselrede mit der Frau Abgeordneten Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn es mir sehr schwer fällt nicht in eine EU-Diskussion einzusteigen mit Herrn Klubobmann Steinkellner, da eben scheinbar einige Sachen nicht ganz klar sind was die neuen, die geänderten Verträge betrifft, aber es wird natürlich immer den Bürgerinnen und Bürgern Sand in

die Augen gestreut und gesagt, sie können für etwas eintreten, etwas ändern, was eigentlich nicht zu ändern ist.

Aber gut, es geht nur um meine persönliche Fortsetzung der unendlichen Geschichte des österreichischen Antiatomgipfel und auch der interparlamentarischen Kommission. Es ist nur eine kleiner Auszug, denn für all diese Themen, die hier vorkommen, und all diesen Daten bräuchte ich mehr Redezeit. Aber nach dem einstimmigen Entschließungsantrag auf Bundesebene im Dezember 2006 ist ja etwas in Bewegung gekommen, etwas in Bewegung gekommen was sehr zäh und zack, wie man es im Mühlviertel sagt, sich entwickelt. Und im Juli 2007 hat die Landesregierung, Landeshauptmann Josef Pühringer und Umweltlandesreferent Rudi Anschöber nach einem Antiatomgipfel gemeinsam an den Bundeskanzler Gusenbauer ein Schreiben geschickt, mit der Bitte doch wieder einen österreichweiten Antiatomgipfel einzuberufen, um eben gemeinsam diese Antiatompolitik voranzutreiben, auf mehreren Ebenen anzusetzen. Jetzt ist mir gerade eingefallen, der Kollege Prinz ist mir jetzt aufgefallen schon ab der ersten Minute des Landtags, dass er wieder da ist. Ich begrüße dich und ich hoffe, es geht dir besser. (Beifall) Die Zwischenrufe hätten mir ja fast gefehlt oder nein nicht wirklich, nur fast.

Auf die Antwort des Bundeskanzlers Gusenbauer hätten wir eigentlich auch verzichten können. Er hat nämlich gemeint, naja wir brauchen jetzt nicht einen Antiatomgipfel einen österreichweiten bevor nicht Ergebnisse aus der interparlamentarischen Kommission vorliegen. Gut haben wir gesagt, diese interparlamentarische Kommission soll einmal arbeiten, weil sie ganz wichtig ist, eben festzustellen, wie schaut es mit der Anerkennung der völkerrechtlichen Verbindlichkeit des Melker Abkommens aus. Das war ja noch einsichtig. Aber nachdem im September noch einmal ein Gipfel eingefordert worden ist, weil die Kommission nicht einen Millimeter sich gerührt hat in Bezug auf Anerkennung der völkerrechtlichen Anerkennung des Abkommens haben wir gesagt, das bringt es nicht, wir können nicht immer nur reden. Die Experten tauschen sich aus über die Sicherheitsdefizite. Da gibt es einmal pro und einmal kontra. Klar war, dass drei schwerwiegende Fehler nicht wirklich behoben worden sind, auch noch andere aufgetreten sind, die auch von den tschechischen Experten so gesehen werden, also haben wir gesagt, es braucht dringend ein gemeinsames Vorgehen, es braucht einfach die gebündelte Kraft der Bundesregierung, der Landesregierung, aber auch natürlich der NGOs, um hier wirklich ein klares Zeichen zu setzen.

In der dritten Sitzung im Dezember hat der Minister Svoboda dann klargestellt, was ich vorher schon gesagt habe, dass nie eigentlich sie das völkerrechtlich verbindlich anerkannt haben und das Melker Abkommen für sie nicht gilt. Und für mich noch den Gipfel aufgesetzt hat die Aussage des Kommissionsvorsitzenden der parlamentarischen Kommission von Österreich, der gesagt hat, naja wir haben jetzt den Informationsaustausch besser geregelt, den Informationsaustausch über mögliche Havarien, über mögliche Problemfälle, und somit haben wir einen Fortschritt gegenüber dem Melker Abkommen erreicht. Also wenn das ein Fortschritt ist, bitte gar schön, dass der Informationsaustausch anders ist, das kann es ja bald wirklich nicht sein. Wir haben klare und dokumentierte Sicherheitsmängel. Also das als Fortschritt zu bezeichnen ist wirklich eine Phase gegenüber den Mühlviertlerinnen und Mühlviertlern, aber vor allem auch gegen der tschechischen Bevölkerung, weil die sind informiert, Herr Kollege Klubobmann Steinkellner, die sind informiert und sie werden auch laufend informiert. Und sehr viele NGOs auf tschechischer Seite treiben mit Unterstützung auch von Oberösterreich hier die Bewusstseinsbildung voran. Also hier passiert etwas und genau diese Aktivitäten werden wir in Oberösterreich noch weiter unterstützen müssen, um eben auch vor Ort das Bewusstsein zu schaffen. Atomkraft ist keine Alternative, ist keine Antwort weder auf die energiepolitischen Fragen noch auf die Klimafragen. Hier ist natürlich dringend not-

wendig wieder die Bundesregierung aufzufordern, doch jetzt endlich einen Antiatomgipfel einzuberufen, um gemeinsam wirklich die Kräfte zu bündeln und zu schauen, welche Schritte muss Österreich, muss die österreichische Regierung zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger gehen, damit hier mit diesen Sicherheitsnarrativen dieser Schrottreaktor Temelin endlich zumindest mit einem bisschen Bauchweh die Zeit, wo er halt noch in Betrieb ist, dann ohne diesen riesengroßen Sicherheitsrisiko waltet. Ich bitte hier um Unterstützung, dass wir diesen österreichweiten Antiatomgipfel einfordern und bitte um die Zuerkennung der Dringlichkeit. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Brunmair.

**Abg. Dr. Brunmair:** Meine Damen und Herren, Herr Klubobmann Hirz! Es hat natürlich oder ich bin froh darüber, dass so eine bisschen medizinische Diagnose im Landtag oder Aufforderung sozusagen manche Dinge zu überdenken, dass die fruchten und dass dann so im Zwiegespräch ein bisschen herauskommt, dass also im Landtag nicht nur dringliche Anträge kurzfristig eingebracht, zur Diskussion anstehen, sondern dass man halt auch die Möglichkeit weiterhin belebt oder wiederbelebt, weil wir heute schon beim wiederbeleben sind, dass Anträge, Initiativanträge auch den Weg über den Ausschuss und Unterausschuss machen, wo man sich dann wirklich sachlich auseinandersetzt, ohne dass also das öffentliche Interesse im Mittelpunkt steht oder auch dann das oft parteipolitisch gefärbte Interesse, und da Gutes für die Bürger getan wird. Das war gemeint mit dem Diskussionspunkt, den wir jetzt gerade besprochen haben.

Und nun zum Antrag Gipfelgespräch mit der Bundesregierung, Einberufung eines Gipfelgespräches. Wir werden natürlich diesem Antrag sowie dem vorhergehenden Antrag zum Thema Temelin zustimmen. Es ist ein Vierparteiantrag, der, ich weiß jetzt nicht einmal ad hoc von wem er initiiert wurde, aber wir haben seit es das Temelinthema gibt eine ganz klare und eindeutige Linie vorgegeben, ob nun, wenn ich wir sagen, die Farbe blau oder orange dahinter ist. Ich spreche (Zwischenruf Abg. Makor-Winkelbauer: "Das weißt du ja selber nicht mehr!") hier heraußen für beide. Ich spreche hier heraußen für beide Parteien, für beide Farben.

Meine Damen und Herren, und da bin ich schon beim Thema, es ist nämlich schon ein Problem, wenn wir hier Wiederbelebung betreiben. Es ist ja schon traurig, dass wir überhaupt über Wiederbelebung sprechen müssen. Wir müssen uns einmal bewusst sein, wenn dieses Wort in einem Antrag steht, wie tief gesunken die Moral beim Thema Temelin offensichtlich zumindest auf Bundesebene und teilweise auch auf Landesebene bereits gesunken ist. Und es gibt also nicht nur in Temelin Störfälle, die uns Sorgen machen, sondern auch in der Politik, in der realen Politik. Und einer dieser Störfälle hat sich leider Gottes im Parlament vor ein, zwei Wochen abgespielt, wo es also einen Antrag (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Genau zwei Wochen!") des BZÖ gegeben hat, wo es um die Umsetzung der Völkerrechtsklage gegangen ist, und siehe da, Parlamentarier aus Oberösterreich aller anderen Fraktionen haben nicht mitgestimmt - (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Weil wir etwas anderes paktiert haben, Herr Abgeordneter!") Das ist ein schwerer Störfall, (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Herr Kollege Brunmair, wir haben etwas anderes paktiert!") das ist ein gewaltiger Störfall, der mindestens so problematisch ist wie Temelin selbst, würde ich sagen.

Und so kommt halt dann heraus, es ist ungeheuerlich, dass aus Oberösterreich eine einzige Parlamentarierin, die Abgeordnete Haubner, als eine der sieben BZÖ-Abgeordneten für diesen Antrag gestimmt hat. Und alle anderen haben gesagt, Hände weg von diesem Antrag, er kommt von einer kleinen politischen Partei, da können wir nicht, weiß nicht welche Meinun-

gen oder welche Grundinteressen bei dieser Ablehnung dahinter waren. Aber wenn so Politik betrieben wird, dass man Parteiinteressen und Parteilichkeiten vor elementaren Interessen der Bürger stellt, dann ist es wirklich richtig, wenn wir von Wiederbelebung der Antiatompolitik sprechen. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Jetzt zurück zur Wahrheit!")

Und es wäre - die Wahrheit ist eine Folgende, Herr Landesrat, dass gerade Sie als Landesrat für Umwelt halt vielleicht einmal ein bisschen klarer darstellen könnten, was ein Atom-Gau wirklich bedeutet. Das könnte man einmal in einer Kampagne so wie es die NGOs jetzt also auch vorgegeben haben oder wie sie also darauf hingewiesen haben. (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Positiv, Herr Brunmair liest die Aussendungen der NGOs!") Was ist den Atom-Gau für Oberösterreich wirklich? Es ist etwas, dass das Land oder der Landstrich, der betroffen ist, Mühlviertel, weiß nicht wie weit es dann wirklich je nach Größe des Gaus geht, dass dieser Landstrich, diese unsere Heimat über Jahrtausende unbewohnbar ist. Das müssen wir also wirklich ganz klar sagen, dass dieses Land für Jahrtausende tot ist. Um das geht es, wir müssen wieder einmal ganz klar feststellen, was wollen wir denn für die Zukunft, für unsere Kinder und Kindeskiner wirklich verhindern. Und wenn wir das einmal in den Mittelpunkt stellen, dann wird es vielleicht auch so sein, dass in Zukunft nicht wiederbelebt werden muss, sondern dass konsequent weiter gearbeitet wird gegen die Gefahren, die durch Atomenergie und durch solche Kraftwerke, die also Atomstrom erzeugen, gegeben sind.

Und auch hier wieder der nochmals notwendige Hinweis, dass wir mit dem EU-Reformvertrag die einzige wirklich reelle Waffe gegen Temelin aus der Hand geben, weil das Einstimmigkeitsprinzip wegfällt und somit die Möglichkeit des Vetos gegen dieses Kraftwerk in Temelin dann endgültig vom Tisch ist. Ich komme zum Schluss, wir werden also diesem Antrag zustimmen, bitte aber auch in Zukunft auf Bundesebene diese Einigkeit bei unseren Abgeordneten einzufordern, wie wir sie auf Landesebene haben. Danke. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Makor-Winkelbauer:

Abg. **Makor-Winkelbauer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, hohes Haus, sehr geehrte Besucherinnen und Besucher! Selbstverständlich wird die SPÖ diesem Antrag einer Einberufung eines Antiatomgipfels gemeinsam mit der Bundesregierung zustimmen. Für uns aber ebenso wesentlich wie die Frage, dass die vielen unklaren Punkte im Zusammenhang mit dem AKW Temelin geklärt werden, mindestens so wichtig ist, und so ist auch dieser Antrag formuliert und das ist jetzt im Rahmen der Temelindebatte ein bisschen untergegangen, dass dieser Antrag ein Antrag ist, der die Antiatompolitik Österreichs in Wirklichkeit auf neue Füße stellen wird müssen. Angesichts der Tatsache, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass in den letzten, sage ich einmal, zwei Jahren, zweieinhalb Jahren die Situation was die Atomenergie betrifft eine gänzlich andere geworden ist und der Begriff Renaissance der Atomkraftwerke und Atomenergie ist, glaube ich, nicht ganz richtig, weil er würde voraussetzen, dass die Lobbys der Atomkraftwerke bereits tot waren und wiederbelebt wurden. Ich glaube, das war eben genau der falsche Eindruck. Angesichts der Tatsache, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass in der Bundesrepublik Deutschland offensiv wieder über die Verlängerung von Laufzeiten, über sogar neue Atomkraftwerke diskutiert wird. Angesichts der Tatsache, dass international auch im Rahmen der EU die Atomkraft als bequeme Lösung für die CO<sub>2</sub>-Problematik angesehen wird, glaube ich, muss man ein bisschen auch wieder dort ansetzen, wo wir vor ein paar Jahren schon waren, nämlich Initiativen zu setzen. Ich erinnere etwa an die Initiative für ein atomkraftfreies Mitteleuropa, das damals auch sehr vehement betrieben worden ist, aber das leider offensichtlich nicht gefruchtet ist, dass man das wieder auf neue und breitere Füße wird stellen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Frage was Oberösterreich dazu beizutragen hat, ich meine, da hat der Klubobmann Steinkellner gebrüllt wie ein Löwe. Als Zwischen- durch-Umweltlandesrat hätte er zumindest drei Jahre lang ja die Chance gehabt, ebenso was Temelin betrifft, so zu brüllen. Das hat er aber damals, Günther, hast du das auch nicht so vehement betrieben wie du es jetzt nach einer längeren Verzögerung (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Die einzige Temelindebatte, die stattgefunden hat!") machst. Aber wo du Recht hast, Günther, ist das, dass wir wirklich kritisch und selbstkritisch auch durchaus in uns gehen sollen und schauen müssen, was in den letzten Jahren und egal, ob das jetzt die letzten vier oder die letzten fünf, sechs und sieben Jahre an Aktivitäten waren, ob sie ausreichend waren, ob sie richtig waren, ob sie effizient waren, weil gerade wenn ich mir die Problematik des Atomkraftwerks Temelin aber darüber hinaus anschau, und es gibt ja mehrere Problemanlagen und durchaus auch was Oberösterreich betrifft noch nähere oder genau so nahe Atomkraftwerke wie etwa Isar II, dann waren wir zumindest nicht erfolgreich. Das muss man so offen und ehrlich sagen. Und wenn diese Renaissance der Atomenergie jetzt sogar dahin führt, dass Frankreich und England, wie bereits erwähnt worden ist, daran gehen, eine gemeinsame Forschungsinitiative zu setzen, eine neue Generation von Atomkraftwerken zu erforschen und dann zu errichten, da kann man gleichzeitig davon ausgehen, dass zumindest ein, zwei Dutzend dieser Atomkraftwerke auch gebaut werden werden, weil es anders auch gar nicht finanzierbar ist. Und das, meine sehr geehrte Damen und Herren, ist, was die Europäische Union betrifft, eine völlig neue Situation, und genau auch das soll Gegenstand dieses Gipfels sein.

Ein bisschen holprig ist der Antrag dahingehend und diese Kritik darf ich, er wird von uns unterstützt, habe ich mehrfach gesagt, darf ich durchaus anbringen. Ich nehme an, Gottfried Hirz als Erstunterzeichner ist federführend gewesen, diesen Antrag zu formulieren, und ich nehme auch an, auf Anregung von Umweltlandesrat Anschöber. Also Anschöber bittet Hirz einen Antrag zu machen, den Landtag zu bitten, die Regierung zu bitten, die Bundesregierung zu bitten, einen Gipfel einzuberufen. Das ist eine etwas holprige Angelegenheit, aber als überzeugter Parlamentarier, sage ich einmal, sehe ich es ein, dass man das auf breite Füße stellen muss, damit der Druck genügend groß ist wenn es Richtung Wien geht. Einfacher wäre es vielleicht gewesen, wenn du in Wien (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Schneller, wenn die SPÖ direkt beim Gusi interveniert hätte!") angerufen hättest oder der Herr Landeshauptmann in Wien angerufen hätte beim Umweltminister oder beim Kanzler oder beim Vizekanzler oder bei der Außenministerin, vielleicht wäre es gegangen. Aber nichtsdestotrotz wir haben in diesem Haus immer einstimmig, fast immer einstimmig, diese Problematik behandelt und daher gibt es in Wirklichkeit keinen Grund daran etwas zu ändern. Wir werden dieser Resolution, diesem dringlichen Antrag und auch der Dringlichkeit zustimmen. Danke sehr. (Beifall)

**Erste Präsidentin:** Danke. Nächste Redner ist die Frau Abgeordnete Jachs.

Abg. **Jachs:** Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es ist heute schon öfters angesprochen worden und ich darf es nur unterstreichen, der Oberösterreichische Landtag (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.) beschäftigt sich seit längerem, seit den vergangenen Jahren schon sehr oft und tritt an die Bundesregierung heran mit der Bitte oder mit dem Anliegen, eine aktivere österreichische Antiatompolitik zu betreiben. Und dem Kollegen Makor muss ich sagen, die Bemühungen sind da von Seiten unseres Landeshauptmann Dr. Pühringer und das schon seit einigen Monaten, einen Termin mit Bundeskanzler Dr. Gusenbauer zu bekommen und auch mit den zuständigen Bundesregierungsmitgliedern, aber es hat noch zu keinem Erfolg geführt. Es ist sozusagen noch kein Gesprächstermin vereinbart worden. Ich hoffe somit, dass die Versprechen, die ja von Seiten

Dr. Gusenbauer vor der Wahl großzügig in Bezug auf eine engagiertere Antiatompolitik gegeben worden sind, jetzt weiterhin ihre Bedeutung und ihre Gültigkeit haben.

Wir wissen, dass Atomstrom nie wirtschaftlich war und bis heute noch nicht ist. Ohne die vielen Unterstützungen und Förderungen, Subventionen, die es schon seit über fünfzig Jahren für den Atomstrom gibt, wäre Atomstrom nie Realität geworden, und jetzt soll Atomstrom von den Befürwortern auch noch zum Problemlöser des Klimawandels werden, was ich mir in keiner Weise eigentlich vorstellen kann und was auch Experten klar und deutlich schon verneint haben.

Rund 440 AKWs decken weltweit die Produktion nur mit zirka 16 Prozent des globalen Strombedarfs ab, und das zeigt uns, dass Atomenergie nie Marktführer werden wird, auch dann nicht, wenn der Ausbau der AKWs, besonders in China und Indien, wo ein erhöhter Strombedarf gegeben ist, auch dann, wenn er dort forciert wird, noch immer nicht Marktführer sein wird.

Aber wir, und das hat Herr Kollege Brunmair schon deutlich gesagt, werden Jahrtausende daran leiden müssen, wenn irgendetwas passiert, denn hier sehe ich neben den hohen Kosten für die Endlagerung und auch vielmehr noch sehe ich darin tickende Zeitbomben. Denn die gefährlichen radioaktiven Abfälle müssen über Jahrtausende hin von der Biosphäre, von unserem Lebensraum, von unserer Welt, von unserer Umwelt ferngehalten werden.

Und deshalb meine ich, ist es unbedingt und dringend notwendig, hier ein Umdenken einzuleiten und voranzutreiben, damit jene Fördermittel, die jetzt in die Atomenergie fließen, die den Ausbau der Atomenergie unterstützen, in bessere Lösungen investiert werden, nämlich zum einen in eine klimawirksame Energieeinsparung und zum anderen in die Förderung von erneuerbaren Energien. Und deshalb bitte ich und ersuche ich, dass diesem Antrag die Dringlichkeit gegeben wird, ihr zugestimmt wird, denn die Einberufung eines Gipfelgesprächs mit der Bundesregierung sehe ich zum ehesten Termin als unbedingt notwendig und wichtig an. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Danke. Ich schließe die Wechselrede und ich lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die der Dringlichkeit zur Beilage 1460/2008 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben (Alle Abgeordneten heben die Hand.) und stelle die einstimmige Annahme fest.

Es wurde vom Herrn Schriftführer weiters angekündigt, dass die Unterzeichner der Beilage 1461/2008 im Rahmen ihres Antrages vorschlagen, diese Beilage keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend konkrete Maßnahmen gegen die hohen Preissteigerungen bei Gütern des täglichen Bedarfs und bei den Leistungen der Daseinsvorsorge. Es benötigt dazu einen Geschäftsbeschluss des Landtages und ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 1461/2008 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Dr. Frais.

Abg. **Dr. Frais:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich heute in der Früh vom ORF gefragt wurde, warum es so viele Bundesresolutionen gäbe, habe ich gesagt, weil sich in der Kompetenzfrage manches verschoben hat und es zunehmend stärker eine Aufgabe des Landtags werden wird, die Interessen der Bevölkerung aus der Sicht des Landes gegenüber den anderen Einrichtungen wie der EU und der Bundesregierung zu vertreten.

Und wir haben aus diesem Grund, meine Damen und Herren, ein Thema in seiner gesamten umfassenden Art heute in vier Anträgen zur Diskussion gestellt. Es geht darum, worunter die Menschen derzeit leiden, stöhnen und tatsächlich in vielen Fällen existenziell bedroht sind.

Meine Damen und Herren! Wenn die Preise in einem Ausmaß explodieren, wie wir es derzeit erleben, nämlich nicht bei irgendwelchen exotischen Artikeln, sondern bei den Gütern des täglichen Bedarfs, bei den Nahrungsmitteln, bei den Wohnungskosten und bei den Energiekosten und insbesondere auch noch dazu bei Diesel und Benzin, was besonders die Pendler in einem Höchstmaß betrifft, dann sind wir gefordert an jene Stelle heranzutreten, die sicherlich mehr dagegen unternehmen kann als wir, nämlich die Österreichische Bundesregierung. Und ich habe nicht verstanden, warum ÖVP und Grüne gleich kategorisch gesagt haben, das unterstützen wir nicht, da sind wir nicht zuständig.

Wir, meine Damen und Herren, laden Sie ein, erkennen wir, dass wir zuständig sind für alles, wovon die oberösterreichische Bevölkerung betroffen ist, negativ betroffen ist, um dagegen aufzutreten, und sie dabei zu unterstützen, dass sie wirklich in ihrer existenziellen Frage wieder einen Sinn erkennt und sagt, die Politik kämpft für uns.

Meine Damen und Herren! Wir reden hier oft von dem schönen Land Oberösterreich, mit dem wir alle zufrieden sind. Wir reden vom Genussland Oberösterreich, aber dieses schöne Oberösterreich hat auch eine Gegenwelt. Wenn Sie bedenken bitte, dass 144.000 Menschen in diesem Land armutsgefährdet sind, wenn Sie bedenken, meine Damen und Herren, dass wir im Grunde in Österreich gut eine Million armutsgefährdete Menschen haben, dann kann es nicht egal sein, diese Menschen in der Schere zwischen Kostensteigerung beim täglichen Bedarf und auf der anderen Seite bei der finanziellen Abdeckung, ob es jetzt Zuschüsse sind oder Steuerreformfragen sind und Ähnlichem im Stich zu lassen. Wer sind denn im Wesentlichen diese Personen? Nicht wir hier herinnen, meine Damen und Herren, sondern es sind insbesondere Frauen, es sind insbesondere Alleinstehende, es sind insbesondere Familien mit mehreren Kindern, wo gerade diese Armut zunimmt.

Und was geschieht, meine Damen und Herren, wenn man darauf hinweist? Von uns einmal initiiert und angesprochen, ein runder Tisch, wo man gefragt hat, ja wo in der Wirtschaft bitte bleibt denn jetzt eigentlich der Gewinner? Die Landwirtschaft hat erklärt, wir nicht. Die verarbeitende Industrie hat gesagt, wir nicht. Der Handel hat gesagt, wir auch nicht. Der Einzige, der sich nicht wehren hat können im Spiel ist der Konsument, weil der hat gesagt, ich schon, ich muss nämlich bezahlen.

Meine Damen und Herren! So kann es ja nicht sein, dass wir im Grund einen nicht mehr funktionierenden Markt, einen nicht mehr funktionierenden Wettbewerb haben, wo es eigentlich ausreichend ist, dass jemand mit dem Preis nach oben geht und die anderen ziehen einfach hinten nach und sagen, super, ist eh in Ordnung gegangen. Das kann doch nicht die Antwort der Politik darauf sein.

Und wenn der Minister Bartenstein Anfang Februar erklärt hat, er wird jetzt ein Preismonitoring einsetzen, meine Damen und Herren, und verkündet worden ist, die Wettbewerbsbehörde wird sich um die Preise annehmen, Kartellverfahren werden eingeleitet werden, und jetzt sind wir bereits zwei Monate später, ich frage Sie, kennen Sie irgendein Ergebnis aus diesen Überprüfungen. Kennen Sie irgendetwas, was sich spürbar am Preisniveau geändert hätte. Eurostat schreit schon auf. Mit 3,5 % insgesamt ist Österreich dabei ein führendes Land, das einfach in der Inflation viel zu hoch ist und diese den Menschen nicht mehr zumutbar ist.



Ich appelliere daher, meine sehr verehrten Damen und Herren an Sie, machen wir in dieser zentralen Frage, die parteiübergreifend die Menschen draußen berührt, einen Schulterchluss. Und wenn wir heute über viele Gipfelgespräche beim Bund gesprochen haben, dann erwarte ich mir, dass wir gemeinsam mit dem Bund die Preisfrage und die Abdeckungsfrage für die Schwächsten in unserer Gesellschaft zu einem zentralen Anliegen dieses heutigen Landtages machen. Machen wir miteinander mit.

Schauen wir, meine Damen und Herren, dass wir die günstigsten Preise genauso verkaufen können in der Öffentlichkeit wie es heute die Aktienkurse sind. In den Zeitungen finden wir, im Fernsehen, überall, die Aktienkurse. Haben Sie den billigsten Preis für die Güter des täglichen Bedarfs schon einmal wo gelesen? Ich nicht. Erzeugen wir Wettbewerb im Interesse unserer Mitbürger, meine Damen und Herren. Machen wir aber eines als Landtag, putzen wir uns nicht ab, sondern übernehmen wir Verantwortung. Danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Danke. Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Helga Moser.

Abg. **Moser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wie Sie dem heutigen Initiativantrag entnehmen können, haben wir Freiheitlichen uns entschlossen, diesen zu unterstützen. Wir sind der Einladung der Sozialdemokraten gefolgt, weil wir meinen, es geht um eine Grundsatzdiskussion.

Wir Freiheitlichen bekennen uns immer und haben uns immer bekannt, auch zu privatwirtschaftlichen Mechanismen. Das möchte ich hier dezidiert noch einmal sagen. Aber es kann nicht so weit gehen, dass die privatwirtschaftlichen Maßnahmen oder Dinge, die passieren, nur mehr auf Kosten der Bevölkerung mehr oder weniger zum Tragen kommen. Speziell die ärmeren Gruppen in unserem Land brauchen eine Unterstützung.

Wir haben da einen ideologischen Unterschied. Wir sind natürlich auch in der Umsetzung und mit verschiedenen Maßnahmen nicht einverstanden und deshalb haben wir auch schon Überlegungen eingebracht. Karl Frais, du hast es angesprochen. Wo erfahren die Menschen, wo etwas "billig" ist? Ich darf aber in dem Zusammenhang erinnern: Wir haben einen Antrag in diesem Landtag eingebracht, dass es eine Beratungs-Hotline geben soll, zum Beispiel was die Strompreise betrifft. Weil ich halte es einfach nicht mehr aus: Es sind genau die Gruppen von Menschen, die aus welchen Gründen immer, kein Internet haben, die nicht in der Lage sind, bei E-Control einzusteigen, dass die sehr wohl erfahren auf einem möglichst einfachen Weg, wo sie auch einsparen können.

Wir bringen in dem Zusammenhang, und ich weiß nicht, ob Sie es schon gesehen haben, heute auch zwei weitere Anträge ein, und zwar der eine ist ein Initiativantrag, weil ich pflichte dir bei, der Bund ist in Ziehung zu nehmen, aber auch das Land Oberösterreich, und der eine Initiativantrag bezieht sich darauf, dass ein Strombonus für einkommensschwache Bürger in Oberösterreich gestartet werden soll. Ich sage ganz ehrlich dazu, das habe ich in der Steiermark abgekupfert, finde es eine gute Sache und man muss ja das Rad nicht immer wieder neu erfinden. Aber die haben eben als Ergänzung zum Heizkostenzuschuss, der ja auch an ein gewisses Einkommen gebunden ist, auch einen Strombonus. Und der zweite Initiativantrag in dem Zusammenhang, der eben auch Oberösterreich betrifft, ist eine Entlastung der oberösterreichischen Bürgerinnen und Bürger durch eine Senkung der Landesabgaben bzw. Gemeindegebühren. Weil es darum geht, nachzuschauen, auf welcher Ebene wir was können tun. Wir können das eine im eigenen Wirkungsbereich machen, wir können mit Resoluti-

onen an die Bundesregierung herantreten und wir haben natürlich als dritte Instanz sehr wohl auch noch Gesetzlichkeiten, die uns die EU einfach vorgibt durch ihre Rahmen.

Ich glaube auch, dass - und in einem anderen Antrag werde ich dann noch genauer darauf eingehen - wir uns anschauen müssen, wo sind Ansatzpunkte, wo ein Großteil der Bevölkerung wirklich etwas davon hat. Und ich denke mir, der Konsumentenschutz, das ist so ein Beispiel, der Konsumentenschutz ist meiner Meinung nach ein Regulativ, das in Österreich und auch in Oberösterreich einerseits sehr gut funktioniert, aber andererseits ein zahnloses Instrument ist. Sie können hundertmal beklagen, dass die Preise zu hoch sind oder dass nicht nachvollziehbar ist, wie man zu dieser Preisgestaltung kommt, aber im Grunde genommen gibt es keine Maßnahmen.

Ich glaube auch, dass die Minister oder die Bundesregierung, bzw. die dafür zuständigen Minister in ihren unterschiedlichen Bereichen ein bisschen mehr abgeben sollen als nur Lippenbekenntnisse, ja man wird sich das anschauen, man wird überprüfen lassen. Denn es geht jetzt seit Monaten dahin, ganz gleich, ob das die Grundnahrungsmittel sind, ob das der Treibstoff ist, ob das die Betriebskosten in den Wohnungen sind, da sind wir auch in einem Bereich, wo wir uns überlegen sollten, welche Maßnahmen können wir in Oberösterreich auch treffen, um eines zu erreichen: Dass das Einkommen, das da ist, für die Menschen auch einen Spielraum gibt zu konsumieren oder auch Konsument zu sein.

Weil wir haben ein großes Problem, und das sollte gerade eben auch der ÖVP zum Denken geben, dass die Menschen einfach nicht mehr konsumieren. Dass sie Angst haben, Geld auszugeben, weil sie fürchten sich ja schon vor der nächsten Erhöhung, vor der nächsten Preissteigerung. (Unverständlicher Zwischenruf) Oberösterreichische Nachrichten, Kollege Hüttmayr, lies dir den Artikel, also du wirst sehen, das ist keine Erfindung von mir und kein Schwarzmalen, sondern alle Maßnahmen, und deshalb auch, wie eingangs gesagt, unterstützen wir die, die in die richtige Richtung gehen, aber sie sind eben auch nur Teilmaßnahmen. Danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als Nächstem erteile ich Herrn Klubobmann Mag. Strugl das Wort.

**Abg. Mag. Strugl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal, Klubobmann Frais, du dürftest etwas grundsätzlich missverstanden haben. Wir lehnen diesen Antrag nicht ab, wir wollen und sind darüber diskussionsbereit, wir sind nur nicht bereit, die Dringlichkeit zu unterstützen, sondern wenn es hier um eine Bundesresolution geht, dann sind wir grundsätzlich gesprächsbereit. Wir sind allerdings mit dem Text nicht in allen Punkten einverstanden und deswegen lehnen wir die Dringlichkeit heute ab und dann wird im Ausschuss darüber noch - (Unverständlicher Zwischenruf). Ja, aber es ist auch eine Möglichkeit, dass man sich im Ausschuss auf eine Bundesresolution verständigt. Auch das haben wir schon des Öfteren so gemacht. Es ist übrigens auch nachzulesen in unserer offiziellen Stellungnahme.

Dazu sagen muss man, wenn man genau auf das Problem schaut, dann kommt man schon auch zum Teil zu anderen Ergebnissen. Auch wir glauben, dass Maßnahmen grundsätzlich notwendig sind in diesem Bereich, auch wenn der Verbraucherpreisindex in den ersten Monaten des Jahres wieder gesunken ist. Ich weiß nicht, ob sich das die SPÖ angeschaut hat.

Aber die wirklichen Preistreiber, und ich sage das deswegen, weil meiner Meinung nach, gerade der Bereich der Nahrungsmittel hier ein wenig zum Handkuss kommt, obwohl das,

wenn man die gesamte Palette in der Statistik Austria, was also die Preise betrifft, anschaut, eigentlich doch zu anderen Ergebnissen kommt.

Insgesamt sind seit dem Jahr 2001 die Nahrungsmittel um 13 Prozent teurer geworden. Andere Bereiche, dort sind die Steigerungen wesentlich höher. Ich denke an die Müllabfuhr zum Beispiel, ich nenne nur einige Bereiche, um fast 43 Prozent, die Brennstoffe wurden schon erwähnt. Aber es ist auch ganz interessant, beispielsweise im Verkehr, schade, dass der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haider nicht da ist, aber auch hier haben wir Preissteigerungen, die über dem Durchschnitt des VPI liegen mit über 18 Prozent. Also, ich denke, hier muss man doch ein wenig umfassender diskutieren. Und beim Wohnen ist es ebenfalls das Heizöl, die Müllabfuhr und die Gebühren, die hier die Preistreiber sind. Und da sind wir der Meinung, ist vor allem die öffentliche Hand gefordert, bei den Gebühren etwas zu tun. Wir haben erst vor kurzem in diesem Haus beispielsweise anlässlich der Geburt eines Kindes einen Gebührenstopp beschlossen. Ich denke, das ist der richtige Weg

Und jetzt möchte ich einfach eines noch ansprechen, weil mich das auch geärgert hat. Natürlich kann man auch in diesem Haus Anträge stellen und großartige Reden halten, aber ich muss der Sozialdemokratie schon eines sagen. Schauen Sie einmal nach, dort wo Sie selber die Verantwortung tragen, was Sie tun, um Teuerungen zu vermeiden, insbesondere bei den Gebühren. Nehmen Sie her die Stadt oder das Bundesland Wien. Was hier geschehen ist, beispielsweise bei den Kindergartengebühren (Unverständlicher Zwischenruf), um 15 Prozent erhöht. Schauen Sie an, was in der Stadt Linz, wenn man also nicht so weit schauen will, was da passiert. Der Klubobmann Frais hat gefragt, wer, ja wer ist denn, wer (Unverständlicher Zwischenruf Abg. Dr. Frais) – ich habe mir ja deine Rede auch angehört, Karl Frais, also ich würde dich ersuchen, dass du dasselbe tust - du hast gefragt, wer ist denn derjenige, der hier für die Teuerung verantwortlich ist? Schauen wir uns das in der Stadt Linz an: Müllgebühren, seit 2004 um dreißig Prozent erhöht, öffentlicher Verkehr zweimal Preiserhöhung seit 2004, Monatskarte um 2,90 Euro erhöht, Jahresticket um 39 Euro erhöht. Und auch ein Beispiel, das meiner Meinung nach signifikant ist: Seniorenheimtarife. Und es wird wohl niemand behaupten, das ist eine sozial gut ausgestattete Gruppe. Von 2005 bis heute Einzelzimmer von 46 Euro auf 60 Euro erhöht, Doppelzimmer von 42 Euro auf 57 Euro und Dreibettzimmer von 34 Euro auf 55 Euro. Alles offiziell nachlesbar. (Unverständliche Zwischenrufe) Was sagen sie denn dazu? Da können sie sich ihre Anträge ehrlich gesagt auch ersparen. Schauen sie einmal, dass sie dort, wo sie selber Verantwortung tragen, auch etwas tun. Alles andere ist meiner Meinung nach unglaubwürdig. Hier könnten sie gleich etwas tun und müssten nicht eine Bundesresolution fassen.

Wie gesagt, wir sind zu einer Bundesresolution bereit, wir wollen aber hier im Text noch verschiedene Änderung, deshalb stimmen wir der Dringlichkeit nicht zu. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Letzte Rednerin zur Dringlichkeit ist Frau Kollegin Ulrike Schwarz. (Zwischenruf Abg. Affenzeller: "Jetzt sind wir schon gespannt!")

Abg. **Schwarz:** Liebe Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich möchte vorweg eine Unterstellung zurückweisen, die ich herausgehört habe. Ich glaube zwar nicht, dass sie so gemeint war, aber es hat mich sehr getroffen, dass wir – sprich die Grünen – nicht erkennen, wo die Probleme, die Problemlagen der Menschen sind. Ich glaube, das kann ich nicht nur für mich, sondern für alle anderen Kolleginnen und Kollegen vehement zurückweisen, nur unsere politischen Antworten sind andere und wie wir mit diesen Problemen umgehen, sind andere als von anderen Parteien. Wir ma-

chen den Menschen kein X für ein U vor und sagen, wir können etwas machen, wenn wir eigentlich nichts machen können.

Darum lehnen wir auch die Dringlichkeit dieses Antrages ab, um eben genau zu schauen, welche Maßnahmen sind denn von Seiten der Landesregierung, von Seiten des Landtags, von Seiten der Bundesregierung wirklich möglich und machbar? Das, was jetzt schon gemacht wird und was gemacht werden kann laut den bestehenden Gesetzen ist, dass es im Ressort des Umweltlandesrates für Konsumentenschutz auch amtliche Preiskontrollen gibt. Und die werden sehr genau und sehr akribisch immer wieder gemacht. Auch in guter Zusammenarbeit mit der Arbeiterkammer, und ich glaube, hier ist zumindest ein Informationsgewinn für die Bevölkerung. Ich weiß, es hilft nicht wirklich viel, wenn sie wissen, was es kostet, sondern sie brauchen ein bisschen ein Gefühl dafür, wo gibt es denn doch vielleicht noch Unterschiede und wo kann ich günstiger einkaufen. Ich weiß, das ist keine konkrete Maßnahme gegen diese Preiserhöhung, aber es ist eine, die es der Bevölkerung zumindest einmal ermöglicht, hier Wissen auch zu bekommen.

Das Zweite, was schon gemacht wurde und nicht erst gestern oder vorgestern, sondern schon im August 2007, wurde vom Umweltlandesrat und Konsumentenschutzlandesrat ein Schreiben an Minister Buchinger, der ja auch in Verantwortung auf Bundesebene für den Konsumentenschutz zuständig ist, hier ein Schreiben gerichtet, um wirklich massiv Unterstützung einzufordern. Unterstützung vor allem konkret beim Erforschen, genau zu schauen, was sind denn die konkreten Ursachen der Preiserhöhungen? Nur, wenn wir die konkreten Ursachen wissen, nämlich detaillierter wissen, dann kann man wahrscheinlich Maßnahmenbündel wirklich maßgeschneidert zubereiten. Und gleichzeitig hat es einen Aufruf gegeben von Landesrat Rudi Anschober an Minister Buchinger, hier einen sozialen Ausgleich zu schaffen. Einen sozialen nachhaltigen Ausgleich zu schaffen, sprich eine große Pensionserhöhung, also mindestens mehr als zwei Prozent und vor allem die niedrigen Einkommen massiv zu erhöhen oder die niedrigsten Einkommen massiv zu erhöhen und eine klare Umverteilung der Steuerbelastung. Es müssen niedrige Einkommen steuerlich massiv entlastet werden. Nur das ist nachhaltig ein Gewinn und nicht Einmalzahlungen, wie sie oft vorgeschlagen werden.

Also, diese klaren konkreten Schritte wurden schon gesetzt und werden gesetzt. Natürlich ist es mir klar, dass wir dran bleiben müssen, um hier gemeinsam an Lösungen zu arbeiten. Laut Preisgesetz – und das haben wir schon bei einem ähnlichen Fall im Vorjahr diskutiert, bei Preissteigerungen, die nicht nachvollziehbar waren – laut Preisgesetz ist die Bundesregierung dafür verantwortlich und hat die Möglichkeit volkswirtschaftlich gerechtfertigte Preise festzulegen. Und ich betone volkswirtschaftlich gerechtfertigte Preise festzulegen, bei Gütern, wo zum Beispiel eine Störung der Verfügbarkeit der Versorgung droht oder wenn sie nicht mehr oder wenn die Gefahr droht oder wenn sie schon eingetreten ist. Ausgenommen sind hier, wenn es eine saisonale Verknappung ist oder wenn marktkonforme Maßnahmen nicht rechtzeitig oder nur unverhältnismäßige Mittel angewendet werden können. Also, hier kann eine Preisregulierung laut Preisgesetz Paragraph 2 gemacht werden.

Wenn die SPÖ eine Preisregulierung haben will, dann muss sie das aber auch so sagen und nicht versteckt unter Maßnahmen subsumieren, (Unverständlicher Zwischenruf Abg. Dr. Frais) weil dann müssten wir die Marktregulierung einfach aufheben für kurze Zeit, den Markt aussetzen für eine Zeit planwirtschaftliche Mechanismen einführen. Das ist auch eine der Möglichkeiten.

Bevor wir den Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen streuen, sollten wir uns genau anschauen, was können wir versprechen? Was können wir auch halten? Und nicht nur kurzfristig ein bisschen Kosmetik zu machen. Und nur ganz kurz zu dem Punkt, was ist denn einer der großen Preistreiber? Ja klar, der Ölpreis! Der Ölpreis hat sich in den letzten fünf Jahren verfünffacht. Und genau hier fehlen uns alle Mechanismen anzusetzen. Und das müssen wir uns anschauen. Also, eine der wirklich wichtigen Maßnahmen ist, gemeinsam vehement einzutreten dafür, dass wir rauskommen aus der Abhängigkeit von Öl und Gas und hier wirklich Effizienzkriterien auch einführen, weil wenn die Bevölkerung, die Menschen weniger Energie brauchen, dann sparen sie wirklich Kosten. Und das muss auch ein Weg sein und auch eine Maßnahme sein, hier weiterzukommen, raus aus Öl, weil dann sind wir von einem Preistreiber, der ganz klar auch die Lebensmittelpreise beeinflusst und sehr viele Mietpreise und den täglichen Bedarf beeinflusst, hier weg zu kommen. Danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Ich schließe die Wechselrede und ich lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1461/2008 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden. Ich weise die Beilage 1461/2008 dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung zu.

Vom Herrn Schriftführer wurde weiters angekündigt, dass die Unterzeichner der Beilage 1462/2008 im Rahmen ihres Antrages vorschlagen, diese Beilage keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 1462/2008 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Maßnahmen zu wirksamerer Wettbewerbskontrolle beim Benzin- und Dieselpreis beziehungsweise Erhöhung des amtlichen Kilometersgeldes, des Pendlerpauschales und des Pendlerzuschlags zur Negativsteuer. Es ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Und ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 1462/2008 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Kapeller.

Abg. **Kapeller:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie sie sicherlich erraten oder wissen, wollten wir auch diesen Initiativantrag ursprünglich an die Bundesregierung richten, weil es ganz einfach dringend notwendig ist, dass Maßnahmen gesetzt werden, die den extrem gestiegenen Preisen in Österreich entgegenwirken. Und sie alle wissen, dass es in vielen Bereichen, etwa im Lebensmittelbereich aber auch bei den Benzinpreisen, zu ungewohnt großen Preissteigerungen kommt. Und Herr Kollege Strugl, man kann es sich leicht machen und sagen, die öffentliche Hand ist gefordert. Ja, aber nicht nur die öffentliche Hand, sondern auch die Wirtschaft ist massiv gefordert.

Und weil in der Debatte zum vorhergehenden Antrag auch die Preissteigerungen bei den Lebensmitteln angesprochen wurde, ich habe hier aus einem Artikel Wirtschaft und Arbeitsmarkt eine sehr interessante Hitliste der Preissteigerungen vom Jänner 2008 im Vergleich zum Jänner 2007 in Prozenten. Und hier hat es bei den Teigwaren beispielsweise eine Erhöhung von 32,9 Prozent, beim Gebäck um 12,2 Prozent, beim Butter um 28,1 Prozent gegeben, um nur drei Bereiche hier anzusprechen.

Und Kollegin Schwarz, ein Zitat ebenfalls im gleichen Artikel möchte ich Ihnen schon auch hier mitgeben, es lautet: Dass bei den Lebensmittelpreisen Österreich 2007 nach Slowenien die stärkste Zunahme unter den Ländern des Euro-Gebietes hatte, ist ein Anzeichen für mangelnde Intensität des Wettbewerbs im Handel. Hier ist die Wettbewerbsbehörde gefordert, Frau Kollegin Schwarz. Und die Preissteigerungsraten vom Dezember waren die höchsten seit Juni 1993, auch das ist nachzulesen und nachzuvollziehen.

Und diese Situation, meine sehr verehrten Damen und Herren, erfordert natürlich dringend Maßnahmen, denn wir wollen die Menschen in dieser Angelegenheit nicht im Regen stehen lassen. Die Menschen brauchen wirksame Unterstützungen und Maßnahmen. Und leider bekamen wir keine Unterstützung von der ÖVP und den Grünen und so konnten wir diesen Antrag an die Bundesregierung ebenfalls nicht einbringen. Wir mussten daher diesen Initiativantrag an die Oberösterreichische Landesregierung richten und fordern sie auf, wettbewerbsverstärkende Maßnahmen beim Benzin- und Dieselpreis zu forcieren.

Es ist richtig, die Rohölpreise sind in letzter Zeit gestiegen und die Mineralölsteuer ist ebenfalls erhöht worden. Aber dies alleine kann doch nicht aus unserer Sicht das Ausmaß des übermäßig hohen Preises für Benzin sein und erklären. So stieg etwa der Preis beim Superbenzin vom Jänner 2007 zum Jänner 2008 um 20,8 Prozent. Und da fragen sich die Konsumentinnen und Konsumenten berechtigt, wie ist es möglich, dass anlässlich von bevorstehenden Feiertagen und Urlaubsverkehre die Treibstoffpreise regelmäßig höher sind als in den Zeiträumen davor und danach. Ist das Zufall? Oder wie ist es zum Beispiel möglich, dass regional unter verschiedenen Anbietern immer ein annähernd gleicher Benzinpreis zu verzeichnen ist und vorherrscht? Das kann doch kein Zufall sein? Meine sehr verehrten Damen und Herren, und daher vertreten wir die Auffassung, dass seitens der Regierung alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten einer effektiven Wettbewerbskontrolle beim Benzinpreis ergriffen werden müssen. Und völlig unverständlich stellt sich die Sachlage auch beim Dieselpreis dar. Diese übertrifft die hohen Steigerungsraten des Benzinpreises noch deutlicher. Vom Jänner 2007 bis zum Jänner 2008 stieg der Dieseltreibstoffpreis um 25,7 Prozent.

Diese derzeit herrschende und unerwünschte Situation bei den Treibstoffpreisen verlangt ein Abfangen der finanziellen Belastungen für die Konsumentinnen und Konsumenten. Und als Sofortmaßnahme, Kollege Strugl, haben wir daher diesen Antrag eingebracht, wo wir die Landesregierung auffordern, eine Berechnung zu erstellen, um wie viel das amtliche Kilometer, das Pendlerpauschale und der Pendlerzuschlag zur Negativsteuer erhöht werden müssten, um für die Pendlerinnen und Pendler einen Ausgleich zu den gestiegenen Benzin- und Dieselpreisen zu errechnen. Und wenn dann diese Berechnung vorliegt, dann soll das Bemühen des Landes im Vordergrund stehen, hier dementsprechende Situationen zu ergreifen, damit das amtliche Kilometergeld, das Pendlerpauschale und der Pendlerzuschlag zur Negativsteuer erhöht wird.

Ich ersuche sie daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch diesem Antrag die Dringlichkeit zu geben und auch die Zustimmung zu geben, das hilft den Menschen in Österreich und in Oberösterreich. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Gunther Trübswasser.

Abg. **Trübswasser:** Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren auf der Galerie und im Saal! Es ist ein schwieriges Thema und ich beginne vielleicht mit einem, mit den Krückenanträgen. Kollege Kapeller hat gesagt, dass wir einen Antrag eigentlich an die Bundesregierung hätten stellen wollen, aber nicht können, weil es die Geschäftsordnung verbietet oder weil die Geschäftsordnung vorschreibt, dass wir 29 Unterschriften brauchen. Also, eine Besonderheit eigentlich in den Landtagen, dass man für die Einbringung eines Antrags bereits die Mehrheit haben muss. Und Kollege Frais, wir haben, glaube ich, jetzt schon sechs Jahre verhandeln wir, dass wir die Geschäftsordnung dahingehend abändern, und sie ist immer noch nicht abgeändert. Und ich stehe dazu, dass wir es ermöglichen, dass wir natürlich auch Bundesthemen in den Landtag bringen, so wie wir es vorge-

sehen haben, und ich ersuche dich wirklich und ich ersuche alle Fraktionen in diesem Landtag endlich diese Geschäftsordnung durchzuführen. Ich glaube, dass es nicht dem Ansehen des Landtags zuträglich ist, wenn wir Anträge an die Landesregierung stellen und eigentlich die Bundesregierung meinen. Wenn wir die Anträge uns durchlesen, dann sind die immer so, man soll Studien erstellen, um etwas zu bewirken, was im Grunde genommen Bundessache ist. Also, ich trete dafür ein, dass wir die Möglichkeit dem Landtag geben, sich mit Bundes-themen auseinanderzusetzen, so wie wir es schon im Entwurf ausgemacht haben. Und ich ersuche alle Fraktionen, dass wir endlich diese Geschäftsordnung jetzt einmal verwirklichen.

Wir haben heute eine ganze Reihe von solchen Anträgen seitens der SPÖ, die nicht die erforderlichen 29 Unterschriften bekommen haben, eben solche sogenannten Krückenanträge, mit denen wir uns hier beschäftigen.

Geschätzte Damen und Herren, ich komme jetzt zum Kern der Sache. Natürlich, die Kollegin Schwarz hat es ja schon gesagt, die Grünen machen sich große Sorgen um die Menschen in diesem Lande, denen es finanziell nicht gut geht. Wir machen uns große Sorgen im Speziellen auch um die Pendlerinnen und Pendler, die nicht nur finanziell belastet sind, sondern wie wir alle wissen, ist das Pendeln keine Kleinigkeit. Es belastet nicht nur die Geldbörse, sondern auch die Gesundheit und stellt ein großes Gefahrenpotenzial dar, wenn man weiß, was auf unseren Straßen alles passiert.

Aber geschätzte Kolleginnen und Kollegen der SPÖ, Kollege Kapeller, es kann doch nicht sein, dass wir einen Antrag beschließen, der den Menschen den Eindruck vermittelt, als läge es jetzt in der Hand des Landes hier nur durch Erhöhungen der Pendlerpauschale, nur durch Erhöhung des amtlichen Kilometersgeldes, nur durch eine Senkung des Benzin- und Dieselpreises, alle diese Probleme zu lösen. Und wir können auch auf Landesebene nicht, wir haben nicht dieses Bouvoir, nicht die Kompetenz hier einzugreifen. (Unverständliche Zwischenrufe) Wir wissen das. Kollege Frais, das ist eine Simplifizierung des Problems, gegen die ich mich wehre. Wir werden dieses Problem, das viel komplexer ist, (Unverständlicher Zwischenruf Abg. Affenzeller) - Kollege Affenzeller, wenn du dich damit beschäftigst hast, dann würdest du wissen, dass das Pendeln heute nicht ein Problem allein des Benzinpreises ist, sondern auch ein Problem des öffentlichen Verkehrs. Und ich würde mir wünschen, dass die Menschen, die zur Arbeit fahren, sicher, preisgünstig und bequem zur Arbeit kommen und möglichst ohne Gefährdung der Gesundheit. Wenn wir auf diesem System des Pendelns mit dem eigenen PKW, des Fahrens, weiter strecke, ich habe Freunde, die eine Kilometerleistung im Jahr haben, die einem Handelsreisenden alle Ehre machen würde, das ist ja nicht Sinn und Zweck einer Politik. Was Sie betreiben, ist einfach eine Symptombehandlung. Wir müssen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, über diesen Themenkomplex eingehend reden. Wir werden alles daran setzen, dass wir auf beiden Schienen die Menschen vor Preissteigerungen ungerechtfertigter Art bewahren, aber auf der anderen Seite den Pendlerinnen und Pendlern Alternativen geben. Wenn wir das nicht tun, durch Maßnahmen wie den GVK und andere strukturelle Maßnahmen, dann werden wir nicht die Interessen der Menschen vertreten, sondern eine Politik machen, die zwar populär ist und gut aussieht, aber den Menschen nichts bringt. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung zur Dringlichkeit? Herr Kollege Brunmair.

Abg. **Dr. Brunmair:** Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist, glaube ich, wirklich notwendig, dass wir alle erkennen, um was es bei diesen Anträgen geht. Es geht darum, dass immer mehr Bürger und eine immer breitere Schicht einfach zu wenig Geld haben, um

den Alltag, die Tage, die Monate und die Jahre zu bewältigen. Ich möchte hier ein Beispiel anführen, das war vorgestern, als ich im Kindergarten mein Kind abholen war, mich ein AHS-Lehrer angesprochen hat, der auch zwei Kinder in diesem Kindergarten hat, er hat gesagt, er muss mit mir reden. Es ist also ein AHS-Lehrer, der Haus gebaut hat, er muss mit mir reden, weil er einfach betroffen ist, dass durch die neue Gebührenverordnung für den Kindergarten für ihn, für seine Familie Mehrkosten von 1.000 Euro in seiner Einkommensklasse entstanden sind, 1.000 Euro, zwei Kinder, pro Kind im Monat um 50 Euro mehr. Er sagt, also das ist sicher jemand, der im mittleren Einkommen steht, dass diese 1.000 Euro im Jahr, zwei Kinder zehn Monate sind 1.000 Euro im Jahr, dass die für ihn ein finanzielles Problem darstellen, das er zwar bewältigen kann, aber es ist ein Problem. Was will ich damit sagen? Wenn wir davon reden, dass viele Menschen an der Armutsgrenze sich befinden und es gibt hier Zahlen, wenn der Flächenbrand weiter geht, dass es immer mehr Menschen, Familien gibt, die einfach zu wenig Geld in der Tasche haben. Die Kollegin Schwarz von den Grünen hat es gesagt, sie hat sich darüber geärgert, dass man hier ihnen unterstellt hätte, sie würden die Probleme nicht erkennen, um die es geht. Erkennen der Probleme ist eine Sache, aber ich glaube, wir müssen handeln, wir müssen schnell uns Wege einfallen lassen, dass die Menschen einfach wieder ausreichend genügend Geld in der Hand haben. Wenn es hier um niedrige Einkommen geht, die ohnehin keine Steuer zahlen, die aufgrund einer Steuerreform in der letzten Legislaturperiode auf Bundesebene durchgeführt wurde, die trotzdem zu wenig Geld haben, dann brauchen die einen Ausgleich, es wird ja auf Bundesebene der Teuerungsausgleich oder wurde leider bisher vergeblich diskutiert und versprochen. Es gibt aber trotzdem ein Vorbild und ein Bundesland, wo vorbildlich gehandelt wurde, das ist das Land Kärnten. (Zwischenruf Landesrat Anschöber: "Blau oder Orange?") Ich muss es hier erwähnen, wo festgestellt wurde, bitte das ist, ich habe es hier vor mir liegen, 21. Dezember 2007, es ist so weit, der Teuerungsausgleich kommt in Kärnten, 45.000 Kärntner haben Anspruch, je nach Familienstand wird als eine Möglichkeit und ein Teil, um das auszugleichen, werden 100 bis 150 Euro an die Bürger ausbezahlt. Also, es muss gehandelt werden, meine Damen und Herren, nicht darüber diskutiert werden, wer die Probleme erkennt und wer sie weniger erkennt.

Ein weiterer Punkt, wenn wir bei den mittleren Einkommen sind, dann gibt es auch nur einen Weg, die mittleren Einkommen, die die Steuerlast zu fast 100 Prozent würde ich sagen, aber zu einem großen Prozentsatz tragen, denen muss die Steuerlast genommen werden. Es gehört ehestmöglich eine flache, eine faire Steuer für diese Einkommensgruppe, ob selbständig oder unselbständig, darüber werden wir nicht hinwegkommen. Ich stelle hier gegenüber die Zahlen, die ja hinlänglich bekannt sind, dass die Mehreinnahmen an Steuern derzeit entgegen den Erwartungen und Vorberechnungen der vergangenen Jahre vier Milliarden ausmachen. Es geht also nur ein Weg, wir müssen einen Teil dieser Mehreinnahmen den Bürgern direkt zurückgeben, die Bürger sollen das Geld selber in der Hand haben und damit umgehen können, die Verantwortung wieder auferlegt bekommen, dass sie dieses Geld für ihr Leben und für die Notwendigkeiten einsetzen.

Der Benzinpreis, um den geht es hier in erster Linie, das möchte ich zum Abschluss bemerken, der Benzinpreis ist auch deswegen so hoch, weil ein großer oder fast der größere Anteil davon die Mineralölsteuer ist, das ist wieder eine Steuer, die den Menschen zuerst einmal weggenommen wurde. Ein Teil dieses Geldes ist an die Bürger, an die Pendler, die das Auto oder den öffentlichen Verkehr brauchen in Form einer angehobenen Pendlerpauschale, oder welchen Weg wir dann tatsächlich eingehen, ist diesen Menschen zurückzugeben. Danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Danke. Letzter Redner zur Dringlichkeit ist Herr Mag. Stelzer.



**Abg. Mag. Stelzer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Um beim Vorredner anzuschließen, es muss gehandelt werden, hat er gesagt. Da vertreten wir auch die Auffassung, ja es muss gehandelt werden, aber wirksam und nachhaltig, daher ist auch vorher doch gründlich zu überlegen, in welche Richtung soll denn die Handlung gehen? Es ist, glaube ich, klar, wenn man an der Zapfsäule steht, dann die Preise aufleuchten sieht, je nach Treibstoffart 1,20 oder auch darüber, da ist man nicht nur erschreckt, sondern natürlich auch besorgt, da dürfen die Konsumentinnen und Konsumenten auch nicht alleine gelassen werden. Die Frage ist natürlich: Wo kann hier die Politik im Rahmen ihrer Möglichkeit eingreifen und ansetzen, welche Möglichkeit gibt es da? Da ist natürlich einmal, wie es auch im Antrag beschrieben ist, die Rohölpreisentwicklung eine der Ursachen. Da ist die Frage: Wie kann das Land oder der Bund darauf einwirken? Es gibt aber auch andere Momente, die zu einer Preissteigerung führen, und das ist auch einer der Gründe, warum wir der Dringlichkeit nicht zustimmen. Es gibt schon auch noch Diskussionsbedarf unter den Parteien, auch mit der SPÖ, denn immerhin hat noch im Jänner dieses Jahres der SPÖ-Vorsitzende und Bundeskanzler vorgeschlagen, er ist weiterhin für höhere Steuern auf Energieformen und damit auch auf Treibstoffe, daher, wenn ihr heute so einen Antrag einbringt, dann wollen wir natürlich mit euch darüber reden. Was heißt das, wenn der Bundeskanzler das eine sagt, ihr aber sagt, wir als Land müssen etwas tun, wie ist das kompatibel auch innerhalb der SPÖ? Das können Sie hoffentlich im Ausschuss uns dann erklären.

Dass die Autofahrerinnen und Autofahrer, die darauf angewiesen sind, dass sie ihr Fahrzeug brauchen, alleine gelassen wurden in den letzten Jahren, glaube ich, kann man nicht wirklich behaupten. Es gibt verschiedene Formen und Unterstützung auf Bundes- und auf Landesebene, neben der Fernpendlerbeihilfe, die wir hier im Land Oberösterreich haben, auch die verschiedenen Unterstützungen im steuerlichen System, die schon genannt wurden, die auch immer wieder mit erhöht wurden, zuletzt auch im vorigen Jahr. Eine wesentliche Errungenschaft ist, das möchte ich deshalb sagen, weil sich gerade auch die Arbeitnehmervertreter innerhalb der ÖVP dafür sehr, sehr stark gemacht haben, dass auch jene, die aufgrund ihres Einkommens keine Steuern mehr zahlen müssen und bisher von der Pendlerpauschale ausgeschlossen waren, durch ein Zuschlagssystem zumindest einmal Zugang bei der Unterstützung in der Pendlerpauschale haben.

Das ist zum Beispiel einer der Punkte, über die man reden muss, ob es hier Weiterentwicklungen geben kann, eine andere Frage ist auch zum Beispiel, ob man bei den starren Kilometergrenzen bleiben muss. Wir im Lande leben gut damit, dass wir bei diversen Förderungen auch Einschleifregelungen eingeführt haben, auch das wäre aus unserer Sicht ein Punkt, über den man reden kann, damit man auch mehr Unterstützungsbedürftige hier ins System bringen kann. Es ist keineswegs so, dass sich die ÖVP einer fruchtbringenden Diskussion über dieses Thema verschließt, ganz im Gegenteil, es gibt einfach noch Punkte, die gründlich beleuchtet werden müssen, das würden wir gerne im Ausschuss tun, weshalb der Dringlichkeit von unserer Seite bei diesem Antrag heute keine Zustimmung gegeben wird. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Ich schließe die Wechselrede, wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die der Dringlichkeit zur Beilage 1462/2008 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden, die Beilage 1462/2008 wird dem Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Für die Beilage 1463/2008 schlagen die Unterzeichner im Rahmen ihres Antrages vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Dabei handelt es sich um den Initiativantrag betreffend die Erhöhung der Fernpendlerbeihilfe des Landes Oberösterreich, es benötigt einen Geschäftsbeschluss. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 1463/2008 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Erich Pilsner.

**Abg. Pilsner:** Sehr geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Lieber Kollege Trübswasser, deine Ausführungen habe ich natürlich mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, ich denke mir, du solltest einmal hinaus fahren aufs Land, aufs weite Land, wo es nicht so einfach ist ohne Privat-PKW, ohne Auto auszukommen. Natürlich ist der öffentliche Verkehr entsprechend ausgebaut, diese Verkehrskonzepte, die unter der Federführung von Landeshauptmann-Stellvertreter Haider eingesetzt und geplant werden, sind ja auch ein wichtiger und notwendiger Schritt. Letztendlich kann auf den PKW nicht verzichtet werden, weil einfach auch diese flexiblen Öffnungszeiten, die derzeit herrschen und immer weiter ausgebaut werden, natürlich es den Pendlerinnen und Pendlern schwierig machen.

Aber, meine sehr geschätzten Damen und Herren, durch die Mehrwertsteuer, durch die Normalverbrauchsabgabe, durch die Mineralölsteuer und die Mautkosten sind die Pendlerinnen und Pendlern ohnehin schon zu den Steuermelkkühen der Nation geworden. Wir kennen die Situation, und wir kennen die Diskussion draußen, die Treibstoffpreise sind in den vergangenen Jahren enorm gestiegen, das haben wir heute schon gehört. Daher müssen heute Berufstätige oft 15 bis 20 Prozent ihres Nettoeinkommens für die Kosten ihrer beruflichen Mobilität aufbringen, manche sogar mehr.

Ich sage ganz kurz, die kürzlich erfolgte Erhöhung der Fernpendlerbeihilfe des Landes um gut fünf Prozent ist für mich bestenfalls ein Zeichen des guten Willens. Hier müssen wir noch entsprechende Initiativen setzen, daher auch heute dieser Antrag, weil eben die Fahrtkosten für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den vergangenen Jahren viel stärker gestiegen sind, hier muss endlich wirksam entgegengewirkt werden. Daher fordern wir Sozialdemokraten eine neuerliche und angemessene Erhöhung der jährlichen Beihilfe des Landes Oberösterreich für die Fernpendlerinnen und Fernpendler. Darüber hinaus schlagen wir vor, das System der Fernpendlerbeihilfe überhaupt in die Richtung zu verbessern, dass die Preissteigerung bei den Treibstoffen rascher und vor allem auch in voller Höhe bei der Beihilfe berücksichtigt wird.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, bei der bisherigen Koppelung der Beihilfshöhe am Verbraucherpreisindex ist das nämlich nicht ausreichend der Fall. Daher soll, meine sehr geschätzten Damen und Herren, in Zukunft für die automatische Wertanpassung nicht mehr der Verbraucherpreisindex, sondern die Entwicklung der Benzin- und Dieselpreise herangezogen werden. Das wäre eine faire Lösung und würde zumindest die Belastungen für die Pendlerinnen und Pendlern vermindern. Eines muss unmissverständlich gesagt werden, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist höchste Zeit dafür, dass für die Menschen etwas getan wird, daher glaube ich schon, dass hier der richtige Platz ist, über dieses Thema zu diskutieren, diese Themen nicht zu schubladisieren, sondern hier konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Ich ersuche Schwarz und Grün, bei diesem Antrag mitzustimmen, natürlich auch die FPÖ, ich glaube, es ist ein wichtiger Schritt. Danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Danke. Nächster Redner zur Dringlichkeit ist Herr Kollege Gunther Trübswasser.

**Abg. Trübswasser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Kollege Pilsner, ich kann ja wirklich über weite Strecken das unterstreichen, was du gesagt hast. (Zwischenruf Abg. Pilsner: "Aber?") Nein, ich möchte sogar ergänzen, es ist nicht nur das Geld, es ist ja wirklich das, was die Menschen auf der Straße lassen, Zeit, Gesundheit, Nerven und das Risiko, das sie eingehen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich habe von dieser Stelle aus schon mindestens hundert Mal gesagt, ich führe keinen Kreuzzug gegen das Auto, ich weiß selbst aus eigener Erfahrung, dass ich das Auto brauche, dass mir das Auto meinen Beruf ermöglicht. Es geht doch darum, wovon reden wir, wir reden von täglichen Fahrten von Menschen, die über Jahre hinaus denselben Weg haben, das muss organisiert werden. Kollege Pilsner, was Landeshauptmann-Stellvertreter und Verkehrsreferent Haider in dem Bereich macht, es gibt Fortschritte, ja, aber Oberösterreich ist im Vergleich zu anderen Regionen immer noch Nachzügler, und wir müssen noch viel intensiver in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs gehen. Jetzt frage ich dich eines: Warum hat am Montag eure Fraktion in der Regierung gegen das GVK, gegen das Gesamtverkehrskonzept gestimmt? Ich verstehe diese Doppelstrategie nicht, dass ich auf der einen Seite beklage, dass die Menschen mit dem Auto fahren müssen, es ist ja nicht lustig, auch wenn ich drei Westringe baue und fünf Ost-Umfahrungen, es wird immer Staus geben, das zeigen die Erfahrungen aus anderen Ländern, ich kann nur das System ändern. Wenn ich mir diese Systemänderung nicht vornehme, dann werde ich ein Problem bekommen, ich komme jetzt schon wieder zurück zu den Pendlerinnen und Pendlern. Wenn wir die Zahlen anschauen von 1991 bis 2001, so ist die Zahl der PKWs, der Pendlerinnen und Pendlern mit dem PKW um 25 Prozent auf 2 Millionen gestiegen, 2 Millionen Menschen fahren im Durchschnitt mehr als 20 Kilometer täglich zur Arbeit. Stellen Sie sich einmal diese Lebenszeit vor, die da vergeudet wird, nämlich vergeudet plus Risiko, plus Kosten. Wir sind heute so weit, im selben Zeitraum hat sich der Anteil der Verkehrskosten, also der Kosten für die Mobilität von neun auf fünfzehn Prozent pro Person erhöht österreichweit im Durchschnitt.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das sind Zahlen, die uns wirklich zu denken geben, es geht jetzt nicht, dieses System noch weiter zu fördern, sondern es geht darum, die Abgänge und die finanziellen Belastungen möglichst gering zu halten, da gebe ich dir völlig Recht. Ich muss auch strukturell etwas tun, es muss auch strukturelle Maßnahmen setzen, die erstens einmal Arbeitsplätze dezentral fördern, ich muss raumordnerische Maßnahmen setzen, die ermöglichen, dass die Menschen auch dort leben, wo es öffentliche Verkehrsmittel gibt. Ich muss den Großteil der Menschen die Chance zu einer Alternative geben, momentan, da gebe ich dir völlig Recht, gibt es eine große Gruppe, die keine Alternative hat, die einfach ins Auto einsteigen und fahren muss. Aber warum haben wir nicht mehr Pendlerparkplätze, warum haben wir nicht Pendlerparkplätze am Stadtrand von Linz, warum haben wir nicht entlang der Hauptachsen wirklich die Anzahl von Pendlerparkplätzen, die wir benötigen, warum haben wir nicht die Zubringerdienste, warum haben wir noch nicht mehr Regionalverkehrskonzepte? Alles das sind Sachen, die Versäumnisse des Landes Oberösterreich sind, die die Menschen dazu zwingen, ins Auto zu steigen, Risiko, hohe Kosten und noch dazu ihre Gesundheit aufs Spiel zu setzen und dabei ihre Zeit opfern. In einem bequemen öffentlichen Verkehrsmittel, es wurden wieder eine ganze Reihe neuer Busse präsentiert, kann man Zeitung lassen, man kann sich vielleicht auch entspannen, ich habe weit weniger Risiko, wir wissen ganz genau aus der Statistik, dass Bus, Bahn hundert Mal sicherer sind als der eigene PKW. Ich kann den Menschen eine Alternative bieten, wenn eine Politik etwas nicht tun soll, dann ist es die Menschen alternativlos irgendeiner Situation auszusetzen. Das ist ein Stück Selbstbestimmung, die wir den Menschen zurückgeben müssen, wir werden selbstverständlich in diese Richtung für die Pendlerinnen und Pendlern weiter arbeiten. Mit einem Schnellschuss nur zu sagen, jetzt haben wir um fünf Prozent, wir hätten eigentlich um acht

Prozent erhöhen müssen, das ist nicht die Lösung des Problems. Wir werden noch lange und intensiv darüber reden müssen. Danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Dr. Walter Entholzer.

Abg. **Dr. Entholzer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Kapeller hat zuerst gemeint, als Sofortmaßnahme haben Sie einen Antrag eingebracht. Bei aller Wertschätzung, lieber geschätzter Kollege Kapeller, unter Sofortmaßnahme stelle ich mir was anderes vor, es gibt auch Möglichkeiten - wir haben schon davon gehört – wie z.B. Müllabfuhrgebühren, Zimmer in Seniorenheimen, wo man sofort etwas tun könnte. Wir vom Land Oberösterreich haben mit der Pendlerpauschale sofort etwas getan, denn wir haben eingeführt, dass bei einer Verbraucherpreisindexerhöhung um mehr als fünf Prozent die automatische Wertsicherung eingeführt wird. Das war zuletzt im September 2007 der Fall. Es war damals eine Steigerung um 5,22 Prozent gegeben. Und daher hat das Land dementsprechend dem Rechnung getragen und die Pendlerpauschalen erhöht. Bei 25 bis 49 Kilometer von 137 auf 144 Euro, bei 50 bis 74 Kilometer von 193 auf 203 Euro, und von 75 und mehr Kilometer oder darüber eben von 265 auf 279 Euro. Das ist eine Maßnahme, die, glaube ich, gut ist.

Wir können natürlich weiter darüber noch verhandeln und reden. Der Kollege Stelzer hat es ja angedeutet. Wir sind gesprächsbereit noch etwas zu verbessern. Aber es ist zumindest eine Maßnahme. Es ist ein wichtiges Zeichen, meiner Meinung nach, dass wir die Pendler nicht im Stich lassen und ein gewisses Mindestmaß an Gerechtigkeit hier walten lassen für die Leute und die Menschen, die vor Ort keine Arbeitsplätze finden oder nicht in dem nötigen Ausmaß.

Der Kollege Trübswasser hat es angesprochen, Pendeln ist auch ein Problem des öffentlichen Verkehrs und Pendlerpauschale alleine ist nur eine Symptombehandlung. Man muss hier, glaube ich schon, weiter greifen und weiter ausholen. Mit dieser Pendlerpauschalerhöhung werden wir das Pendlerproblem alleine nicht lösen können. Ein wichtiges Ziel für die Zukunft ist daher aus unserer Sicht, dass wir die Arbeit zu den Menschen bringen und die Arbeitsplätze zu den Menschen bringen. Das hat auch Landeshauptmann Pühringer, glaube ich, in einer Aussendung so gesagt. Das kann ich nur unterstreichen.

Gleichzeitig wollen wir aber die Verkehrsverbindungen verbessern. Und es ist ja kein Zufall, dass Kollege Pilsner vor mir gesprochen hat. Wir sind hier aktiv, glaube ich, dass wir gemeinsam die Wege nach Linz erstens einmal sicherer machen, attraktiver machen und auch umweltfreundlicher machen. Da denke ich natürlich als Eferdinger an die vierte Linzer Donaubrücke, die hoffentlich ja bald kommt. Und ich bin sehr zuversichtlich dass sie kommen wird. Aber auch der öffentliche Verkehr ist hier angesprochen. Die LILLO, der Ausbau, nicht nur die neuen Triebwagen, sondern dass auch der Oberbau dementsprechend saniert wird und dass wir schneller und besser die Pendler und auch die Schüler, die auch pendeln und Pendler sind, nach Linz bringen.

Lassen Sie mich aber noch ein paar Zahlen sagen. Ich komme wieder zurück auf den Verbraucherpreisindex. Von 2001 bis 2007 hat es jährliche Steigerungen gegeben. Also 2001 bis 2002 1,8 Prozent, dann waren es 1,3 Prozent, 2,1 Prozent, 2,3 Prozent, 1,4 Prozent, 2,1 Prozent. Also insgesamt 11,6 Prozent im Zeitraum von 2001 bis 2007. Nahrungsmittel wurden im selben Zeitraum um 13,1 Prozent teurer. Alkoholische Getränke und Tabakwaren zum Beispiel um 20,1 Prozent. Interessant für mich war auch, dass Bekleidung und Schuhe nur um 4,1 Prozent angestiegen sind. Ich nehme nur ein paar Stichwörter her-

aus. Müllabfuhr, wurde heute schon angesprochen, 42,8 Prozent. Also hier wissen wir, wo wir eingreifen können. (Zwischenruf Abg. Makor-Winkelbauer: „Wie greifst denn da ein?“) Wir können zum Beispiel bei der Müllabfuhr die Gebühren verringern für bestimmte Leute, die zusätzlich belastet sind, glaube ich. Also das wäre eine Empfehlung, die man auch in der Stadt Linz sofort durchführen könnte. (Zwischenruf Abg. Schenner: „Das wäre nicht schlecht, wenn das der Gemeindefeuer von Gmunden vorschlagen würde!“) Also wollen wir jetzt für die Leute eine Entlastung oder wollen wir eine Einnahme für die Gemeinden? Da muss man sich oft entscheiden. Also Kolleginnen und Kollegen! Ich sage als Mediziner, als letzte Zahl. Medizinische Dienstleistungen, (Zwischenruf Abg. Schreiberhuber: „Medizinische Dienstleistungen?“) bitte, (Zwischenruf Abg. Schreiberhuber: „Medizinische Dienstleistungen?“). Medizinische Dienstleistungen, was schätzen Sie, wie die gestiegen sind von 2001 bis 2007? (Zwischenruf Abg. Schreiberhuber: „Die sind schon sehr hoch!“) Die sind schon sehr hoch, okay. Ich sage Ihnen, die Krankenhausdienstleistungen sind um 23,1 Prozent gestiegen, die Pflegeheimkosten um 16,9 Prozent, die medizinischen Dienstleistungen minus 5,0 Prozent bitte sehr. Also, wir sind nicht die Preistreiber. Das wollte ich nur nebenbei einflechten. Wir sind der Meinung, dass es eine gesamte Debatte über die Teuerungen, eine ausführliche Debatte über diese Teuerungen geben muss und soll. Und daher schlagen wir vor, dass wir das im Ausschuss diskutieren. Die Dringlichkeit dazu lehnen wir ab. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Nächste Rednerin zur Dringlichkeit ist Frau Kollegin Helga Moser.

Abg. **Moser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten werden wir Freiheitlichen unterstützen. Ich habe gerade zuerst gesagt, wir haben so viele Anträge schon gemeinsam diskutiert. Im Vorfeld wäre es nett gewesen, uns bei diesem Antrag mit einzubeziehen, weil ich glaube, da kann man das eine oder andere konstruktiver handeln. Ich möchte auch diesen Antrag hernehmen, und es ist schon so viel gesagt worden, um auf meine Vorredner einzugehen. Kollege Trübswasser hat geklagt oder hat gemeint, naja so nach dem Motto, wir wollen, weil die Belastung der Pendler ist ja so groß, weil sie mit dem Auto fahren und nicht mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Für mich ist das so ein Beispiel, dass einfach die Probleme mehrheitlich angegangen werden müssen. Wir haben eine Raumordnung, die es erlaubt, den ganzen ländlichen Bereich, sage ich jetzt einmal überzeichnet, zu zersiedeln. Und jetzt schaue ich mir an, wie ich einen öffentlichen Verkehr bis zu jedem einzelnen Haus hin bringe. Da muss ich ja schon einmal schauen, welche Fahrtstrecken Pendler oft zum öffentlichen Verkehrsmittel zurücklegen müssen.

Wie schaut es aus mit Park-and-ride-Plätzen? Auch da sind die Kommunen zum Beispiel sehr säumig. Also immer nur, und das tut mir heute leid, weil die Diskussion eigentlich nur ein Schlagabtausch ist zwischen ÖVP, Grünen und Sozialdemokraten, und für mich einfach die inhaltliche Diskussion über diese Problemlage nicht zum Tragen kommt. Wir unterstreichen natürlich auch die hohen Gebühren in der Stadt Linz. Und ich habe mich auch dazu geäußert. Aber, ich kann nicht nur sagen, da sind die Bösen und da sind die Braven. Ich glaube, wir müssen, und ich habe es bei meiner ersten Wortmeldung schon gesagt, auf allen Ebenen Maßnahmen treffen. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: „Da geht es um die Glaubwürdigkeit, Helga!“) Ja, du hast schon Recht, Michael, aber es wird die Situation nicht besser, wenn ich jetzt als Beispiel sage, wenn wir jetzt gefordert sind mit einer Landesmaßnahme, die, und das habe ich gesagt, die schlechte Politik der Sozialdemokraten in Linz dazu als Beispiel heranziehe, sondern ich denke mir, wir sollten schauen, was ist in unserem Einflussbereich, und wir haben verschiedene Maßnahmen.

Es ist natürlich auch ganz leicht zu sagen, naja wir machen nur das. Kollegin Schwarz, du hast so eine Formulierung gebraucht, es ist Stil der Grünen, kein X für ein U vorzumachen, wenn wir nichts machen können. Naja, wir können in dem Bereich etwas machen. Ich pflichtete zu, dass auf Bundesebene das eine oder andere viel schwerer ist, möchte aber auch in Erinnerung rufen in dem Zusammenhang, dass es schon sehr lange Anträge auch gibt die Landtagsgeschäftsordnung zu novellieren, dann würden nämlich außer Schwarz-Grün auch die anderen Parteien die Möglichkeit haben, Bundesresolutionen zu verfassen, und man bräuchte nicht immer so ein komisches Konstrukt, dass man so ein Thema, das einem am Herzen liegt, in den Landtag bringt. Also in dem Zusammenhang fordere ich auch ein, dass wir mit der Landtagsgeschäftsordnung etwas zügiger voran schreiten und nicht erst warten, nächstes Jahr, wenn Wahljahr ist und dann vielleicht erst eine Beschlussfassung im Jahr darauf. (Zwischenruf Abg. Schwarz: „Das hat der Trübswasser schon gesagt!“)

Ich denke, es ist angesprochen worden vom Kollegen Entholzer, der hingewiesen hat auf einen Pressedienst von Landeshauptmann Pühringer. Für mich ist der Herr Landeshauptmann ein ehrenwerter Mensch, und ich glaube ihm auch, wenn er eine Presseaussendung macht, wenn er sagt, er wird da schauen, dass sich etwas verbessert. Aber wir haben halt leider auch andere handelnde Personen. Und wir müssen schauen, dass wir wesentlich mehr Arbeitsplätze in die Randzonen bekommen.

Ich bin keine Fachfrau, vielleicht kommt euch das jetzt komisch vor, aber ich habe einen Bericht gesehen über Indien, über die großen Callcenter, die für die ganze Welt tätig sind. Könnten wir vielleicht nicht eine kleinere Einrichtung auch in Oberösterreich machen? Dann müssen wir nicht bis Indien fahren, die Firmen, wenn sie Aufträge haben, sondern wir könnten es auch im ländlichen Bereich machen. Ich glaube, wir müssen mehr mit den Arbeitsplätzen zu den Leuten gehen. Weil eines ist noch gar nicht angesprochen worden heute, die gesundheitliche Belastung der Pendler, wenn die tagtäglich oft zwei Stunden auf der Straße sind, welche Einschränkung der Lebensqualität. Und da kann ich jetzt nicht als Freiheitliche sagen, oder es ist nicht mein Standpunkt zu sagen, das ist nur eine Maßnahme, wenn ich euch jetzt mehr Geld gebe.

Da müssen wir schnell handeln, weil sie zahlen ja jetzt, sie zahlen in den letzten Monaten eklatant viel Geld. Und daher ist für mich schon die Frage, warum von uns nicht, und ich unterstreiche alles, was von meinen Vorrednern gekommen ist, mehr Maßnahmen gesetzt werden. Aber setzen wir einmal einen ersten Schritt. Ich bin die Letztrednerin. Ich weiß, mein Appell geht jetzt ins Leere, aber ich hätte mir gewünscht, dass sowohl von der ÖVP als auch von den Grünen das als ein Teil gesehen wird, und daher auch die Zustimmung kommt. Ich danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Danke. Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die der Dringlichkeit zur Beilage 1463/2008 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise die Beilage 1463/2008 dem Ausschuss für Finanzen zur Vorberatung zu.

Die Unterzeichner der Beilage 1464/2008 schlagen im Rahmen ihres Antrages ebenfalls vor, dass diese Beilage keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen ist. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend mehr Personal und Budgetmittel für die oberösterreichische Polizei. Es ist dazu ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Ich

eröffne über den Antrag, dass der Beilage 1464/2008 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Johann Affenzeller.

**Abg. Affenzeller:** Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn zum Thema Sicherheit ein paar Aussagen wortwörtlich darlegen, die von Betroffenen gekommen sind. Ein Unternehmer aus dem Bezirk Rohrbach sagt, wenn wieder einmal etwas gestohlen wird, werde ich das gar nicht mehr melden, es hat ohnehin keinen Sinn. Eine weitere Aussage von einem Unternehmer aus dem Bezirk Urfahr-Umgebung: Es war schon das vierte Mal, dass wir überfallen wurden, und jedes Mal brachten die Ermittlungen der Polizei kein Ergebnis. Und eine dritte Aussage: Uns wird gesagt, wir sollen mehr in Sicherheit investieren, dabei ist die Sicherheit eine der Grundaufgaben des Staates. Und es wird in diesem Artikel der Oberösterreichischen Nachrichten auch in den Raum gestellt, dass schon Sicherheitsfirmen sich bei den betroffenen Unternehmern gemeldet hätten und angeboten haben die Überwachung zu übernehmen und er sagt dann zum Schluss, das hört sich fast so an, als müsse ich Schutzgeld bezahlen, weil die Polizei mir auf herkömmlichem Weg keine Sicherheit gewährleisten kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei allen Beteuerungen der Polizeispitze in Oberösterreich und des Innenministers, wenn betroffene Opfer davon sprechen, dass sie sich von der Sicherheitsbehörde und der Politik im Stich gelassen fühlen, müssen eigentlich bei allen Verantwortlichen die Alarmglocken läuten. Und es ist für mich daher völlig unverständlich, völlig unverständlich, dass Schwarz-Grün nicht bereit war, hier eine Bundesresolution mitzutragen. Eine gemeinsame Initiative wäre das gewesen, auf dem direktem Weg dort wo es hingehört, nämlich zum Bund, zum Innenministerium.

Ich denke, meine Damen und Herren, das ist ein Ignorieren der Ängste und der Sorgen der Bevölkerung, und ich glaube auch, dass viele öffentliche Aussagen aus dem ÖVP-Bereich unglaubwürdig sind, wenn man nicht bereit ist, hier konsequent die Forderungen zu erheben. Auf der einen Seite sich als so genannte Sicherheitspartei darzustellen und dann zur Forderung nach mehr Personal keine Unterstützung zu geben, das ist nicht der richtige Weg. Ich frage mich wirklich, warum unterstützen sie unsere und insbesondere die von Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Erich Haider nach zusätzlichen 200 Beamten in Oberösterreich nicht? Ich frage sie konkret, warum unterstützen sie das nicht?

Ich denke, dass durch den Wegfall der Schengen-Grenze, wir sind froh, dass wir offene Grenzen haben, auch im Grenzraum mehr Personal notwendig ist. Und wir haben uns das im Bezirk Freistadt mit den Experten, mit den Betroffenen sehr genau angeschaut, und sind zum Schluss gekommen, dass wir in unserer Region, in unserem Bezirk, 19 Planstellen zusätzlich brauchen würden. Nur als Vergleich: Im Bezirk Freistadt haben wir vorher an der Grenze 83 Beamte gehabt. Jetzt und auch nach der Europameisterschaft sollen es angeblich nur mehr 26 mit den so genannten Ausgleichsmaßnahmen sein. Und das ist zu wenig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte. Da gibt es immer wieder die Vorschläge vom Einbau von Warnanlagen. Die Bevölkerung soll sich selbst darum kümmern, oder das Einstellen von privaten Wachdiensten. Ich frage, wie ernst wir das nehmen sollen. Es ist zweifelsohne so, dass es jedermanns oder jederfrau Sache ist, Maßnahmen zu setzen. Ich denke jedoch, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist und bleibt Aufgabe des Staates, der Exekutive die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen und damit Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Ich sage eindeutig Nein zu einem Nachwächterstaat in diesem Bereich. Wir brauchen einen starken Staat. Wir brauchen eine starke und gut aufgestellte Polizei.

Betrachten wir die Straftaten in einem Segment für Jänner und Februar. Die Einbruchdiebstähle bei Wohnungen plus 37 Prozent. Die Einbruchdiebstähle bei Einfamilienhäusern plus 12 Prozent. Und dem gegenüber gestellt eine stark rückläufige Aufklärungsquote. Es ist verständlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass es dazu eine große Verunsicherung in der Bevölkerung gibt. Ich möchte daher zusammenfassend festhalten, die Polizistinnen und Polizisten leisten großartige Arbeit, sie bemühen sich wirklich redlich. Und dafür auch ein Danke von dieser Seite. Aber insbesondere an die Adresse der ÖVP, durch eine Vorstandsklausur in der Grenzregion werden die Sorgen der Bevölkerung nur bedingt ernst genommen. Es müssen anschließend auch Maßnahmen getroffen werden. (Zwischenruf Abg. Präsidentin Orthner: „Das ärgert sie wieder!“) Alle Experten, und insbesondere die Personalvertreter klagen über Personalmangel. Unterstützen Sie unseren Antrag sowohl bei der Dringlichkeit als auch bei der Forderung nach mehr Personal und bessere Ausstattung der oberösterreichischen Polizei. Es geht um die Verbesserung der Sicherheit der oberösterreichischen Bevölkerung. Es geht um die Bekämpfung der Kriminalität. Und es geht um eine verbesserte Überwachung bei der Verkehrssicherheit. Ich danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Nächster Redner ist Herr Klubobmann Mag. Strugl.

Abg. **Mag. Strugl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Kollege Affenzeller! Ich weiß nicht, woher Sie die Erkenntnis ableiten, dass wir gegen mehr Personal wären für die Exekutive. Ich habe sogar ausdrücklich im Vorfeld der Landtagssitzung gesagt, dass dies eine No-na-Forderung ist. Ich kenne niemanden, der sagen wird an dieser Stelle, nein, wir wollen nicht mehr Personal für die Exekutive. Sollten Sie Ihre Rede im Vorfeld geschrieben haben, dann hätten Sie sie halt aktualisieren müssen. Weil, so ist es nicht, wie Sie es hier heraußen gesagt haben. (Beifall) Das ist ja auch nicht so schwierig, da herzugehen und zu sagen, ja wir brauchen mehr Personal. Das ist nicht das Problem, das wir haben mit dem Antrag. Er ist einfach schlecht recherchiert und unvollständig. Und deswegen müssen wir ihn verbessern im Ausschuss. Und dann sind wir bereit, einer Bundesresolution auch zuzustimmen. Weil zum Teil geht ganz einfach auch der Antrag an dem konkreten Problemen vorbei.

Sie sagen, Sie sind da ständig im Gespräch, auch mit den Beamten. Das sind wir auch. Und daraus abgeleitet haben wir auch einige Vorstellungen. Und im Übrigen, wenn ein Vertreter Ihrer Partei bei der Sitzung des Landessicherheitsrates am 27. März dabei gewesen wäre, das war nicht so lange, da hat der stellvertretende Sicherheitsdirektor das ganz genau erläutert, wie das ist, übrigens auch die Situation mit der Euro, dann hätten Sie sich manches erspart, was irgendwie peinlich ist, wenn Sie es da jetzt in der Form sagen. Aber das ist eh nicht mein Problem. Wir werden ohnehin noch zu einem vernünftigen Antrag gemeinsam kommen.

Wesentlich ist einmal gewesen, dass wir das zusätzliche Personal, das unter dem Titel Schengen-Grenze in Oberösterreich stationiert ist, auch behalten können. Das ist Faktum. Dafür hat sich der Landeshauptmann auch eingesetzt. Das hat der Innenminister auch zugesagt. Von diesen 162 Grenzpolizisten sind derzeit 90 im Grenzraum, also der Großteil. Es gibt übrigens immer wieder Forderungen der SPÖ-Vertreter in den Städten, zum Beispiel der Herr Stadtrat Luger, der sagt, da müssen mehr Leute herunter von der Grenze. Vielleicht können Sie sich mit dem einmal in Verbindung setzen, um das einmal in der eigenen Fraktion auszudiskutieren. Dann wären wir schon einen Schritt weiter. Was wir jedenfalls wollen ist, dass wir dieses Personal, bis 2009 ist das gesichert, und dass wir das auch über diese Zeit hinaus auch sichern können. Daher verlangen wir, dass noch heuer Neuaufnahmen ge-



macht werden. Es ist ja so, dass bis 2009 durch die Tatsache, dass 132 Polizistinnen und Polizisten derzeit in Ausbildung sind, die 2009 ausgemustert werden, dass wir den Stand halten können. Wir wollen aber Neuaufnahmen, damit es auch darüber hinaus gewährleistet ist von mindestens einem Ausbildungslehrgang.

Es stehen jetzt eine Menge Dinge in dem Antrag drinnen, die könnte man widerlegen. Das geht im Rahmen einer Dringlichkeitsdebatte durch die Zeitbeschränkung nicht wirklich gut, aber ich würde Ihnen empfehlen, erkundigen Sie sich einmal ganz genau, wie das ist während der EURO mit dem Personal. Wir haben ja keine EM-Spiele, leider, muss ich dazusagen als Fußballinteressierter, das hat auch die Stadt Linz so herbeigeführt, aber trotzdem brauchen wir (Unverständlicher Zwischenruf links), ja, also jetzt machen wir einen teuren Umbau oben auf der Gugl, also ich bin schon gespannt, wie das wird, aber das ist jetzt nicht das Thema. Faktum ist, dass hier durch Urlaubssperren auch entsprechende Vorsorge getroffen ist, weil wir haben ja trotzdem beispielsweise Public-Viewing-Veranstaltungen. Aber wie gesagt, vielleicht können Sie das noch einmal recherchieren.

Dasselbe gilt auch für den Bereich der Planposten, das möchte ich am Schluss schon noch sagen. Es ist derzeit so, dass wir 3.460 Polizisten mehr haben als Planstellen zur Verfügung stehen, weil das, was Sie im Antrag drinnen stehen haben, dass durch Sonderzuteilungen das zum Problem wird, da müssen Sie einmal schauen, wie die Sonderzuteilungen wirklich sind, weil wir haben selber Dienststellen wie zum Beispiel die Cobra, die von diesen Sonderzuteilungen profitieren. Wir haben aber ein anderes Problem, nämlich dass 40 Prozent der Absolventen der Ausbildung Frauen sind. Wir haben durch die Karenzvertretungen mittlerweile ein veritables Problem. Deswegen wollen wir haben, dass dieser Karenzersatzpool wieder kommt. Den haben die Minister Einem und Schlögl leider Gottes abgeschafft. Da waren 600 Planstellen drinnen. Da konnte man schnell und flexibel nachbesetzen. Das gibt es nicht mehr. Auch da kann man in der SPÖ sicherlich historisch nachforschen. Aber wenn wir das wieder erreichen könnten, dass wir einen solchen Pool hätten, dann könnten wir relativ rasch auch diese Lücken auffüllen. Das gehört unseres Erachtens einfach in die Bundesresolution noch hinein.

Und im Übrigen empfehle ich, die Anträge zumindest auf eine gute und fachlich gut recherchierte Grundlage zu stellen. Dann sind wir auch bereit, eine solche Bundesresolution mitzutragen. Also ich kündige das ausdrücklich noch einmal an, wir wollen so etwas machen, aber ein bisschen eine Hausarbeit haben wir hier noch vor uns, was den Antrag betrifft. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ulrike Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was mir völlig unverständlich ist, ist dass kein Vertreter, keine Vertreterin beim Sicherheitsgipfel von der SPÖ dabei war. Es war ein sehr, sehr interessanter und fachlich und sachlicher Bericht von allen maßgeblichen Stellen zum Thema Sicherheit und Katastrophenschutz in Oberösterreich. Was für mich zweitens noch völlig unverständlich und auch sehr gefährlich ist, dass Einzelfälle herausgegriffen werden und die Taten immer nur regional sehr einseitig beleuchtet und nicht im Gesamtzusammenhang gesehen werden. Hier kommt es oft zu Tateninterpretationen, die aus meiner Sicht sehr gefährlich sind, weil die Bevölkerung weiter verunsichert wird und auch mit Medienberichten, dass zu wenig Personal genau das alles auslöst.

Angesprochen wurde ja schon öfter der geplagte Automobilhändler in Rohrbach, und das ist für den wirklich tragisch, und jeder einzelne Fall; und jedes Auto, das aufgebrochen wird oder das beschädigt wird, ist für den Einzelnen, aber auch aus sicherheitstechnischen Grün-

den ein Problem. Hier aber Maßnahmen zu setzen, die fundiert sind, die ausgewogen sind, glaube ich, das ist auch ganz, ganz wichtig und ist Aufgabe der Politik.

Ich möchte nur ein paar Zahlen auch noch in den Raum stellen, die eben bei diesem Sicherheitsgipfel uns vorgelegt wurden und gerade auch im Zusammenhang mit der Grenzöffnung, weil unter der Hand wird dann doch alles wieder irgendwie der Schengen-Grenzöffnung zugespielt und hier werden Aversionen, die sowieso schon in der Bevölkerung sehr stark vorhanden sind, noch ein bisschen mehr geschürt. Viele zucken einfach bei einem Fahrzeug mit tschechischem Kennzeichen zusammen. Ich glaube, das ist eine Gefahr, der wir nicht in die Hand spielen sollen.

Schaut man sich die Zahlen alleine im Bezirk Urfahr-Umgebung an, da hatten wir im Oktober 194 Fälle, dann 179, dann 220 im Dezember angezeigte Fälle, im Jänner nur 93 und im Februar 100. Natürlich ist zwischen Jänner und Februar ein Anstieg zu verzeichnen. Ich will das nicht klein reden, und jeder einzelne Fall ist zuviel. Im Bezirk Freistadt haben wir auch von 197 im Oktober, 133 Fälle im Jänner und 149 Fälle jetzt. Also nur vom letzten Monat her 12 Prozent Steigerung, aber seit Oktober einen Rückgang. Auch die geklärten Fälle, und hier haben wir auch schon schlechtere Monate gehabt, wo Fälle nicht geklärt werden. Es gibt immer einen Höhepunkt bei Zahlen, bei Daten, wenn zum Beispiel ein größerer Einbruchsdiebstahl oder eine Bande plötzlich auffliegt, da kommen plötzlich viele Fälle in die Klärung oder wenn ein Serieneinbruch ist, bis der Täter oder die Täterin gefasst ist dauert es länger, und dann können plötzlich viele Fälle geklärt werden.

Also ich glaube, es ist in unserer Verantwortung, mit Daten seriös umzugehen. Ich glaube, ich kann mir noch weitere Daten sparen. Sie werden den Lagebericht bekommen. Die Zahlen, die Sie herausgegriffen haben in dem Antrag, sind richtig, ja. Aber Sie haben viele andere Zahlen, die auch richtig sind, nicht hineingeschrieben. Ich glaube, das ginge ja auch in einer seriösen Arbeit sehr gut, auch die anderen Fälle hineinzuschreiben.

Das, was einhellige Meinung bei dem Sicherheitsgipfel war, wir müssen den Personalstand halten, wir brauchen eine Verstärkung im Zentralraum, weil eben genau im Zentralraum auch mehr Sachen, mehr Gefahrenpotenzial auch vorhanden sind. Also hier braucht es einfach klare Aussagen und klare gemeinsame Bestrebungen, wie wir diesen Sicherheitsaspekt auch für die Bevölkerung stärken können. Dass eine intensive Streifenförtigkeit vor allem im grenznahen Raum nicht in ausreichendem Maß wahrgenommen wird, ja, das kann schon sein, nur was ist das ausreichende Maß? Faktum ist, dass fünf Streifen täglich im grenznahen Raum bis zum Zentralraum fahren, und ich glaube, der ist einfach auch mehr betroffen worden, genau zu diesem Thema auch intensiv arbeiten.

Wenn wir im Mühlviertel unterwegs sind, sei es am Tag, sei es bei der Nacht, merken wir diese verstärkten Kontrollen. Diese verstärkten Kontrollen haben jetzt vieles für sich, nicht nur, dass Einbruchsdiebstähle oder andere Verbrechen aufgedeckt werden können, sondern auch, dass sich die Fahrweise so manches Mühlviertlers oder so mancher Mühlviertlerin ein bisschen mehr den Vorgaben anpasst. Also hier diese Streifenförtigkeit noch auszubauen ist sicher wünschenswert, aber dass sie nicht stattfindet stimmt einfach nicht. Das möchte ich einfach auch nicht so im Raum stehen lassen.

Dass Prävention wichtig ist, und Prävention heißt nicht, mehr verstärkte Sicherheitsmaßnahmen oder private Dienste zu engagieren, ist klar. Präventionsmaßnahmen sind auch die, dass die Bevölkerung, dass die Nachbarn, Nachbarinnen wieder mehr schauen und wenn etwas auffällt, das auch melden. Das ist wirklich rückläufig in den letzten Wochen und Mona-

ten. Das müssen wir auch im Sinne der Zivilcourage wieder hervorheben und stärken, weil die Polizei wird dann sofort aktiv, und das haben wir auch gesehen im Bezirk Rohrbach oder in Rohrbach selbst bei einem Fall. Wenn die Bevölkerung, wenn die Bürgerinnen und Bürger es melden, dann ist die Polizei sofort zur Stelle. Und es ist auch genug Personal da, um diesem gleich sofort nachzugehen.

Ich glaube, das ist die wichtigste Aufgabe, dass wir nicht wegschauen, sondern hinschauen und dann sachlich informieren und die richtigen Leute informieren. Mit diesem Ziel, gemeinsam gute Maßnahmen zu setzen und die Sicherheit weiter zu verbessern, sind wir gerne bereit und werden das im Ausschuss auch gemeinsam weiter diskutieren, danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Letzte Rednerin zur Dringlichkeit ist Frau Kollegin Helga Moser.

**Abg. Moser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Initiativantrag wird unsere Zustimmung finden, die Dringlichkeit wird unsere Zustimmung finden. Denn ich glaube, da ist genau jetzt eine Notwendigkeit. Für mich sind das Wichtigste nicht Zahlen, die in der Begründung sind, auf die ich auch noch kurz eingehen, weil da haben wir auch teilweise eine andere Meinung dazu.

Aber der Text dieses Antrags: Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, in einem Konzept die Möglichkeiten darzustellen, wie der Personalstand, die Ausstattung und die Budgetmittel der oberösterreichischen Polizei auf jenes Ausmaß erhöht werden können, das zur Verbesserung der Sicherheit der oberösterreichischen Bevölkerung, zur Bekämpfung der Kriminalität und zur verbesserten Überwachung der Verkehrssicherheit erforderlich ist. Das ist der Grund, warum wir sagen, auch wenn wir es heute, und warum wir die Dringlichkeit mittragen, beschließen, es passiert ja dann sowieso auch noch eine inhaltliche Auseinandersetzung und Erarbeitung. Es ist dann nicht nur jetzt, steht reflexhaft, ich will jetzt um 500 Planstellen mehr oder wie immer, sondern es ist ja der Auslöser dieser Antrag aus unserer Überzeugung her, ein Signal zu geben, wir kümmern uns um einen sehr sensiblen Bereich. Wo ich mich dagegen verwahre, und ich glaube, jeder, der mich kennt, weiß, dass das nicht mein Stil ist, einerseits mit Angstparolen zu arbeiten, aber andererseits natürlich müssen wir auch das Sicherheitsbedürfnis, und das lese ich ja auch in den Veröffentlichungen aller Parteien, in der Bevölkerung stärken bzw. auch Maßnahmen setzen, wenn Unsicherheit da ist, dass das Gefühl da ist, wenn etwas passiert ist, ich habe jemanden, der mir hilft.

Deswegen bin ich im Gegensatz zu dir, Kollege Affenzeller, nicht gegen Zusatzmaßnahmen wie den Einbau, wir haben einen Antrag eingebracht, zusätzlicher Sicherheitsmaßnahmen. Weil es horcht sich recht gut an, und ich kann das einerseits nur unterstreichen, was die Kollegin Schwarz angesprochen hat, hinschauen und nicht wegschauen. Jetzt sage ich das, was ich zuerst schon gesagt habe, schauen wir einmal, wie viele Häuser es gibt, wo untertags gar niemand da ist, weil die Bevölkerung berufstätig ist, weil einfach die Zersiedelung oder die Häuser so isoliert stehen, dass gar kein Nachbar da ist. Also einerseits ja, Aufforderung Courage in der Bevölkerung, aber dort, wo man was ändern kann einfach zu sagen, in die Richtung muss es gehen.

Deshalb unterstreiche ja auch das, und wir haben es ja 2002 schon in einem Antrag eingebracht, und der Mag. Strugl hat es angesprochen, vielleicht erinnert er sich nicht mehr an unseren Antrag von 2002, dass wir einen Pool von Reserveplanstellen machen. Weil mir als Frau eines ganz wichtig ist, dass mehr Frauen auch bei der Polizei tätig sind und dass die Frauen auch die Möglichkeit haben, Kinder zu kriegen und in Karenz zu gehen und nicht unter Druck gesetzt werden emotional. Sicher nicht absichtlich, na kriegst eh hoffentlich kein

Kind, weil sonst ist die Dienststelle dann nicht besetzt. Ja, wir kennen ja diese Spiele, die einfach dann da sind und wo Frauen sich dann oft gemobbt fühlen, ob mit Recht oder nicht, aber sie nehmen ihre Aufgabe ernst, sie haben das Gefühl, sie müssen da sein und verzichten dann vielleicht auf Familienplanung.

Also, Reserveplanstellen eben für die, die in Ausbildung sind, für die, die in Pension gehen, aber natürlich auch für die, die in der Karenzzeit sind. Wenn wir davon träumen, dass auch ein Vätermonat, Papamonat oder geteilte Erziehungszeiten in den ersten drei Lebensjahren, da haben wir ja auch einen großen Konsens, sehr wohl wünschenswert sind, dann müssen wir uns überlegen und ein Konzept entwickeln, wie können wir etwaige Schwierigkeiten, die durch mangelnde Postenbesetzung da sind, sehr wohl hintanstellen.

Ein Wort noch zum Schluss. Ich glaube, mit Urlaubssperren und mit so Sachen, es sind Maßnahmen, aber sie sind halt nicht so umfassend. Ich glaube auch, und ich habe mir die Statistik, Mag. Steinkellner war ja im Sicherheitsbeirat, glaube ich, heißt es, wir haben uns die Zahlen dann angeschaut. Es stimmt schon, dass wir immer wieder eine Verlagerung haben, aber die haben wir oft von Monat zu Monat. Und im Moment haben wir den Froschberg in Linz, wo 35 Einbrüche sind, und vielleicht in einer anderen Gegend von Oberösterreich haben wir im Moment nicht das Problem. Aber das kann es nicht sein, dass ich dann sage, da setze ich jetzt Maßnahmen und dann sofort damit konfrontiert werde, weil die Ganoven sind auch einstweilen schon sehr flexibel und mobil geworden und sind auch mit genügend Fahrzeugen unterwegs.

Deshalb Ja von uns, Unterstützung der Dringlichkeit. Wir wollen auch darüber reden, aber möglichst schnell. Daher haben wir uns entschlossen, diesem Antrag zuzustimmen. Ich danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Danke, es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1464/2008 zustimmen, dies mit einem Zeichen mit der Hand zu tun. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt, und ich weise die Beilage 1464/2008 dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltung zur Vorberatung zu.

Die Unterzeichner der Beilage 1465/2008 schlagen im Rahmen ihres Antrages vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um einen Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend eine umfassende Steuerreform 2008. Es benötigt einen Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 1465/2008 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Helga Moser.

Abg. **Moser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In diesem Initiativantrag 1465/2008 geht es um Folgendes: Gemäß § 26 Abs. 6 Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen: Resolution Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, in einem Konzept darzulegen, wie der vorliegende Entwurf für eine teilweise vorgezogene Steuerreform geändert werden müsste, damit es zu einer Entlastung des Mittelstandes, der Kleinverdiener, der Pensionsbezieher bzw. der Selbständigen kommt. Durch eine Stärkung der Kaufkraft sind auch deutliche Impulse für die österreichische Wirtschaft zu erwarten. Darf

ich mich gleich zu Wort melden zu dem Punkt? (Zweite Präsidentin: Bitte, wir sind in der Dringlichkeitsdebatte.)

Die Begründung liegt Ihnen ja vor. Ich möchte jetzt da nicht einfach das herunterlesen. Ich glaube, das wäre nicht im Sinne der Sache, sondern ich glaube, dass wir als Oberösterreicher gefordert sind, auf der Bundesebene auch unsere Vorschläge einzubringen und zu sagen, in welcher Form stellen wir auf Grund der Bedürfnisse, die wir in unserem Bundesland sehen, welche Forderungen oder mit welchen Vorschlägen oder mit welchen Konzepten gehen wir hinein.

Ich habe in der letzten Zeit immer sehr intensiv die Pressedienste auch gelesen, auch der Kolleginnen und Kollegen von den anderen Parteien, und ich muss sagen, wie tibetanische Gebetsmühlen kommt jetzt seit sechs Jahren der Mittelstand auch von Seiten der ÖVP, der Mittelstand soll entlastet werden, es soll zum Beispiel eine andere Familienbesteuerung kommen, ich sage gar nicht jetzt Familiensplitting ja oder nein, aber die Familien sollen von Seiten der ÖVP, und ich glaube Ihnen das, seit Jahren entlastet werden. So, jetzt haben wir eine Regierungsbeteiligung, aber ich merke keine Entlastung der Familien. Ich merke es bei den Mehrkindfamilien, aber wir haben heute schon bei anderen Inhalten darüber gesprochen, wo auch die Armut da ist. Die ist nicht nur in den Mehrkindfamilien. Das heißt, ich muss mir überlegen, dass ich nicht immer Almosen gebe, was kann ich machen?

Ich glaube, es ist auch insoferne für mich eine Überlegung, dass ich sage, Oberösterreich, und es ist heute angesprochen worden sehr wohl auch im Hinblick auf die EU, im Moment haben wir die Situation, dass wir mit Steuern eigentlich in Österreich noch so autark sind, dass sich Oberösterreich, sage ich, maximal bei der Bundesregierung jetzt Gehör verschaffen muss beim zuständigen Minister, aber immer wieder taucht in der Diskussion auch auf, und da sehe ich eine gewisse Gefahr auch von Seiten der EU, weil wir zu klein sind um Gegenmaßnahmen da zu setzen, dass sehr wohl auch eine europäische oder europaweite Steuerpolitik angedacht wird. Ich glaube, wir sollten uns schon rechtzeitig damit auseinandersetzen, weil sonst stehen wir in ein, zwei Jahren wieder da und beklagen wieder, wie hoch die Preise sind, dass man nichts machen kann.

Ich möchte nur ein Beispiel bringen, wie es darum gegangen ist um die hohen Benzinpreise, die hohen Rohstoffkosten. Ich glaube, da wäre auch die EU gefragt einmal sich zu positionieren mit Schulterschluss gegen die Weltmarktpreise. Weil eines kann nicht sein: Jahrelang hat man den Menschen eingeredet, sie sollen Dieselautos kaufen, ist zwar in der Anschaffung teurer, aber es amortisiert sich, weil der Diesel billig ist. Jetzt hat eine Mehrheit der Bevölkerung die Dieselautos und aus unerklärlichen Gründen ist jetzt der Diesel teurer als der Super. Also da stecken sehr wohl auch marktstrategische Überlegungen meiner Meinung nach dahinter. Und daher glaube ich, dass es wichtig ist, dass wir uns überlegen, wo finden wir etwas Gemeinsames.

Ich erlebe aber genauso von den Sozialdemokraten, dass es um eine Entlastung des Mittelstandes geht. Wir haben in weiten Bereichen für die unteren Einkommen, sofern es in der öffentlichen Hand ist, schon Maßnahmen gesetzt. Ich sage natürlich genauso hier, all die Maßnahmen die da sind, wenn wir die unteren Einkommen beklagen, muss man die auch an die Gewerkschaft, an die Sozialpartner zurückgeben. Was verhandeln sie so schlecht? Wir reden noch immer für Mindesteinkommen von oft nicht einmal 1.000 Euro. Also das ist alles ein sehr komplexes Thema und ich denke, wenn wir uns gemeinsam damit auseinandersetzen möglichst schnell, und ich komme schon zum Schluss Frau Präsidentin, dann sind auch unsere zuständigen Landesregierungsmitglieder, ob das jetzt der Herr Landeshauptmann-

Stellvertreter Hiesl ist als Familienpolitiker, oder Landesrat Sigl als Wirtschaftspolitiker, oder genauso jetzt auch die Frau Landesrätin Dr. Stöger als Referentin für Frauenfragen, wenn die alle ihre Kompetenz einbringen hoffe ich oder bin ich eigentlich sicher, dass wir in Oberösterreich zu einem guten Konzept kommen. Ich danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung zur Dringlichkeit? Frau Kollegin Mag. Jahn.

Abg. **Mag. Jahn:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Zuschauer, meine Damen und Herren! Es war heute schon mehrfach Thema. Aber die Teuerung ist das größte Problem, mit dem die Menschen in Österreich im letzten halben Jahr kämpfen. Und wenn die Güter des täglichen Bedarfs im vergangenen Jahr um 5 Prozent teurer wurden und wenn Nahrungsmittel im letzten Monat um fast 9 Prozent teurer wurden, dann dürfen wir nicht zuschauen von der politischen Bühne aus. Aber die ÖVP hat es mit ihrer ewigen Neinsagerpolitik auch hier geschafft, eine umfassende und rasche Steuersenkung, die die Menschen entlastet, die die Lohn- und Einkommensbezieher, die von der Teuerung massiv betroffen sind, sofort entlastet, zu verhindern.

Dabei könnten wir uns das leisten. 1,5 Milliarden Euro mehr wurden im vergangenen Jahr, durch in erster Linie höhere Lohnsteuern, mehr in die öffentlichen Kassen des Finanzministers gespült als geplant. Also eine schöne Summe, mit der man Sofortmaßnahmen hätte setzen können. Wir dürfen nicht zuschauen, wenn die Teuerung die Lohnerhöhungen und die Pensionserhöhungen auffrisst. Und was nicht über die Teuerung aufgefressen wird, wird dann über die kalte Progression aufgefressen. Und wir dürfen nicht zuschauen, wenn die Armut immer stärker wächst und wenn der vielgerühmte Mittelstand, von dem zwar alle reden, die ÖVP aber trotzdem sagt, nein die bekommen erst im Jahr 2010 eine Steuerentlastung, wenn der Mittelstand immer nur zahlt aber nichts mehr zurückbekommt.

Und wir dürfen auch nicht zuschauen und daher habe ich mir gedacht, als ich heute die Zeitung gelesen habe, wie eindeutig es doch ist, warum wir diesen Antrag hier heute haben. Wir dürfen auch nicht zuschauen, wenn die Konjunktur schon wieder zurückgeht, und zwar deshalb auch zurückgeht, weil der private Konsum so schwach ist. Und es ist ein Missverständnis, weil ich gerade vorhin mit dem Kollegen Bayer bei einer Schülergruppe gesessen bin, es ist ein Missverständnis zu glauben, in so einer Situation muss man besonders zuwarten und einsparen, denn zusätzliches Wachstum entsteht nur, das nennt man nämlich antizyklisch Kollege Bayer, leider nur durch Ausgeben. (Zwischenruf Abg. Bayer: "Wenn es schwieriger wird muss man besonders viel ausgeben?") Aber wenn die Menschen durch die Teuerung nichts ausgeben können oder nur weniger ausgeben können und sie auch nicht entlastet werden, dann hat das auch Auswirkungen auf die Konjunktur und das wiederum hat Auswirkungen auf die Steuern. Es werden dann nämlich wieder weniger Steuern hereinkommen.

Wir brauchen daher eine breite und rasche Entlastung und Sie wissen alle, leider, wir bedauern das als SPÖ sehr, dass der jetzige beschlossene Kompromiss natürlich nur einen Teil der Menschen vorzeitig entlastet. Das ist eine Million Kleinverdiener, aber es werden sehr viele Menschen nicht entlastet, zum Beispiel die Beamten, die keinen Arbeitslosenversicherungsbeitrag zahlen, zum Beispiel die Selbständigen, zum Beispiel die Sozialhilfebezieher oder die Arbeitslosenbezieher. Und natürlich ist auch die vorgezogene Pensionserhöhung zwar ein wichtiger Schritt, nur jetzt brauchen die Pensionisten eine Entlastung.

Und selbst dieser vorgezogene Steuerreformkompromiss war nur möglich, weil die SPÖ eigentlich einen Gewaltakt gesetzt hat und gesagt hat, die Steuerreform, die Steuerentlastung

muss schon im Jahr 2009 kommen. (Zwischenruf Landesrat Sigl: "Der Gewaltakt war aber ein anderer, gegen den Herrn Bundeskanzler Gusenbauer!") Nein die ÖVP hätte ja lieber Neuwahlen riskiert. Sie hat sie ja schon vorbereitet. Die ÖVP hat gesagt, lieber machen wir Neuwahlen. (Unverständliche Zwischenrufe) Darf ich ausreden? Bitte melde dich nachher zu Wort, das darfst du aber in diesem Fall nicht. Lieber hätte die ÖVP Neuwahlen riskiert, bevor sie den Menschen jetzt die Teuerung abgilt. Das muss man sich ja vorstellen. Übrigens was da an Zwischenrufen kommt, das Schönste an der ÖVP ist, dass sie hergeht und sagt, kommt überhaupt nicht in Frage und dann hinzeigt und sagt, die SPÖ hat sich nicht durchgesetzt. Aber ich glaube nicht, dass die Menschen das wirklich goutieren werden. (Beifall)

Und auf den Almosensager des Minister Bartenstein gehe ich gar nicht mehr ein, weil das leider zeitlich nicht möglich ist. Lassen Sie mich zusammenfassen. Ich ersuche die schwarz-grüne Koalition in Oberösterreich die Teuerung auf die oberste Prioritätenliste zu setzen und mit uns gemeinsam ein Konzept zu entwickeln, wie man hier und jetzt, auf Basis des jetzt beschlossenen Kompromisses, den zu ergänzen, dass auch die anderen Gruppen rasch entlastet werden. Und im Übrigen noch eines, und da glaube ich sollten wir auch noch einmal miteinander diskutieren, einer der Hauptgründe dafür, dass die Nahrungsmittelpreise im letzten halben Jahr so explodiert sind ist, weil die internationalen Spekulationsverträge auf Getreide - (Zwischenruf Landesrat Sigl: "Weil die ÖVP in der Regierung ist!") hör bitte zu, hör bitte gut zu und sage es deinem Finanzminister – die internationalen Spekulationsverträge auf Getreide haben sich verfünffacht, haben sich verfünffacht, und zwar deswegen, weil die internationalen Spekulanten in die US-Immobilien, sozusagen weil sie dort eingefahren sind und jetzt ihre Gelder in steigende Getreidepreise investieren. Und wir haben hier herinnen schon über Finanztransaktionssteuern gesprochen und es ist hoch an der Zeit, dass die österreichische Bundesregierung, allen voran der Finanzminister, innerhalb der EU Druck macht, dass auf diese internationalen Finanzspekulationen auch eine Transaktionssteuer eingehoben wird. Denn es bezahlt die Bevölkerung die steigenden Getreidepreise, die durch Spekulationen entstehen. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Wolfgang Stanek.

Abg. **Stanek:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Jahn, Ihr letzter Satz war: "Darüber müssen wir intensiv diskutieren." Das ist genau der Grund, das kann ich gleich vorweg sagen, warum wir der Dringlichkeit nicht zustimmen, weil wir wirklich der Meinung sind, dass wir darüber diskutieren müssen. Aber das war eh nicht nur der einzige Widerspruch in Ihren Ausführungen.

Wenn man sich den Initiativantrag liest, die Landesregierung soll daher ein Konzept erstellen, welches jene zu treffenden Maßnahmen darlegt, damit schon 2008, im Jahr der höchsten Inflation seit langem, eine Steuerentlastung erfolgt, welche allen von der Teuerungswelle besonders betroffenen Menschen zugute kommt. Dann muss man natürlich sagen, wenn man einen Blick darauf wirft, das klingt gut. Es ist allerdings in dem Zusammenhang Folgendes festzuhalten: Erstens einmal, es handelt sich eindeutig um Bundeskompetenz, zweitens einmal, die Bundesregierung hat im Koalitionsübereinkommen grundsätzlich einmal gesagt und sich dazu bekannt, dass 2010 eine umfassende und wirklich sehr genau recherchierte Steuerreform kommen soll. Dann hat es auf einmal gelautet von der SPÖ auf Bundesebene, die Steuerreform muss 2009 kommen. Heute entnehmen wir diesem Antrag, dass die Steuerreform, nachdem sich jetzt auf Bundesebene doch wieder eine Einigung ergeben hat, dass die Steuerreform jetzt sogar wieder 2008 kommen soll. Ja wenn ich zynisch wäre, dann müsste man ja sagen, ich bin wirklich gespannt ob der nächste Antrag in die Richtung geht, dass die Steuerreform rückwirkend durchzuführen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ! (Zwischenruf Abg. Mag. Jahn: unverständlich) Frau Kollegin Jahn! Sie fordern immer von anderen, dass Sie ausreden dürfen. Das was Sie für sich fordern, sollte einmal auch für andere gelten. Auch das ist ein wesentlicher Grundsatz. (Beifall)

Ein ganz wesentlicher Aspekt bei der SPÖ, den ich schon einmal herausarbeiten möchte, ist ganz offensichtlich Folgender: Dass die SPÖ zwischen den einzelnen Organisationen auf Bundes-, Landes- und Städteebene offensichtlich gewaltige Kommunikationsprobleme hat. Denn wenn ich mir heute die Anträge die da vorliegen, auch von der SPÖ, anschau, konkrete Maßnahmen gegen die hohen Preissteigerungen und dann hören wir im gleichen Atemzug von anderen Debattenrednern, dass gerade in der Stadt Linz exorbitante Erhöhungen im Bereich der Müllgebühren, im Bereich der Seniorenheime stattgefunden haben, dann verstehe ich die Welt nicht mehr. Weil dort in aller erster Linie, wenn Sie das, was Sie hier fordern, wirklich glaubwürdig vertreten würden, in den Städten sofort realisiert werden könnte. Es wird nicht gemacht. Daher spreche ich Ihnen diese Glaubwürdigkeit ab. (Beifall)

Zum Zweiten ist auch eines ganz klar festzustellen: Die Debattenredner der SPÖ tun so, also ob die SPÖ nicht in der Bundesregierung wäre, als ob die SPÖ nicht den Bundeskanzler stellen würde, als ob die SPÖ-Oberösterreich keine Nationalratsabgeordneten in Wien sitzen hätte. Ja ich frage mich, wo wird denn da noch miteinander geredet?

Und ich komme jetzt auch noch zur FPÖ. Ich verstehe euren Antrag ja grundsätzlich aus politischer Sicht durchaus. Ich darf aber eines in das Stammbuch der FPÖ schreiben: Immer wenn wir über Forderungen diskutieren ist es vorwiegend die FPÖ, die immer wieder sagt, es ist wichtig Expertenmeinungen einzuholen und auch Expertenmeinungen stärker in politischen Entscheidungen mitzubereitsichtigen. Wenn der WIFO-Chef Aiginger sagt, die Steuerreform müsse sehr gut vorbereitet sein, wenn der IHS-Chef Felderer sagt, das Gesamtkonzept ist wichtig, keine Hauruck-Aktionen, dann widerspricht es eigentlich auch dem Antrag auf Dringlichkeit. Ich habe schon gesagt, wir werden uns mit diesem Thema und wir sind gerne bereit uns mit diesem Thema wirklich intensiv auseinanderzusetzen, aber wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen, weil wir uns entsprechend damit auseinandersetzen wollen, zum Wohle der Menschen in Oberösterreich. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Letzter Redner zur Dringlichkeit ist Herr Klubobmann Hirz.

Abg. **Hirz:** Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im letzten Landtag hat die SPÖ eine Studie über die Auswirkung des Vorziehens der Steuerreform auf 2008 von der Landesregierung verlangt. Heute möchte die FPÖ gemeinsam mit der SPÖ von der Landesregierung ein Konzept, wie der vorliegende Entwurf der Bundesregierung für eine teilweise vorgezogene Steuerreform geändert werden müsste. Und jetzt wissen wir natürlich, dass erstens einmal, Helga, dass also die Landesregierung für diese Bundessteuerreform nicht verantwortlich ist, weil die Steuerhoheit in allen entscheidenden Bereichen beim Bund liegt und auch die Verantwortung und das möchte ich jetzt auch dazusagen, die Verantwortung bei der Bundesregierung liegt.

Und Zweitens, weil ich glaube dass es sinnvoller ist, anstatt den Streit über die Steuerreform auf die Landesebene zu bringen, die entsprechenden Anträge dort zu stellen, wo sie hingehören, nämlich in das Parlament. Und wir Grüne haben fortlaufend dort auch entsprechende Anträge gestellt und es ist ja auch den oberösterreichischen Nationalratsabgeordneten und auch der SPÖ möglich die entsprechenden Anträge zu unterstützen bzw. selbst einzubrin-



gen. (Unverständliche Zwischenrufe) Aber jetzt können wir uns ja anschauen, ob die das entsprechend machen.

Und wenn wir jetzt darüber diskutieren, dass es schlichtweg die falsche Stelle ist, wo dieser Antrag gestellt worden ist, lassen wir das beiseite, ignorieren wir es. Aber ich schätze die Wahrscheinlichkeit, dass die Landesregierung ein entsprechendes Konzept machen wird können, nicht wirklich sehr hoch ein, wenn ich mir die unterschiedlichen Positionen anschauere der ÖVP und der SPÖ. Und ich persönlich bin eigentlich froh, dass dieser peinliche Streit über das Vorziehen der Steuerreform auf Bundesebene zumindest vorübergehend beendet ist. Auch wenn die vom Kanzler angekündigten großen Versprechen, auch wenn nicht wirklich viel übrig geblieben ist, aber zumindest gibt es einige Maßnahmen, die ich für positiv halte, zum Beispiel dass die Arbeitslosenversicherungsbeiträge abgesenkt worden sind. Aber es fehlt mit Sicherheit die Entlastung der mittleren Einkommen, es fehlt die Abschaffung der kalten Progression, besonders für die unteren und mittleren Einkommen. Wir haben ein Fehlen der Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Es ist mit völlig unverständlich, wie man die steuerlichen Privilegien für die Privatstiftungen beibehalten kann und es fehlt völlig die ökosoziale Steuerreform. Also alles in allem möchte ich sagen, eigentlich ein sehr mageres Ergebnis der Bundeskoalition das vorliegt.

Und ich bin überzeugt, das habe ich auch das letzte Mal schon gesagt, dass wir eine aufkommensneutrale Steuerreform brauchen. Das heißt, wenn ich Steuerentlastung vornehme, muss ich mir auch überlegen, wo auf anderer Seite wieder Geld hereinkommt. Und ich möchte nicht haben, dass man so fadenscheinige Steuergeschenke macht, wo also ein Bumerangeffekt entsteht, dass jene, die entlastet werden, dann am Schluss jene sind, die wieder am meisten getroffen werden, weil ja das Geld dann abgeht. Insofern und das habe ich das letzte Mal auch schon gesagt, wenn der Staat weniger Geld einnimmt, dann kann er auch weniger Geld umverteilen. Und wenn ich von einer Steuersenkung spreche, dann muss ich im Endeffekt auch wissen, dass mir Geld fehlt zum Investieren. Und wenn ich und das frage ich jetzt wirklich, wenn ich also eine Mindestsicherung einführen will, wenn ich die Klassenschülerzahlen senken möchte, wozu ich mich bekenne, wenn ich ordentlich die Kinderbetreuungsplätze aufbauen will, wozu ich mich bekenne, wenn wir eine 24 Stundenpflege einführen wollen, wenn wir eine ordentliche Pensionserhöhung haben wollen, wenn wir in die Forschung investieren wollen, dann werden wir Geld als Staat brauchen. Und dann müssen wir nicht die Diskussion führen, wo können wir denn sozusagen weniger Geld einnehmen, sondern wir brauchen eine Umstellung des Steuersystems, wir brauchen eine Entlastung des Faktors Arbeit. Das heißt also, die Lohnnebenkosten gehören gesenkt und gleichzeitig müssen wir den Ressourcenverbrauch stärker besteuern. Das heißt sehr massiv besteuern die Energiequellen, die hauptsächlich aus fossilen Energien bestehen, genauso wie eine stärkere Besteuerung des Vermögens.

Und ich glaube, dass wir in dem Bereich auch Bündnispartner, zum Beispiel das WIFO oder die OECD haben, die sagen in Österreich ist die Arbeit zu hoch und Umwelt und Vermögen sind zu wenig besteuert und das gehört korrigiert. Und diese Korrektur heißt ökosoziale Steuerreform. Das hilft dem Wirtschaftsstandort, das hilft dem Klimaschutz, das sichert Arbeitsplätze und wir Grüne werden auf Bundesebene nicht müde werden entsprechende Umsetzungsanträge zu stellen in Richtung einer ökologischen, sozial gerechten und wirtschaftsverträglichen Steuerstrukturreform. Es steht dann jedem frei sich dann entsprechend auch daran zu beteiligen, auch den oberösterreichischen Abgeordneten der anderen Fraktionen. Und auch ich bin dafür, dass wir diesen Antrag entsprechend im Ausschuss behandeln. Danke. (Beifall)

**Zweite Präsidentin:** Danke. Es gibt keine weitere Wortmeldung mehr. Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen des Landtages, die der Dringlichkeit zur Beilage 1465/2008 zustimmen, dies mit einem Zeichen mit der Hand zu tun. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden und weise die Beilage 1465/2008 dem Ausschuss für Finanzen zur Vorberatung zu. Ich darf Ihnen mitteilen, dass seit der letzten Sitzung wieder schriftliche Anfragen eingelangt sind. Die Fragesteller, Gegenstände dieser Anfragen und Adressen der Anfragen können den Abschriften der schriftlichen Anfragen entnommen werden. Sie liegen Ihnen gemeinsam mit zwischenzeitig eingelangten Anfragebeantwortungen in einer Sammelmappe auf Ihren Plätzen auf.

Weiters teile ich Ihnen mit, dass der Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss in seiner Sitzung am 13. März dieses Jahres einstimmig beschlossen hat, die Zustimmung zu den von den Mitgliedern des Oberösterreichischen Landtags Klubobmann Mag. Michael Strugl und Gunther Trübswasser angezeigten leitenden Stellungen zu erteilen.

Wir kommen nun zur Tagesordnung und somit zu den Ersatzwahlen in den Bundesrat. Ich teile mit, dass mir vom Bundesrat Diplompädagogen Franz Preiner folgendes Schreiben zugegangen ist: "Ich erlaube mir mitzuteilen, dass ich mit Ablauf des 31. März 2008 auf mein Mandat im Bundesrat verzichte. Mit freundlichen Grüßen! Franz Preiner". Zu dieser Verzichtserklärung stelle ich fest, dass sie mit 1. April 2008 wirksam geworden ist. Aufgrund dieses Verzichtes ist das bisherige Ersatzmitglied Herr Efgani Dönmez als neues Mitglied in den Bundesrat nachgerückt, sodass ein neues Ersatzmitglied an neunter Stelle zu wählen ist. Die Obmännerkonferenz hat für diese Wahl einen einstimmigen Wahlvorschlag erstattet. Dieser Wahlvorschlag lautet auf Diplompädagogen Franz Preiner. Die Wahl erfolgt gemäß den Bestimmungen der Landtagsgeschäftsordnung durch Zustimmungserklärung. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen des Landtages, welche dem verlesenen Wahlvorschlag ihre Zustimmung erteilen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist und ich stelle somit fest, dass damit Diplompädagoge Franz Preiner als Ersatzmitglied des an neunter Stelle in den Bundesrat entsandten Mitglieds Efgani Dönmez gewählt ist.

Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen und somit zur Beilage 1457/2008, das ist der "Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Umsetzung der CO<sub>2</sub>-Reduktionspläne der EU-Kommission ohne Standortgefährdung". Ich bitte Herrn Kollegen Alfred Frauscher darüber zu berichten.

**Abg. Frauscher:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich berichte zum "Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Umsetzung der CO<sub>2</sub>-Reduktionspläne der EU-Kommission ohne Standortgefährdung".

Der Oö. Landtag möge beschließen eine Resolution. Die Oö. Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung aufzufordern, beim EU-Ministerrat dafür einzutreten, dass hohe Umweltstandards sich für oberösterreichische Unternehmen auszahlen und für Zukunftsinvestitionen weiterhin Planungssicherheit gegeben ist, wofür eine eheste Entscheidung über die CO<sub>2</sub>-Richtlinie erforderlich ist.

**Zweite Präsidentin:** Danke! Ich eröffne die Wechselrede und darf als ersten Redner Herrn Kollegen Frauscher das Wort erteilen.

Abg. **Frauscher:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Wichtigkeit für die Umwelt dieser CO<sub>2</sub>-Entscheidung ist glaube ich außer Streit. Diese Maßnahmen sind unmittelbar kann man sagen lebensnotwendig, es gibt zwar unterschiedliche Expertenmeinungen über die Schnelligkeit dieses Klimawandels und in welcher Größe er eintreten wird, aber der Ernst der Lage ist eigentlich in allen Prognosen gegeben. Was wir jetzt nicht brauchen ist eine Diskussion oder einen Streit zwischen Wirtschaft und Umwelt, das ist nicht notwendig. Ich bin sicherlich der Meinung, dass Standortsicherung und Klimaschutz zwei vereinbare Ziele sind. Uns geht es um beides, es geht uns um den Umweltschutz, selbstverständlich, aber mit fairen Bedingungen. Es geht uns aber auch sehr, sehr intensiv um den Standort Oberösterreich, weil dieser Standort zu schützen ist. (Die Dritte Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben drei wichtige Bereiche für unsere Wirtschaft uns als Ziele gesetzt, zum einen einmal Forschung und Entwicklung, zum anderen die Bildung und eben als drittes auch dieses Standortqualität. Wir haben als Oberösterreich hervorragende Wirtschaftsdaten, wir wissen das, die Arbeitslosigkeit, die Exportquote, das Wirtschaftswachstum und diese Daten müssen wir schauen, dass wir auch sichern. Und wer sichert diese Daten, natürlich die Betriebe in erster Linie. Wir müssen deshalb diesen Betrieben vernünftige Rahmenbedingungen bieten und auch Fairness gegenüber der Konkurrenz einfordern. Es soll ja oder es wäre nötig ein Benchmarkingsystem einzuführen, der Kollege Gottfried Hirz hat es ja heute schon gesagt, dass man die belohnt, die etwas machen, die Umweltstandards einführen und dass man die bestraft, die sozusagen die Umweltsünder sind. Wir müssen verhindern, dass also unsere Betriebe auslagern, dass Arbeitsplätze sozusagen exportiert werden durch ein CO<sub>2</sub>-Paket, das nicht fair ist. Es wäre auch kontraproduktiv, ich habe es bei der Dringlichkeit schon erwähnt, wenn man diese Produktionen in andere Länder auslagert, wo geringere Standards gelten, dann wird das erstens dort mehr Emissionen geben und natürlich wäre auch zusätzlich noch der Transport aus diesem Bereich ein weiterer Emissionsträger, was sich wieder negativ auswirken wird. Auf der anderen Seite ist eine solche Benchmarkregelung wahrscheinlich oder sicherlich auch ein Ansporn für Betriebe sich in dem Maße im Umweltschutz zu engagieren, weil wenn man sagt, dass man ohnehin gleich behandelt wird, wie jeder andere, dann wird man nicht sehr viel Motivation haben, sich zu bemühen.

Und zum Zeitpunkt 2011 ist es sicherlich zu spät, der Kollege Sulzbacher hat es auch gesagt, gerade bei der voest stehen wichtige Entscheidungen an. Er hat gesagt, bis Mitte 2009 spätestens sollte das gemacht sein und es wäre auch zu machen. Es ist nicht notwendig, so lange zu warten. Es liegen Entwürfe und Vorschläge bereit, die man nur mehr umsetzen bräuchte und diese Entscheidungen muss man halt treffen. Die Industrie, die Betriebe haben große Entscheidungen zu treffen, Investitionen vor sich und sie brauchen Planbarkeit und brauchen klare Rahmenbedingungen für diese Entscheidungen. Daher der Appell möglichst schnell zu entscheiden, spätestens eben 2009 und diese Planbarkeit ist auch wichtig zum Beispiel für ausländische Investoren, die den Standort Oberösterreich in Zukunft als ihren Standort nehmen wollen. Wir müssen und wollen deswegen erstens die Umwelt schützen, der Klimaschutz ist ein globales Ziel, eine globale Herausforderung, das ist unsere wichtigste Aufgabe. Wir müssen aber zweitens natürlich unsere Arbeitsplätze absichern, das passiert dadurch, dass wir unsere Unternehmen schützen, dass wir die Unternehmen nicht zwingen, auszulagern, sondern ihnen gute Bedingungen bieten, dann können sie hier bleiben und Arbeitsplätze bei uns sichern. Wir müssen den Standort sichern und unsere Wettbewerbsfähigkeit erhalten als Land Oberösterreich und wir brauchen deshalb faire Bedingungen für unsere Unternehmen und diese brauchen eine Planbarkeit und eine Sicherheit für ihre Entscheidungen. Wir müssen hier eine absolut harte Haltung einnehmen und wenn notwendig,

muss auch der Minister Pröll hier im Umweltministerrat ein Veto einlegen. Ich würde sagen, er hat auch Verständnis für diese Situation signalisiert. Ein Veto wäre sicherlich der letzte Schritt und ist auch nicht sehr populär, aber durch die existenzielle Bedeutung für die Zukunft unseres Landes, wäre auch dieser Schritt gerechtfertigt. Danke! (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Anschöber.

Landesrat **Anschöber:** Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mittlerweile ist glaube ich, zumindest seit den Berichten des ITSS des Weltklimarates aus dem vergangenen Jahr jedem und jeder klar, dass die Frage Klimaschutz die Existenzfrage für die nächsten Generationen in vielen Bereichen dieser Erde sein wird und ist und dass wir sie ernst zu nehmen haben, ob wir wollen oder nicht und deswegen ist es auch völlig richtig, dass die Europäische Union ein sehr ambitioniertes Ziel definiert hat, nämlich das Ziel unbedingt zu vermeiden, dass die Klimaveränderung ein unkontrollierbares Ausmaß annehmen wird.

Das kann dann vermieden werden, nach Meinung der Wissenschaft, nach Meinung der großen Mehrheit der Wissenschaft, wenn die Temperaturerhöhung nicht über zwei Grad Celsius im globalen Durchschnitt, wir sind derzeit bei 0,8 Grad zirka, ausmachen wird und das kann nur dann unterbunden werden, eine Erhöhung über zwei Grad Celsius, wenn bis zur Mitte unseres Jahrhunderts, die CO<sub>2</sub>-Emissionen global halbiert werden. Das ist eine enorme Latte, das ist das erklärte Klimaschutzziel der Europäischen Union. Das heißt, das was beim Frühlingsgipfel des vergangenen Jahres mit den berühmten 20 plus 20 plus 20 bis zum Jahr 2020 formuliert wurde, ist ein erster wichtiger und richtiger Schritt. Im Jänner des heurigen Jahres hat die Kommission einen Entwurf vorgelegt wie die Umsetzung aussehen soll. Aus meiner Sicht, aus unserer Sicht ist das in vielen Bereichen ein sehr korrekter erster Schritt, allerdings wir haben ein großes Problem im Bereich der Industrie und hier ist das Umsetzungsprogramm ein äußerst lückenhaftes, teilweise widersprüchliches, unklares und auf die lange Bank geschobenes und mein Vorredner hat es bereits gesagt, Industrie, Großindustrie, die investieren muss, die kurzfristige Entscheidungen treffen muss, die Investitionsentscheidungen über enorme Summen treffen muss, braucht Planbarkeit und Berechenbarkeit. Deswegen ist es unmöglich, dass man mit der klaren Festlegung der Umsetzungsmaßnahmen bis zum Jahr 2011 zuwartet. Das kann nicht realistisch sein und das darf so nicht realisierbar sein. Zumindest im Jahr 2009 muss es diese definitive Entscheidung geben. Ich bin deswegen sehr, sehr froh, dass wir in Oberösterreich mit einer Stimme sprechen, dass wir eine gemeinsame Stoßrichtung haben, dass wir gemeinsam diese Stoßrichtung tragen, denn bei derartigen Fragen, überregionalen Fragen, hat man nur dann eine Chance einen Einfluss auszuüben, wenn man wirklich gemeinsam und nicht gespalten auftritt.

Das ist der erste Punkt, der zweite Punkt ist zur Information für Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben als Umweltressort gemeinsam mit dem Klimaschutzbeauftragten Andreas Drack seit rund eineinhalb Jahren einen sehr guten Dialog mit der voest in der Frage, wie kann denn eine Umsetzung der Klimaschutzziele für eine derartige energieintensive Industrie wie etwas die voest ohne Standortgefährdung realisierbar sein und wir sind auf dieses mittlerweile schon in Europa bekannte Benchmarksystem gekommen gemeinsam, das wird auch gemeinsam getragen, denn es macht ja Sinn zu definieren, gerade in Bereichen, wo die physikalische Möglichkeit einer Absenkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen eine reduzierte ist. Wir wissen, das ist im Stahlbereich so schwierig wie sonst nirgendwo, in diesen Bereichen eine technische Latte zu definieren, eine Latte der technischen Machbarkeit und jeder der darunter ist und das sind wir in Linz. Wir können stolz darauf sein, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Tonne Stahl massiv reduziert wurden, im Rahmen dessen, was technisch machbar ist

bei der Stahlindustrie, dass diese belohnt werden beim zukünftigen System und die anderen, ich sag es einmal härter motiviert werden, um auch diesen technischen Standard zu erreichen.

Das ist Punkt eins, zweitens muss aus meiner Sicht ganz zentral dazukommen, dass die Klimaschutzverhandlungen, die jetzt auf globaler Ebene geführt werden, als nächstes in Polen und dann 2009 die Schlussverhandlungsrunde so hoffe ich in Kopenhagen, dass es hier zu einem Weltklimavertrag kommen muss als Nachfolgeregelung für Kyoto, der ganz klar festlegt, dass die großen emitenten Länder in diesem Vertrag beinhaltet sind, das heißt, dass die Ziele für alle gelten, sowohl für die Australier, die lange aus Kyoto sich rausgehalten haben, die jetzt eingetreten sind, nach dem Regierungswechsel, als auch für die USA, wo im Übrigen alle drei noch im Rennen befindlichen Präsidentschaftskandidaten klar und eindeutig sich jetzt schon verpflichtet dazu, dass sie Kyoto beitreten wollen, wenn sie Präsident werden, als auch ganz, ganz wichtig und dort wird es am schwierigsten, die Schwellenländer, vor allem Indien und China. Das wird ein entscheidender Punkt, wenn das nicht gelingt, wird es Schutzzollregelungen geben müssen zum Schutz der europäischen energieintensiven Industrie. Das gehört in ein realistisches Umsetzungspaket für Klimaschutz, der vereinbar ist mit Standortsicherung in ein gemeinsames Paket.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte Sie aber noch über zwei Bereiche informieren, die aus meiner Sicht ein Problem darstellen und dem wir uns stellen müssen, denn indirekt trifft es auch unsere Arbeitsplätze und unsere Industrie, nämlich das wie der Umsetzung dieses Klimaschutzpaketes der Europäischen Union im Bereich Zertifikatsversteigerung. Geplant ist, dass ab dem Jahr 2012 schrittweise auch im Bereich der Industrie immer stärkere Bereiche der CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate versteigert werden. Das Problem ist nur, dass mit dieser Versteigerung, so wie sie jetzt geplant ist, nicht garantiert werden kann, dass es da zu einer vernünftigen Preisentwicklung kommt. Das heißt, die derzeitigen Schätzungen gehen pro Tonne Emissionszertifikate von einem Kostenvolumen zwischen 25 Euro und 80 Euro aus. Und das muss man sich vorstellen, was das etwa für eine voest bedeuten würde, dieser Unterschied bedeuten würde und dieser Unterschied wird ganz im Wesentlichen dadurch bestimmt, dass Spekulationen nicht ausgeschlossen werden beim derzeitigen System.

Wie soll das funktionieren? Derzeit ist geplant, dass bei diesen Emissionszertifikaten jeder mitsteigern kann. Das heißt, ein spekulativ tätiger Hedge-Fonds aus den USA kann sich große Anteile zum Beispiel an Emissionszertifikaten erwerben und damit ähnlich wie es jetzt beim Ölpreis der Fall ist, die Preissituation massiv noch künstlich nach oben treiben und das kann nicht im Sinne des Erfinders sein, das heißt, aus meiner Sicht müssen wir an die Bundesregierung, müssen wir an die Kommission herantreten, hier Spekulationsentwicklungen tunlichst auszuschließen. Das ist machbar, indem die Versteigerung reduziert wird auf jene, die betroffen sind, das heißt, jene die dann Emissionszertifikate zu erwerben haben, müssen auch der Kreis sein, der an der Versteigerung insgesamt teilnehmen darf und damit könnte ausgeschlossen werden, dass direkte Spekulationstätigkeiten realisierbar werden.

Und der letzte Bereich, der aus meiner Sicht ganz, ganz wichtig ist. Wir stehen da in vielen Bereichen vor einer dritten industriellen Revolution, im Bereich Energieerzeugung und Energieverwendung. Das bedeutet, dass wir tunlichst rasch investieren müssen in diese Technologieweiterentwicklung, die vor uns steht und in der wir teilweise mitten drinnen sind. Wie kann das passieren? Aus diesen Erlösen der Versteigerungen werden den EU-Mitgliedsstaaten beträchtliche Mittel zufließen. Hundert Prozent der Einnahmen gehen an die EU-Mitgliedsstaaten. Für Österreich wird das bedeuten, ein jährlicher Betrag von ein bis drei

Milliarden Euro. Ganz entscheidend wird aus meiner Sicht sein, dass das keine Mittel sein dürfen, die wieder irgendwo im Budget verschwinden, sondern diese Mittel müssen zweckgebunden sein, damit wir diesen Technologieumstellungsschub auch tatsächlich möglichst rasch und verkraftbar realisieren können, das heißt, vor allem in Technologieentwicklung, in Forschung und Entwicklung müssen aus meiner Sicht diese Mittel zweckgebunden werden, dann wird das auch wirtschaftlich verkraftbar sein, wirtschaftlich machbar sein, ja eine wirtschaftliche Chance sein. Ich möchte mich bei Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren bedanken, die einstimmige Annahme ist angekündigt. Wir senden damit ein klares gemeinsames Signal in einer für Oberösterreich im doppelten Sinn existenziellen Frage. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Danke! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich möchte damit beginnen, dass ich mich dafür bedanke, dass dieser Antrag der Volkspartei die Zustimmung aller Fraktionen in diesem Haus findet, denn dieser Antrag und diese einheitliche Verabschiedung des Antrages ist mehr als nur ein beschäftigen mit dem Thema voest, ist ein Signal, das wir hinaus geben, wie wir zum Wirtschaftsstandort Oberösterreich, zum Industriestandort Oberösterreich und zu seiner Zukunft stehen, meine sehr geehrte Damen und Herren. Oberösterreich ist heute das Wirtschafts- und Industrieland der Republik Nummer eins, 26 Prozent der industriellen Produktion findet in Oberösterreich statt, verbunden damit 170.000 Arbeitsplätze in diesem Land.

Oberösterreich ist heute aufgrund dieser hohen Industrialisierung das Exportland Nummer eins, 27,1 Prozent aller österreichischen Exporte gehen von Oberösterreich hinaus und mit dieser Beschlussfassung möchten wir nach außen bekunden, wir wollen dieser exzellente erstrangige Wirtschaftsstandort auch in Zukunft bleiben. (Beifall) Wir werden uns das nicht und von niemanden nehmen lassen. Denn, meine Damen und Herren, die oberösterreichische Industrie ist sauber geworden, das muss man sagen. Ich bin in diesem Haus schon vertreten gewesen, leider Gottes spricht für mein Alter, wie wir noch um das erste Linzer Luftpaket gerungen haben, wo es noch geheißen hat, wir brauchen ein Linzer Luftpaket, damit wir ganz langsam und sukzessive wegkommen von den rauchenden Schloten. Ich sage Ihnen heute, die Zeit der rauchenden Schlote, die Zeit wo Linz Umweltschandestadt war, als die sie immer wieder auch bezeichnet wurde in der Öffentlichkeit. Smog und Smogalarm, jeden Tag Umwetalarm, diese Zeiten sind vorbei. Und wir haben der Industrie Gewaltiges abverlangt, das muss einmal gesagt werden. Wir haben der Industrie im Luftbereich und aber auch im Abwasserbereich Gewaltiges abverlangt, in sehr kurzen Zeiträumen, daher gehört dieser Industrie auch einmal die Hochachtung und die Wertschätzung für ihre Leistungen ausgesprochen, und den in den Betrieben arbeitenden Menschen natürlich an vorderster Stelle. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Nirgends auf der Welt, ich traue mir das zu sagen, nirgends auf der Welt wird Stahl umweltfreundlicher erzeugt als am Standort Linz. Und alle Experten sind sich einig, es gibt Standorte, die jetzt in Diskussion stehen, wo man hingehen könnte, wo man betriebswirtschaftlich sehr günstig Stahl erzeugen könnte, nur dort sind vom sechs- bis achtfachen mehr Umwelt beeinträchtigende, oder mehr Schadstoffe zu erwarten als wie am Standort Linz. Es ist ja geradezu hanebüchen zu meinen, wir halten Europa sauber, und was außerhalb von Europa mit dem Klima passiert, ist uns ohnedies egal, denn wir sind nur für Europa verantwortlich. Meine Damen und Herren, das Klima kennt weder europäische noch nationale Grenzen, es gibt nur eine Gesamtbetrachtung, und daher kann Stahl nirgendwo besser erzeugt werden als an unserem Standort, weil es hier mit den wenigsten Umweltbe-

eintrüchtigungen einhergeht. Überall auf der Welt sind die Umweltbeeinträchtigungen größer. Und außerdem, meine sehr geehrten Damen und Herren, derzeit läuft in Linz in der voest das größte Investitionsprogramm. Seit 2001 hat der Konzern 2,5 Milliarden Euro investiert, und 2.000 zusätzliche Arbeitsplätze neu geschaffen. Und das bei ständig abnehmender Umweltbeeinträchtigung. So hat die voestalpine die CO<sub>2</sub>-Emissionen seit 1990 um 20 Prozent pro Tonne Rohstahl verringern können. Das sind ja, meine Damen und Herren, das sind ja Megaleistungen, die hier dieses Unternehmen durchgeführt hat, und es ist daher vollkommen unverständlich zu sagen, diejenigen, die jetzt schon viel getan haben, von denen verlangen wir noch mehr und noch einmal mehr. Und diejenigen, die bis jetzt nichts getan haben, von denen können wir halt relativ wenig verlangen. Die Formel ist schon einleuchtend, dass ich sage, wer ein höheres Bruttoinlandsprodukt hat, der kann leichter einen Beitrag leisten, aber wenn diejenigen, die ein hohes Bruttoinlandsprodukt haben, schon ordentliche ökologische Zahlen haben, dann wird man sie nicht weiter in der Form belasten können, wie es die derzeitige Regelung der europäischen Gemeinschaft vorsieht.

Meine Damen und Herren! Wir haben die voest ordentlich in die ökologische Pflicht genommen. Ich erinnere an den Umweltverträglichkeitsbescheid vom 23. Februar 2004, wo es kritisch war, wo es kritisch war, und wo nicht klar war, dass der akzeptiert wird. Der ist akzeptiert worden, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und das Management haben daher meine besondere Wertschätzung. Aber wir müssen auch wissen, wo die Grenzen der Wettbewerbsfähigkeit gelegen sind. Man kann einem Starken viel zumuten, man kann aber auch die Zumutungen überschreiten, dass es eine echte Zumutung wird. Das wollen wir bei diesem Betrieb in keiner Weise. Ich vergleiche das immer mit Läufern. Wenn jemand die ersten zehn Meter geschenkt kriegt, dann kann er leichter über die Zielmarke laufen als der, der wirklich beim Start antreten muss. Wir haben ohnedies eine ähnliche Situation. Ich fordere daher Fairness für jene, die schon jetzt die höchsten Umweltstandards haben, dazu gehört der Stahlbereich, dazu gehört die voestalpine. Besonders umweltfreundliche Stahlhersteller sollen Freizertifikate erhalten, während jene, die hohe Emissionen aufweisen, entsprechend stärker durch eine zukünftige Lösung belastet werden sollen.

Und das Zweite, es haben alle meine Vorredner schon gesagt, es ist undenkbar, dass erst 2011 die Entscheidung über die CO<sub>2</sub>-Richtlinie auf Brüsseler Ebene fällt. Unsere Unternehmen und die voest im Besonderen brauchen Planungssicherheit. Ich kann nicht planen für die nächsten fünf Jahre, wenn ich nicht weiß, was in drei Jahren mir das Schicksal beschert. Daher müssen diese Entscheidungen deutlich früher getroffen werden. Wir vom Land Oberösterreich werden das, was in unserer Macht liegt, hundertprozentig tun. Ich habe eine Initiative vor, auf europäischer Ebene ins Leben zu rufen eine Allianz der starken Industrieräume, weil eines gezeigt hat, schon eines sich gezeigt hat, schon bei der Frage der Förderung der Grenzregionen, als Einzelner bist du in Brüssel niemand. Wenn sich aber die Regionen zusammenschließen, und gemeinsam ein Anliegen vertreten, wenn die Industrieregionen zusammentreten zu einer starken Allianz, Bayern macht schon mit, mit denen ist das schon besprochen, dann haben wir auch in Brüssel mehr Gewicht. Ich habe mir auch erlaubt in den letzten Tagen, den Herrn Präsident Barroso nach Oberösterreich einzuladen, ihn in die voest einzuladen, in Absprache mit Generaldirektor Dr. Wolfgang Eder, damit er sich ein Bild machen kann, wie in Oberösterreich Industriebetriebe ausschauen. Ich glaube, dass dieser Blick Europa gut tut, und dass man dann auch vielleicht realitätsbezogene Lösungen auf den Tisch legen wird. Die voest und die voestler werden sich auf uns verlassen können. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Ich sehe keine weitere Wortmeldung. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 1457/2008 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abge-

ordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 1458/2008, das ist der Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend einen Qualifizierungsbonus für Teilnehmerinnen an Ausbildungen im Rahmen von Stiftungsmodellen. Ich bitte Frau Abgeordnete Gabriele Lackner-Strauss über die Beilage 1458/2008 zu berichten.

Abg. **Lackner-Strauss:** Beilage 1458/2008, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend einen Qualifizierungsbonus für Teilnehmerinnen an Ausbildungen im Rahmen von Stiftungsmodellen. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1458/2008.)

**Dritte Präsidentin:** Ich eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Lackner-Strauss.

Abg. **Lackner-Strauss:** Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf mich noch einmal kurz zu dem Punkt melden. Helga Moser, wir brauchen die Frauen doch in der Wirtschaft. Unser Herr Landeshauptmann hat zuerst gesagt, wir sind ein Wirtschafts- und Industrieland, und ich glaube, dass das genau mit diesem Qualifizierungsbonus eine große Chance ist für die Frauen, weil es geht in erster Linie um die Frauen, und in zweiter Linie geht es aber auch um unsere Fachkräfte. (Zwischenruf Abg. Moser: "Darum habe ich gesagt, ich glaube, du hast es nicht so gemeint, wie es bei mir angekommen ist!") Genau, danke, Helga.

Es geht auch um die Verringerung der Einkommensschere zwischen Männern und Frauen, wenn die Qualifizierung der Frauen höher ist, aber auch um die Verringerung der Frauenarbeitslosigkeit, und gerade die Wirtschaft tut sehr viel dafür, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat sie sich auch auf die Fahnen geheftet. Wir haben 2007 1.500 Personen eine Ausbildung in den Implacement-Stiftungen ermöglicht, aber da war eben die durchschnittliche Dauer nur 6 Monate. Gerade technische Betriebe haben diese spezifischen Anforderungen der Ausbildung, und die dauert länger. Durch eine längerfristige Fachausbildung haben Frauen in Qualifizierungsmaßnahmen einen Mindestlohn von 500 bis 700 Euro. Das ist ungefähr der Nettolohn im dritten Lehrjahr. Das ist einfach viel zu wenig, und aus dieser finanziellen Notlage sind dann diese zusätzlichen Qualifizierungsausbildungen abgebrochen worden. Durch den Bildungsbonus würden die Frauen auch bei der längerfristigen Ausbildung wirklich unterstützt werden, und es wird da so um die circa 90 Euro zusätzlich im Monat gehen. 2007 haben circa 300 Frauen diese technische Ausbildung in den Betrieben absolviert. Und es könnten bereits 2008 an die 450 Frauen sein. Ich bitte Sie daher ganz dringend, diesen Antrag zu unterstützen. Danke. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet, ich schließe daher die Wechselrede. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 1458/2008 zustimmen ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass die Beilage 1458/2008 einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zu den Beilagen 1459/2008 und 1460/2008. Das sind die Initiativanträge der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Resolution für die Wiederbelebung der Initiativen der Bundesregierung gegen das AKW Temelin und



betreffend Einberufung eines Gipfelgespräches mit der Bundesregierung. Ich bitte die Frau Abgeordnete Ulrike Schwarz über die Beilagen 1459/2008 und 1460/2008 zu berichten.

**Abg. Schwarz:** Beilage 1459/2008, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Resolution für die Wiederbelebung der Initiativen der Bundesregierung gegen das AKW Temelin. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1459/2008.)

Beilage 1460/2008, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Einberufung eines Gipfelgespräches mit der Bundesregierung. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1460/2008.)

**Dritte Präsidentin:** Danke. Aufgrund des sachlichen Zusammenhangs werden die Beilagen 1459/2008 und 1460/2008, wird eine gemeinsame Wechselrede geführt, die Abstimmung erfolgt wieder getrennt. Ich eröffne die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ecker.

**Abg. Ecker:** Geschätzte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Temelin ist ein Sicherheitsrisiko. Wir sind es der Bevölkerung schuldig, dass die Sicherheit dort verbessert wird, dass natürlich auch diese Region eine gewisse Sicherheit verspürt und es hier Verbesserungen gibt. Das Melker Abkommen ist aus unserer Sicht umzusetzen, und auch völkerrechtlich verbindlich, denn die Sicherheitsprobleme gibt es ja wöchentlich, ja manchmal nur monatlich, wie wir in den einzelnen Medien hören. Gespräche auf Bundesebene mit Tschechien sind deshalb besonders notwendig, dass hier unsere Befürchtungen dargelegt werden, und auch dementsprechend berücksichtigt werden. Parteiübergreifender Konsens ist notwendig, dass wir unser Gewicht hier auch einsetzen und auch unsere Interessen dementsprechend gegenüber Tschechien vertreten können. Ein Wahlversprechen ist zuwenig, um hier etwas zu verändern, sondern wir brauchen Verbindlichkeit und Klarheit über die Sicherheitsmaßnahmen, die nachgerüstet werden müssen. Grundlagen, beiderseitiges Verständnis sind auch Voraussetzung, dass wir hier auch was bewegen und was verändern. Gute Verhandlungsvoraussetzungen, glaube ich, sind einmal der Grundstein, dass wir in nächster Zeit hier auch auf der anderen Seite Verständnis erwecken. Die Türen dürfen nicht zugeschlagen werden, sondern sie müssen geöffnet und mit Verhandlungen auch weiterhin geöffnet bleiben. Unsere Befürchtungen aus Mühlviertler Sicht, glaube ich, müssen auch in Zukunft mehr berücksichtigt werden, und auch in dem Zusammenhang darauf gedrungen werden, dass wir auch hier in Temelin den möglichst höchsten Standard in Zukunft gewährleistet bekommen, und dass wir auch hier diese Sicherheit unserer Bevölkerung übermitteln können. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Anschober.

Landesrat **Anschober:** Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Frau Kollegin Schwarz hat es schon kurz angezogen, das habe ich nicht nur gesagt, damit du aufpasst, hat schon kurz angezogen in ihrer Begründung, nämlich, dass am vergangenen Samstag wieder ein problematischer Störfall in Temelin geschehen ist, es sind wieder große Mengen Flüssigkeit aus einer undichten Stelle, wie wir das schon mehrfach gehabt haben, ausgetreten, und gestern am Abend wurden die südböhmischen Mütter gegen Atomenergie von einem anonymen Informanten davon informiert. Bis zum gestrigen Tag, bis zum heutigen Tag hat es keinerlei Information der Betreiber über diesen neuerlichen Störfall gegeben, nichts war auf der Homepage, keine Information der Öffentlichkeit, und jetzt, nachdem die südböhmischen Mütter mit dieser Information und auch wir aus Oberösterreich

gleich mit dieser Information an die Öffentlichkeit gegangen sind, wurde die Tatsache Störfall am vergangenen Samstag im Nachhinein bestätigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist wieder ein Baustein in einer Geschichte, die im Wesentlichen in vielen Bereichen unerträglich ist. Unerträglich ist, weil das Mindeste ist ja Transparenz und ein korrekter Umgang mit Informationen, und dass man sich zumindest korrekt darüber informiert, wo die Probleme sind, welche Probleme jeweils auftreten. Und wenn man sich anschaut die Geschichte des Umgangs mit den Risiken, die ja von allen Experten und Expertinnen bezüglich Temelin anerkannt werden, dass es den Abschluss des Melker Übereinkommens gegeben hat, damals große, seitenlange Inserate des damaligen Bundeskanzlers gegeben hat, dass man mit dem Melker Übereinkommen nun die Sicherheitsprobleme in den Griff gekriegt hat, und eine Nachrüstung in diesen Kernfragen, 28,8 Meter Bühne als ein Beispiel, verschiedene andere Bereiche, die unbestritten sind als Probleme nun in den Griff kriegen wird. Und nach Jahren Workshops, Experten-, Expertinnenverhandlungen, und, und, und sind wir mittlerweile in der Situation, dass wir eine Temelinkommission auf parlamentarischer Ebene haben, das nicht misszuverstehen, ich halte es für gescheit, wenn geredet wird miteinander, aber, dass wir bei dieser Temelinkommission keine Fortschritte in diesen Kernfragen haben. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann es nur so sagen, wenn man sich anschaut, was am vergangenen Donnerstag, nein, Donnerstag vor zwei Wochen, ist es schon mittlerweile gewesen, im österreichischen Nationalrat beschlossen wurde bezüglich dieses Melker Übereinkommens, so ist das mit der oberösterreichischen Beschlusslage, um es vorsichtig zu formulieren, nicht im Mindesten vereinbar. Nicht im Mindesten vereinbar, denn es ist de facto eine schleichende, stille Entsorgung des Melker Übereinkommens, das bei allen Schwächen, und die Hauptschwäche war, dass der Streitfall nicht geklärt war und nicht festgeschrieben war, dass bei all diesen Schwächen dieses Melker Übereinkommen doch Handlungsmöglichkeiten geboten hat, diese zumindest versprochen wurden. Und nun erfolgt schrittweise die Entsorgung dieser Handlungsmöglichkeiten. Bei der gleichen Nationalratssitzung Details, Herr Kollege Brunmair, habe ich eine andere Meinung, weil ich glaube, es ist wichtig, dass sich die oberösterreichischen Abgeordneten zu dem verpflichten, was wir in Oberösterreich an Position haben, dass das auch umgesetzt wird. Aber in der Sache als solches ist es Faktum, dass auch beim zweiten großen Problemfall neben Temelin, nämlich beim AKW Mochovce, das in den nächsten Monaten bereits ausgebaut werden soll und wo ein dritter und vierter Reaktorblock in der Slowakei errichtet werden soll, dass auch da eine wirklich hochgradig kontraproduktive Beschlusslage und Entwicklung vorangegangen ist. Warum? Es wurde einerseits die oberösterreichische Entschließung dieses Hauses im Nationalrat niedergestimmt, hat keine Mehrheit gefunden. Auch viele oberösterreichische Mandatarinnen und Mandatäre haben nicht zugestimmt. Wir brauchen da mehr Koordination, denn zumindest "unsere" Abgeordneten in Wien müssen und sollten, das wäre zumindest das Ziel und der Wunsch, hier gemeinsam mit uns in einer akkordierten Art und Weise vorgehen, wenn wir uns durchsetzen wollen. Und zum gleichen Moment hat die Austria Presseagentur den Herrn Bundeskanzler zitiert mit der Formulierung, man müsse Verständnis für die Slowakei und für deren Ausbaupläne in Mochovce haben.

Meine Damen und Herren, ich habe kein Verständnis dafür, wenn in Europa von einem EU-Mitgliedsstaat ein Reaktor errichtet werden soll, der erstens kein Containment hat, das muss man sich einmal vorstellen, das ist eigentlich undenkbar, der kein Containment hat und vor dessen Baubeginn es keine Umweltverträglichkeitsprüfung geben soll, weil er auf Basis von Genehmigungen aus dem Jahr 1986 errichtet werden soll, 22 Jahre alt, in einem System, das ich nicht näher beschreiben muss, wie damals unter welcher nichtvorhandener Bürgerbeteiligung Genehmigungen erteilt wurden. Auf Basis dieser Standards einen Reaktor in Eu-

ropa von einem Mitgliedsstaat errichten zu lassen, das kann man nicht akzeptieren und deswegen gilt auch unsere gesamte Anstrengung, was Mochovce betrifft, derzeit der Intervention bei der EU-Kommission, weil es aus meiner Sicht wirklich ein Machtwort von Brüssel braucht. Da brauchen wir ein starkes Europa, Kollege Klubobmann Steinkellner, ein starkes Europa, das in dieser Frage ein Machtwort spricht, denn es ist undenkbar, dass auf Basis von Uraltgenehmigungen ein Sicherheitsrisiko noch deutlich erhöht wird und das mitten in Europa.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kollege Christian Makor hat auch angezogen diese sogenannte Renaissance, diese sogenannte Renaissance der Atomenergie von der derzeit immer wieder gesprochen wird in Europa. Die gute Nachricht aus meiner Sicht ist jene, dass diese Renaissance eigentlich eine PR-Offensive bis zum heutigen Zeitpunkt ist, dass es praktisch keine Projekte gibt, die tatsächlich beschlossen sind, dass es Gipfeltreffen, Ankündigungen, eine Stimmung, ein Klima gibt, nämlich ein Klima, die Sorge um die Klimaveränderung zu missbrauchen, um ein Klima pro Atomenergie zu schaffen. Das ist besorgniserregend. Aber Fortschritte haben unsere Gegner aus der Atomlobby bis zum heutigen Tag nicht gemacht. Sie haben einen einzigen Reaktorbauort derzeit. Das ist Finnland. Und in Finnland ist die Situation laut gestrigen Informationen von Siemens, vorgestrigen Informationen von Siemens so, dass durch die dramatische Bauzeitverzögerung von mehreren Jahren mittlerweile eine Baukostenerhöhung um 1,5 Milliarden Euro eingetreten ist und das vor allem deswegen, weil es das qualifizierte Fachpersonal nicht mehr gibt, weil seit 1986 keine Neubauten im Wesentlichen in Europa mehr errichtet wurden, das heißt, diese frühere große Atomwirtschaft mit qualifiziertem Fachpersonal, mit tausenden Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen existiert so nicht mehr und die arbeiten jetzt teilweise in der Privatwirtschaft in anderen Bereichen und, und. Deswegen hat man ein ganz großes Know-how-Problem am Standort in Finnland und deswegen diese Bauzeitverlängerungen und diese dramatischen Baukostenerhöhungen. In Wirklichkeit wird es nach den jetzigen Berechnungen sogar der EU-Kommission und die ist sehr äquivalent zu sehen in der Frage Atomenergie, da gibt es solche und solche, auf Deutsch gesagt drinnen, ist es nach Berechnungen der EU-Kommission so, dass in den nächsten Jahren aufgrund der Tatsache, dass selbst dann, wenn jetzt Bauentschlüsse stattfinden würden und realisiert werden würden die Umsetzung ja Jahre dauert, dass zumindest in den nächsten zehn Jahren die Zahl der Atomkraftwerke in Europa deutlich abnehmen wird, der Anteil von Atomstrom am Gesamtstromverbrauch Europas auch deutlich abnehmen wird, weil nämlich viele, viele dieser Atomreaktoren bereits in die Jahre gehen und deswegen in den nächsten Jahren vom Netz müssen.

Politische Beschlüsse wie etwa in Deutschland, der ja Gott sei Dank auch umgesetzt wird auch jetzt unter der "neuen Bundesregierung" tun ihr übriges. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wäre aber eine wirkliche Notwendigkeit zumindest auf europäischer Ebene von jenen Ländern, die gezielt und bewusst keine Atomenergie betreiben, keine Atomenergieanlagen betreiben und das ist die Mehrzahl der europäischen Mitgliedsstaaten, dass zumindest von diesen Staaten keine Beitragszahlungen mehr für EURATOM geleistet werden müssen. Und wir haben ja in diesem Haus auch beschlossen eine Initiative bei der Bundesregierung, dass Österreich aus EURATOM austreten soll, denn ich glaube, man kann es in Österreich niemanden verständlich machen, dass österreichische Steuerzahler jedes Jahr 30 bis 35 Millionen Euro als Beitrag für die Förderung der Atomenergie in Europa bezahlen, via EURATOM, via die dortige Mitgliedschaft. Da wäre eine Initiative überfällig von der österreichischen Bundesregierung. Seither, mittlerweile werden wir auch von etlichen anderen Bundesländern in diesem Zusammenhang unterstützt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unter diesen Gesichtspunkten ist ein Neubeginn tatsächlich überfällig, ist es notwendig, dass auch die Bundesregierung ihre derzeitige Gesprächsverweigerung endlich aufgibt. Seit Juni zu fragen, können wir denn nicht einmal einen Termin haben für einen Antiatomgipfel, damit wir unsere Politik akkordieren miteinander und seit Juni keine positive Antwort und keinen Termin in Aussicht zu haben, glaube ich, das ist auch ein Umgangsstil, der gerade in so einer Sicherheitsfrage, in einer derartig existenziellen Frage, unangebracht ist und wo wir Druck machen müssen auch mit anderen Bundesländern. Und da bin ich derzeit dabei hier eine gemeinsame Allianz der Bundesländer im Rahmen der Landesumweltreferentenkonferenz zu entwickeln, damit wir gemeinsam hier in Wien noch mehr Druck machen können.

Zur Fragestellung des Punktes drei und vier was der Kollege Klubobmann Frais angezogen hat, (Zwischenruf Abg. Prinz: "Vier und Fünf!") Ich glaube, vier und fünf, Entschuldigung, die der Klubobmann Frais angezogen hat. Ich verstehe die Argumentation offen und ehrlich gesagt überhaupt nicht, denn es ist mittlerweile von den tschechischen Vertretern in der Temelin-Kommission, in der parlamentarischen, sehr klar und eindeutig formuliert, dass Tschechien nicht daran denkt die völkerrechtliche Verbindlichkeit dieses Melker Übereinkommens zu akzeptieren. Also ist es notwendig, die nächsten Schritte zu überlegen und die auch ehrlich auf den Tisch zu legen. Eine gute Partnerschaft heißt auch, klar und korrekt miteinander und offen (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Aber die ersten drei Punkte!") miteinander umzugehen, Herr Kollege Frais, und sich nicht in einer Art Beschäftigungstherapie im Kreis zu drehen in der Temelin-Kommission. Wir brauchen am Ende des Tages, wenn sich diese Position, die jetzt Tschechien einnimmt, nicht ändert, ein Schiedsgerichtsverfahren auf internationaler Ebene. Das ist im Übrigen das, was sich auch etliche in der tschechischen Politik wünschen und mit denen glaube ich, sollten wir für eine Streitbeilegung im positiven Sinn gemeinsam Druck machen und so war und ist auch dieser Punkt im entsprechenden Antrag gemeint und formuliert. Herzlichen Dank. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Moser.

Abg. **Moser:** Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Herr Landesrat Anschober! Ihre Wortmeldung hat mir eigentlich sehr zum Denken gegeben, und zwar weil Sie so eingefordert haben das starke Europa. Wir haben die ganze Zeit so in den letzten Wochen, Monaten, immer die Diskussion gehabt über den EU-Reformvertrag. Sie wissen, glaube ich auch, dass natürlich jetzt bei der Ratifizierung gewisse Möglichkeiten des Vetos wegfallen werden und ich frage mich jetzt schon: Wo war das starke Europa? Das ist hinter der Atomlobby gestanden, das wissen Sie genau so gut wie ich, in all den letzten Jahren, wo es gegen Temelin gegangen ist.

Wir haben nie eine Unterstützung gehabt von Europa. Verheugen ist gekommen und ist in Schönheit entschwunden. Und wir haben zuerst gerade geflächst und dann ist er baden gegangen, aber er hat uns eigentlich nicht recht ernst genommen mit den Anliegen, die wir gehabt haben. Und es ist heute schon einmal von, ich weiß jetzt nicht mehr, von einer Kollegin oder einem Kollegen, als Vorredner gesagt worden, die Lobby. Es muss uns klar sein, dass die Atomlobby einfach da ist und Europa ist ein Konstrukt, wo Lobbyisten immer mehr Zugang haben. Ich will jetzt keine Diskussion über das Positive oder über das Negative der Lobbyisten führen, sondern es ist Tatsache, dass die Einflussbereiche immer größer werden. Und gerade da kann ich Ihren Optimismus nicht teilen, wenn ich sage, gehen wir wieder, verhandeln wir wieder, reden wir wieder weiter, sondern ich glaube schon, dass es höchst an der Zeit ist, weil Oberösterreich und Österreich war bis jetzt eigentlich sehr geduldig, sehr pakttreu, aber irgendwann einmal reicht es der Bevölkerung, wenn sie das Gefühl hat, ei-

gentlich wird ja auf der Nase herumgetanzt und Sie wissen, speziell in Oberösterreich wie groß die Ablehnung in der Bevölkerung ist.

Und da erwarten sie sich schon auch ein Zeichen und ich denke, wenn gutes Reden nichts mehr nützt, dann muss ich sagen, dann muss ich aber trotz allem auch einmal ein Negativszenarium aufzeigen. Ich kann mir nicht leisten immer nur der Nette, der Brave zu sein, und noch einmal und da noch einmal ein Schiedsgericht und noch einmal ein Neuanfang, uns läuft die Zeit davon. Sie wissen ganz genau, dass der Ministerpräsident Klaus gesagt hat, er setzt weiter auf den Ausbau, also er bekennt sich dazu und wir "kämpfen" noch immer im Bereich Temelin und in anderen Ländern fährt der Zug schon in eine andere Richtung ab.

Und vor allem durch die gestiegenen Rohölpreise, Energiekosten, wenn man sich in den letzten Wochen die Berichterstattung aus Wirtschaftskreisen verfolgt hat, war immer wieder so der Hinweis, naja aber Atomenergie ist einfach billiger. Und ich fürchte, dass irgendwann einmal der Aspekt der Gesundheit, der Umwelt, auf Kosten einer günstigeren Lösung wirklich zurück bleibt. Und ich glaube, die Gesprächsbereitschaft von Oberösterreich oder von Österreich war im Hinblick auf Tschechien lange genug gegeben. Ich glaube, man muss auch einmal sagen, in bester Zusammenarbeit mit uns bis daher und keinen Schritt weiter. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Ich sehe jetzt keine Wortmeldung. Es gibt einen Geschäftsordnungsantrag oder? Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Frais.

**Abg. Dr. Frais:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Kollege Anschober! Ich wollte nur ganz kurz auf das reagieren was du angesprochen hast. Die Frage ist, wenn ich die ersten drei Punkte quasi als eine Handreichung an Tschechien sehe und ich dann mit dem vierten Punkt bereits mit der Bedrohung dahinter stehe, dann sind sie für mich einfach nicht schlüssig zueinander. Denn entweder erkläre ich die ersten Punkte als Ausgangslage einer historischen Entwicklung, oder ich nehme bisherige Aussagen als ernsthafte Absage Tschechiens, dann ist das ein Ansatzpunkt und ich könnte gleich irgendein Schiedsgerichtsverfahren dieser Art aufgrund eines Drittstaatenexperten machen. Was aber an sich den Fehler in sich hat, auch den Denkfehler, dass es kein freiwilliges Schiedsgericht geben wird, weil Tschechien, wenn sie so weit jetzt schon gegangen sind und wir holen sie nicht heraus, so wird es schwer möglich sein.

Kollege Anschober, sind wir ganz realistisch, dein Auftreten mit dem Landeshauptmann war ein großes Bemühen und Schwarzenberg hat euch ungefähr gesagt, was in etwa die Position in Tschechien ist. Und das ist halt nun einmal die Regierung, (Zwischenruf Landesrat Anschober: "Genau dieses Schiedsgerichtsverfahren war ein Punkt!") haben wir gesehen was weitergegangen ist. Wir sind nicht weitergekommen bei dem Ganzen. Ich meine, in dem Moment, wo sie sich dem unterwerfen werden. Nein, dann bräuchten wir die Bundesregierung, wenn ihr so erfolgreich ward, dann brauchen wir eh die Bundesregierung nicht dazu, weil dann müsst ihr die Ergebnisse auf den Tisch legen können. Faktum ist einfach, und darum werden wir diesem vierten und dem fünften Punkt nicht zustimmen, weil wir im Grund trotz allem, auch wenn manches nicht so gelaufen ist, versuchen sollten auf der Expertenebene jetzt einmal die Gespräche zu suchen. Wir glauben auch das was Kromp-Kolb uns gesagt hat, dass die Erfahrungen aus diversen Besprechungen, auch in der Kommission, eine wesentliche Öffnung der Informationen gebracht hat. Das ist auch ein positiver Zugang gewesen, und wir sollten nichts verschütten, was zumindest jetzt einen gewissen sicheren Zugang bedeutet. Denn eins ist ja Faktum: Wir sollen Tschechien nicht soweit treiben, dass sie sagen, dann werden wir halt gewisse andere Dinge auch nicht mehr, was den Informationsfluss betrifft, machen.

Ich glaube, dass immer noch eine nachbarschaftliche Beziehung so weit als möglich genutzt werden sollte, um ein größtmögliches Maß an Sicherheit sicherzustellen. Und unter diesem Aspekt, weil wir eher noch einmal den Zugang suchen wollen, auch wenn wir die Bundesregierung um diese Maßnahmen ersuchen, darf ich, gleich Frau Präsidentin, einen Geschäftsantrag stellen, und zwar auf eine getrennte Abstimmung. Ich darf den mündlichen Geschäftsantrag auf getrennte Abstimmung der Punkte vier und fünf der zur Abstimmung vorliegenden Resolution stellen. Der Punkt vier fordert die Beauftragung eines Völkerrechtsexperten aus einem Drittstaat mit einem Gutachten. Und Punkt fünf fordert die Ruhendstellung der Tätigkeit der parlamentarischen Kommission in Temelin. Ich ersuche über diesen Geschäftsantrag abstimmen zu lassen. Danke. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Sie haben den Geschäftsantrag gehört und ich eröffne hierüber sofort die Wechselrede, zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Ich schließe die Wechselrede über den mündlichen Geschäftsantrag und bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die für eine getrennte Abstimmung über die Punkte vier und fünf sind, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beilage 1459/2008. Bei der Abstimmung werden wir jetzt aufgrund des soeben gefassten Geschäftsbeschlusses so vorgehen, dass wir zunächst über die Punkte vier und fünf getrennt Beschluss fassen werden. Die Punkte vier und fünf lauten: Im Falle einer ablehnenden Reaktion der tschechischen Vertragsseite umgehend einen anerkannten Völkerrechtsexperten aus einem Drittstaat mit einem Gutachten zur Klärung der Frage der völkerrechtlichen Verbindlichkeit des Melk-Abkommens zu beauftragen und dieses Gutachten zu veröffentlichen. Die Tätigkeit der bilateralen parlamentarischen Kommission "Temelin" soll bis zur endgültigen Klärung der Frage der völkerrechtlichen Verbindlichkeit des Melk-Abkommens ruhend gestellt werden. Die laufenden Kontakte auf Expertenebene sollen in diesem Zeitraum fortgesetzt werden.

Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die den soeben verlesenen Punkten vier und fünf der Beilage 1459/2008 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass diese Punkte mit Stimmenmehrheit angenommen worden sind.

Ich bitte nunmehr jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Beilage 1459/2008 mit Ausnahme der vorhin bereits beschlossenen Punkte vier und fünf zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Teil der Beilage 1459/2008 einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beilage 1460/2008. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 1460/2008 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Ich teile mit, dass noch folgende Initiativanträge eingelangt sind, die den zuständigen Ausschüssen zugewiesen werden.

Beilage 1468/2008, das ist Initiativantrag betreffend Sicherheitsstandards im Bosruck-Eisenbahntunnel.

Beilage 1478/2008, das ist Initiativantrag betreffend einen Bericht über die Möglichkeiten, die Verkehrssicherheit auf den Autobahnen zu fördern und somit die Bergungsmöglichkeiten nach Unfällen zu verbessern.

Diese Beilagen werden dem Ausschuss für Verkehrsangelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 1469/2008, das ist Initiativantrag betreffend den Erwerb des Mondsees durch das Land Oberösterreich.

Beilage 1470/2008, das ist Initiativantrag betreffend einen Bericht über die Finanzierung des Gesundheitswesens.

Beilage 1475/2008, das ist Initiativantrag betreffend eine Entlastung der oberösterreichischen Bürgerinnen und Bürger durch eine Senkung der Landesabgaben bzw. Gemeindegebühren.

Diese Beilagen werden dem Ausschuss für Finanzen zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 1471/2008, das ist Initiativantrag betreffend eine Initiative des Landes Oberösterreich für ein Veto des Bundesrates hinsichtlich der Ratifizierung des Vertrags zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft. ("EU-Reformvertrag") Diese Beilage wird dem Ausschuss für EU-Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1472/2008. Initiativantrag betreffend die Wiedereinführung des Politik-Lehrgangs für Mädchen.

Beilage 1474/2008. Initiativantrag betreffend die verpflichtende Verwendung des Corporate Design des Landes Oberösterreich für sämtliche Mitglieder der Oberösterreichischen Landesregierung. Diese Beilagen werden dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltung zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 1473/2008. Initiativantrag betreffend die "Wohnbauförderung – Neu" und die Anerkennung umweltschonender Heizsysteme als Förderungsvoraussetzung.

Beilage 1476/2008. Initiativantrag betreffend die Abgeltung der Personalkosten für Sozialberufe.

Beilage 1477/2008. Initiativantrag betreffend einen Strombonus für einkommensschwache Bürger und Bürginnen in Oberösterreich.

Beilage 1480/2008. Initiativantrag betreffend eine Änderung des Oö. Wohnbauförderungsgesetzes 1993. (Oö. WFG 1993) Diese Beilagen werden dem Sozialausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 1479/2008. Initiativantrag betreffend die Durchführung von Sprachentwicklungsreerings.

Beilage 1481/2008. Initiativantrag betreffend Schulsozialarbeit. Diese Beilagen werden dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorberatung zugewiesen. Die Sitzung ist geschlossen.

(Ende der Sitzung: 15.02 Uhr)